

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Ganz“  
Schalter-Office geöffnet von 7 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verlag (Expedition) 2253, Redaktion 52,  
Druckerei 2204.  
Kaufzeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 50 Pf. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringer-  
lohn, 2 Mk. 50 Pf. vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, auswärts 3 Mk. 50 Pf. —  
Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Buchhandlungen, sowie die  
121 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Rheinhessen die 30 Ausgabestellen und in den  
benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Reiner Anzeiger“  
in einheitlicher Spalte; 20 Pf. für abweichende Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen  
Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Anzeigen; 2 Mt. für auswärtige  
Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seite, durchlaufend, nach besonderer Berechnung.  
Bei wiederholter Aufnahme unterbreiteter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingelegter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 211.

Wiesbaden, Freitag, 7. Mai 1909.

57. Jahrgang.

## Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

### Sozialpolitische Umschau.

— Anfang Mai. —

Die große geschichtliche Tragödie am Bosporus nahm in den letzten Wochen alle Aufmerksamkeit gefangen und drängte auch das sozialpolitische Interesse in Deutschland in den Hintergrund. Die größte Teilnahme verdient auf diesem Gebiet bei uns noch immer die Reichsfinanzreform, die unter dem Hader der Parteien und Interessentengruppen nicht von der Stelle rückt. Man kann noch immer das bedrückende und peinliche Schauspiel genießen, daß die agrarkonservativen Interessentengruppen zwar in kräftiger Front ihre schier unerhörliche „Liebe zum Reich“ beteuern, sie aber gleichzeitig die engherzigste Geldbeutelpolitik treiben und alle Opfer andern aufbürden wollen, nur nicht sich selber. Das Ausland sieht mit wachsendem Erstaunen und nicht ohne Schadenfreude das Reichstagsspiel immer wieder von neuem beginnen und mit einem Mißerfolg enden. Niemand kann sagen, wann endlich ein Ende sein wird. Die gesetzgeberische Unfruchtbarkeit ist zum guten Teil auf die sehr mangelhafte Vorbereitung des ganzen Reformwerkes zurückzuführen. Reichsregierung und bundesstaatliche Regierungen wollen von ernsthaften direkten Steuern, wie Reichseinkommensteuer, die mit der nötigen Energie wohl durchzusetzen wäre, nichts wissen. Man will die 500 Millionen aus Quellen schöpfen, bei deren Inanspruchnahme einerseits große Erwerbszweige ihr Lebenselement bedroht sehen, andererseits Parteigeist und Selbstsucht, wie bei der Nachlasssteuer, ihren ganzen großen Einfluß daran setzen, sie zu Fall zu bringen. Die schwächliche Haltung der Reichsregierung vermehrt das Unbehagen an diesen Vorgängen. Sie denkt mit ihrer schwankenden Haltung schließlich doch noch zu einem Kompromiß zu gelangen, das den ihr nahestehenden Parteien nicht allzu schmerzhaft ist. Die gleiche Erfahrung hat man seit wenigen Tagen bereits wieder bei den Erörterungen über die Einführung einer Wertzuwachssteuer gemacht. Kein Politiker weiß, wie er mit der Regierung eigentlich daran ist. Man hält in den Reichstagskommissionen unfruchtbar Reden, um sich am Schluß immer wieder sagen zu müssen, daß man eigentlich keinen Schritt weiter gekommen ist.

Das Schauspiel wird wohl noch eine Zeitlang so fortgehen und sich bei jeder Reichsfinanzreform wiederholen. Wir werden deren noch etliche haben, wenn Deutschland in seinen Ausgaben für Heer und Flotte nicht endlich gründliche Sparsamkeit übt und wenn der Wis seiner sehr scheuen Diplomatie auch künftig nicht ausreicht, das gleiche auch bei den anderen Großmächten durchzusetzen. Je mehr unsere Riesenausgaben für jene Zwecke wachsen, um so

gründlicher muß man alle nur irgendwie erreichbaren Steuerquellen ausschöpfen, um so peinlicher werden stets die Bemühungen sein, jene Ausgaben zu decken. Gleichzeitig wird man aber an den wirklichen großen Kulturaufgaben notgedrungen sparen müssen. Deutschland ist ein reiches Land, aber trotzdem weiß es gegenwärtig eigentlich nicht, wo es den Reichszufuß für die Witwen- und Waisenversicherung hernehmen soll, die gesetzlich am Beginn des nächsten Jahres bereits zur Einführung gelangen muß. Ob der Zufuß möglich sein wird, ist noch sehr fraglich. Die Vorarbeiten für die Hinterbliebenenversorgung wie für die ganze Reform unserer Reichsversicherungsgesetzgebung sind im Reichstag noch so weit zurück, daß Zweifel an der rechtzeitigen Fertigstellung wohl berechtigt sind. Seine Geschäftslage ist eine derartige, daß es ihm schwer fallen wird, diese sehr weitwichtige Materie, die einer sehr gründlichen Beratung bedarf, noch in diesem Jahre zu erledigen. Es ist nicht nur das Schicksal der Reichsfinanzreform, sondern auch das der Witwen- und Waisenversicherung, ja selbst die Lebensdauer des gegenwärtigen Reichstages durchaus ungewiß. Viele fürchten und andere hoffen, daß er an seiner Unfruchtbarkeit vorzeitig sterben werde. Manche Politiker rechnen bereits stark mit einer Auflösung, die sich jedoch die Regierung zweimal überlegen wird, da sie nicht hoffen kann, eine ihrer Gesamtpolitik günstige Mehrheit zu finden.

Diese Fragen haben also in den letzten Wochen alle anderen sozialpolitischen Interessen zurückgedrängt. Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages hat die Regelung der Seimarbeit erörtert, die man gegen gesundheitschädliche Einflüsse schützen will, doch zu bestimmten Beschlüssen ist es gerade über die wichtigsten Forderungen noch nicht gekommen. Hoffentlich macht nicht auch hier die Unschlüssigkeit eine wirkliche Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse ausfinden. Man fürchtet die Seimarbeiter zu schädigen, wenn man die überaus langen Arbeitszeiten beschneidet und die Arbeitsräume unter ausreichende hygienische Vorschriften stellt. Es ist ja richtig, daß zunächst ein dem Zweck entsprechendes gesetzliches Durchgreifen für manche Arbeiter und Unternehmer eine Härte bedeuten wird. Aber jede Reformtätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet wird von gewissen Interessengruppen zunächst unangenehm empfunden. Gerade bei der Seimarbeit soll man sich vor Augen halten, daß ihre heutigen Verhältnisse eine unerhörliche Quelle für die schlimmsten Volkskrankheiten sind, besonders der Schwindsucht. Alle Bemühungen, diese auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, werden vergeblich sein, wenn man ihr nicht durch großzügige hygienische Maßregeln auch bei der Tagesarbeit unseres Volkes entgegentritt. Was hier zu tun ist, wird auch ein Tuberkulose-Wandermuseum zeigen, das vom Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose zusammengestellt ist und alle größeren deutschen Industriezweige besuchen soll. Bestimmungen über die Sicherung der Bauforderungen der Handwerker hat der Reichstag

vor einigen Tagen in zweiter Lesung angenommen. Es werden Baubücher und Bauschöffen eingeführt und die Verwendung der Baugelder wird geordnet. Viel darf man sich auch von diesen Bestimmungen nicht versprechen. Die städtischen Behörden in Berlin beschärfen sich mit der Vorberatung eines Antrages zur Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung. Man will, ehe näheres geschieht, wohl die in anderen Staaten und Städten durchgeführten Versicherungssysteme einfordern. Erhebliches wird also voraussichtlich zunächst nicht dabei herauskommen.

### Ratgeber für Auswanderer.

Das Interesse für unsere Kolonien ist neuerdings durch die Diamantfunde und den jüngsten Bericht des Staatssekretärs Dernburg über die Resultate seiner letzten Studienreise nach Afrika wieder neu belebt und in den Vordergrund gerückt worden.

Da ist nun kürzlich ein kleines Büchlein erschienen (Amtlicher Ratgeber für Auswanderer: „Deutsch-Südwest-Afrika, Berlin, Dietrich Reimers), das geeignet ist, auf mancherlei Fragen, welche sich dem Interessierten und Auswanderer aufdrängen, vielseitige Antwort und gleichzeitig mancherlei nützliche Anregungen und Perspektiven zu geben.

Es behandelt besonders eingehend alle Fragen der Landwirtschaft, des Bergbaues und der Verwaltung. Zuerst gibt es uns in einem kurzgefaßten geographischen Teile eine allgemeine Übersicht des Landes, der Stämme und Bodenverhältnisse unter besonderem Hinweis der wegen günstiger Wasserhältnisse für den Farmbetrieb geeigneten Landstriche. Da tritt das Herero- und Namaland in den Vordergrund, während das im Norden liegende Amuland trotz seiner Fruchtbarkeit wegen der mit den Niederjähren verbundenen Tropenfeuchtigkeit für den Europäer so gut wie ausgeschlossen ist.

Man ist in Südwest-Afrika darauf angewiesen, die Nähe der meist ausgetrockneten Flüsse aufzusuchen, besonders in gewissen Landstrichen des Hererolandes, z. B. bei Grootfontein. In dem Schwemmland der ausgetrockneten Flußläufe findet man dann in einigen Metern Tiefe unterirdisches Wasser. Auf künstliche Wasserversorgung ist man im Hererolande in vielen Gegenden ganz angewiesen, weshalb eine Wasserversorgung in großem Maßstabe sehr erstrebenswert wäre.

Das Klima ist dem Europäer hier zuträglich, obwohl starke Körperkonstitution und starkes Herz für den Kolonisten Vorbedingung sind.

Zur Besiedelung kommen die Gegenden zwischen Outjo, dem Waterberge und der Erotischen Pflanze, das Namibgebiet, das Bahngebiet Swakopmund-Windhoek-Tsumeb, die Fluggebiete des Omurambo und des Omatako in Betracht. Sodann die nach Osten fließenden Flüsse, der weiße und schwarze Kossob, die (östliche) Eiseb.

Im Namagebiet ladet das Nebel des Fischflusses,

### Feuilleton.

#### Die Ausstellung der Berliner Sezession.

Die Ausstellung der Berliner Sezession, die am Samstag feierlich eröffnet wurde, bedeutet zugleich einen besonderen historischen Markstein in der Entwicklung des Berliner Kunstlebens, denn mit ihr kann die Sezession ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Und zugleich wird einem so recht deutlich, wie diese Künstlervereinigung bereits zu etwas Geschichtlichem geworden ist, wie ihre Bedeutung heute sogar nicht mehr im ungestümen Sturm und Drang der Jugend, sondern in der gereiften Reife ihrer Kunst auf der Höhe des Schaffens stehenden Mitglieder beruht. Die Zeiten sind vorbei, in denen jede Ausstellung der Sezession einen Sturm der Entrüstung entfesselte und ganz neue Offenbarungen des modernsten Kunststils dem erstaunten Auge darbot. Was heute diesen Ausstellungen ihre Schönheit und das höchste Interesse verleiht, ist nichts Überraschendes, sondern die nie versagende Kraft und die immer freier sich entfaltende Sicherheit ihrer besten Maler; nur schüchtern und zaghaft können sich daneben die Jungen und Jüngsten hervordrängen, denen stets freundliche Aufnahme gewährt wird. Wie in den letzten Jahren, so liegt auch diesmal der reichste Gewinn der Ausstellung nicht in den Versuchen eines spärlichen Nachwuchses, sondern in den Werken bereits bekannter Meister, die von Thoma bis zu Brandenburg, von Liebermann bis zu Beckmann, von Trübner zu Seibolt, alle wieder ihr Bestes gegeben haben.

Einen Akt der Pietät und der schmerzlichen Rück Erinnerung erfüllt die Sezession mit einer Gedächtnisausstellung zu Ehren des im Vorjahre verstorbenen Walter Leistikow. Dieser Leistikow-Saal gibt das schönste Abbild seiner feinen karten Kunst, das wohl je barocksten wurde: er ist der

stille, der feierlichste Ort, wo Friede und Verklärung herrscht, während ringsum in den Sälen gegenwärtiges Leben wogt und lärm. In den erlesensten Werken seiner so selten ganz vollendeten Kunst tritt die Entwicklung dieses echten deutschen Landschafters vor uns, anhebend mit dem prächtigen Werke der Dresdener Galerie, in dem noch manchen von der Art Andreas Achenbachs anklingt, die warm-rotten Dächer der Biegeleien so freundlich in der stillen Stadthölle sich verlieren und das liebevolle Versenken in alle Einzelheit der Natur durch das reichbelebte Bild hindurch waltet. Mit den stilisierten, scharf abgegrenzten Schiffen, deren marineschöne Schatten sich in dem von Abendsonne grauweiß gefärbten Wasser spiegeln, beginnt Leistikow jene schwerwiegende Wandlung seiner Kunst, die zu einer immer stärkeren ornamentalen Umformung des Natureindrucks führt, und in seinen bildhaft geschlossenen, farbliebigen, rein dekorativ wirkenden Grundrissen ihren Höhepunkt erreicht. Doch zwischen diesen forcierten, bisweilen monotonen Werken, von denen hier die stolze und gelungensten Exemplare zu sehen sind, lebt und weht das lyrisch musikalische Naturgefühl Leistikows in Landschaftsausschnitten von blühender Wärme und sanfter Helle, in gelbsten Dämmerungstimmungen und welchen Lichtern verflügend, bis es in den Bildern der allerletzten Zeit besonders in der wundervollen „Liedesinsel“ zu geläuteter Harmonie sich aufschwingt.

Neben dem toten Leistikow stehen in aller fortschreitenden Frische die lebenden Gefährten, die einst mit ihm zusammen kämpften. Auf der Bahn der Entwicklung, die der Tod bei ihm so früh abbrach, schreiten sie rüstig weiter fort. Vor allem Liebermann. In seinem Bildnis des Geheimrats Nathanael sieht er seinen Meisterportraits ein neues hinzu. In einem hohen Zimmer gegen eine raube, farbig reich belebte Wand sitzt der alte Herr frei im Raum, einen Zirkel in der Hand, ganz seelische Anspannung in gesam-

melter Energie und Arbeitskraft, die Figur vibrierend von Leben. Durch das hohe Fenster schimmert das bunte Treiben der Straße mit lebhaften Tönen hereinfallend in die Stille und sich fortsetzend in den grünen Lichtern des Teppichs, die den farbigen Grundton des Gemäldes bilden. Das zweite Portrait Liebermanns ist glatter und weniger tief, von hellerer Farbenharmonie in dem Zusammenstimmen der gelben Weste und blauen Krawatte mit dem Anzug. Noch berückender erscheint der sich immer reicher entfaltende Reiz seiner Kunst in dem großen Straßenbild, in dem Liebermann oft von ihm behandelte Lieblingsmotive zu einer einheitlichen Komposition zusammensetzt. Es ist ein Gemälde mit im Judenviertel von Amsterdam, ein wundervolles Bunte zarterer Farbentlänge, die in ruhiger Komposition allseitig verteilt klar und schön in dem gleichmäßig alles umspielenden Licht zusammenfließen. Auch Falkenath gibt außer einem in dämmerndes Licht gebetteten Interieur ein großes Portrait, auf dem im Vordergrund, von einem bunten Vorhang und Schirmständer umrahmt, eine Frau steht in dem hellen kalten Licht eines Wintertages, das aus einem Hinterzimmer hereinstrahlt. Ein prächtiges Freilichtbild von H. B. C., eine tiefbarbige stimmungsvolle Landschaft mit einer edel sinnenden Frauengestalt von Thoma sind ebenfalls Zeugnisse reifen Könnens und hoher künstlerischer Vollendung. Trübner erscheint mit einem feinfarbigen Teilsatz, wohl aus einer frühen Zeit, wo von grauen Raub blühendes Fleisch sich mattleuchtend abhebt, mit einem seiner breitgemalten Kelterbildnisse und prachtvollen Landschaften. Ein Fest bietet auch Auge und Sinn eine weit gedehnte, harmonisch gegliederte Landschaft von Theodor Hagen. Zu den anerkanntesten Meistern der Berliner Sezession darf man wohl auch schon Seibolt und Corntz rechnen; sie sind beide nicht recht günstig vertreten; Seibolt mit einem Damenbildnis in Selbst, das bei aller flotten Eleganz doch etwas Unkluges, nichts Bewunderndes hat,

die Ganami-Hochebene, der Schwarze Rand und der Weiße Rand oder „Kalk“, östlich und westlich von Gibeon, ferner das Gebiet der Bastards bei Rehoboth, Sochanas, Animius als wertvollstes Weideland, sowie der Kreetmanshoyer Bezirk zum Farmbetriebe ein und schließlich die Ufer des Oranjesflusses zum Tabak- und Gartenbau.

Manche praktische Ratschläge für den sich als Landwirt niederlassenden Auswanderer bietet der folgende Abschnitt, welcher uns zum vorherigen Landerwerb beim Gouvernement Windhoef rät. Nur wer festen Landbesitz hat, nehme seine Familie gleich mit.

Es ist interessant zu sehen, wie der Neuangekommene gleich einem Robinson die Art zu ergreifen hat, um sich sein Obdach zu zimmern. Denn in der Einsamkeit der Wildnis ist er ganz auf sich selbst angewiesen.

Daher hat er sich auch mit allem möglichen Vorrat zu versehen, den dann der übliche Karren, mit 12 Zugochsen oder aus Billigkeitsgründen mit Maulseeln bespannt, welches jeder sich selbst anzuschaffen hat, eine Ausgabe von 5000 resp. 2500 R., von der letzten Eisenbahnstation weiter landeinwärts zu führen hat, oft in vielen Tagereisen.

Zugebaute Dachbalken, Wellblech, fertige Fenster sind mitzubringen, ebenso alles Gerät, Werkzeug, Nägel, Schrauben, Schlösser usw. Kleidung, Mobiliar, Waffen, Munition und Proviant für ein ganzes Jahr.

Nun sehen wir den Neuangekommenen mit eigener Hände Arbeit an den Bau seiner Wohnstätte gehen.

In den vielen hierbei zu berücksichtigenden Fragen, Lage der Wohnstätte, provisorisches Obdach, Anlage des Gartens, gibt uns der Ratgeber weitgehende Anweisungen, Baupläne, Kostenberechnungen usw. an die Hand und geht dann zu praktischen Ratschlägen für die Landwirtschaft über.

Zur erfolgreichen Begründung eines selbständigen landwirtschaftlichen Betriebes sind etwa 20 000 R. für 5-10 000 Sektar erforderlich; für einen Kleinbetrieb, Heimstätte, etwa die Hälfte. Eine größere Farm muß einen Bestand von 40 Kühen erstreben und kann nach fünf Jahren auf den ersten Barertrag rechnen. Dann beginnen auch meistens die ersten Abtragungsverpflichtungen für den Landerwerb.

Man unterscheidet in Südafrika: Rindviehzucht, Kleinviehzucht, Pferde- und Straußenzucht. Die schnellsten Erfolge erzielt man mit dem Kleinvieh. Mit einigen 100 Ziegen kann man in einigen Jahren bei Sorgfalt an die 1000 Stück Muttervieh besitzen.

Ein jährlich erzielter Verkauf von 150 jungen Kindern und 1000 Stück Kleinvieh wird eine Barerinnahme von 30 000 R. erzielen, was den landesüblichen Großbetrieb darstellt.

Wichtige Ratschläge über den Gartenbau, die dankbarsten Gemüsearten, Geflügelzucht und über die wichtige Frage der Behandlung der Eingeborenen gliedern sich an. Das Buch schließt mit einer Übersicht der Landeseinteilung in Bezirke und Lokalverwaltungen, Gerichtsbarkeit, Militärverhältnisse, Schiffsverbindungen, Eisenbahnen und fügt einige Formulare über Anträge, Pacht- und Kaufverträge usw. usw. bei.

### Politische Übersicht.

#### Kaumann zur Frage der Reichstagsauflösung.

Abg. D. Kaumann untersucht in der neuen „Hilfe“ in einem längeren Artikel die Frage der Reichstagsauflösung. Er führt dabei u. a. aus:

„Die Mehrheit, die Fürst Bülow sucht, kann nach den Vorkommnissen der letzten Woche nur in einem Block ohne die Agrarkonservativen bestehen, in einer Zusammenfassung der Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen. Dieser neue Kleinblock müßte einen gewaltigen Wahlkampf führen auf Tod und Leben, einen Kampf, bei

Corinth mit drei Fleischstößen, biblisch und mythologisch bestellten Bildern, in denen die alte Kraft mit dem alten berben Draufgängertum streitet. Man darf seine schweren vollen Arme nur mit den in der Nähe hängenden blühenden Frauenleibern Jorns vergleichen, um den Abstand eines wirklich großen Malers von einem geschickten Virtuosen zu erkennen.

Unter den Malern, die diesen Realisten gegenüber eine mehr idealisierende und monumentale Richtung vertreten, steht diesmal Södler an erster Stelle. Es berührt wohlthuend, an den Wänden, an denen noch vor kurzem die gewaltigen Kompositionen von Hans v. Marées hingen, die großgeschauten Gestalten eines Meisters zu erblicken, der auf eigenem Wege ähnlichen Zielen einer reinen Formgestaltung zustrebt. Sein Ausbruch der Jenerer Studenten zum Freiheitskampf 1813 mit dem in einem gewaltigen Marschrhythmus gegebenen Fries der vorwärtsstrebenden Jägerkolonnen und der herrlichen Komposition der zum Ausbruch Rüstenden darunter, mit den großen Bewegungen der Jünglinge und den stolzen Körpern der Pferde ist ein Beispiel wirklicher monumentaler Malerei, dem nichts anderes heut in Deutschland an die Seite gestellt werden kann. Groß und dennoch feinfühlig ist auch seine Verfnabildung der Liebe mit den inbrünstig innigen und schmerzvoll sich bäumenden Gestalten; schlicht und frei sind seine von reiner Höhenluft durchwehten Landschaften. Interessantes bietet Martin Brandenburg, besonders in seinem Bild der Nacht, dessen bläulich zartes Sternenweben Symbole der Romantik, wie sie etwa Runge gestaltet, mit reichem Können aufnimmt, während seine Veruchung des Antonius in einer bloß mythischen Nachahmung Gustave Moreaus stecken bleibt. Strahmann zeigt seine alten, in ihrer Linienstarren Sorgfalt amüsanten Frauenakte, die diesmal Danae und Selambo betitelt sind; Ludwig v. Hofmann scheint nach seinen neuesten Werken in eine glücklichere Phase seiner seit einigen Jahren stagnierenden Kunst einzutreten; seine Bilder sind wieder farbig kraftvoller und natürlicher, wenigstens ihm eine koloristische Harmonie in der Verwendung dieser Farben Töne noch nicht gelingt. An ausacalischer Schön-

dem mindestens 40 neue Sitze gewonnen werden müssen. Ob das an sich möglich ist, unterliegt der Überlegung. Wir unsererseits sind der Meinung, daß ein solcher Kampf an sich gewinnbar ist, wenn er mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zur liberalen Weltanschauung begonnen wird. Dieses grundsätzliche Bekenntnis darf aber dann nicht in bloßen Worten bestehen, denn diese werden dem „agrarischen Reichskanzler“ nicht allseitig geglaubt. Wenn Bülow seine alte Vlodrede einfach noch einmal hersagt, so gewinnt er die Stimmung nicht, mit der er nochmals liegen kann. Er muß etwas Greifbares bieten, was antikonservativ wirkt, also entweder einen preussischen Wahlrechtsentwurf (geheime Wahl) oder einen Entwurf auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise nach der Bevölkerungsziffer. Mit einem solchen Entwurfe in der Hand wird er instande sein, alle irgendwie vorhandenen liberalen Gefühle im Untergrund der deutschen Volksseele zu wecken. Aber ob Fürst Bülow dieses oder etwas Ähnliches leisten kann, ist sehr die Frage, da er von der preussischen Regierung abhängt. So wie die preussische Regierung heute ist, eignet sie sich schlecht als Hintergrund des Bülowischen Kampfes um die Macht. Hand in Hand mit ihr kann die Parole der Befreiung der Nation von allen Klasseninteressen nur schwer ausgegeben und erfolgreich durchgeführt werden. Wird nun Bülow mit seinen 60 Jahren noch kräftig und jung genug sein, um sich selbst zu so gewaltiger Arbeit zu zwingen, wie Bismarck sie mit 50 Jahren leistete? Wird er, der Mensch mit der diplomatischen Hand, diejenige Rücksichtslosigkeit preussischen Staates gehört? Und vor allem: sieht er so fest im Sattel, um dieses harte Reiterstück wagen zu dürfen? Das hängt vom Verhältnis zum Kaiser ab. Wie dieses nach dem letzten November in Wirklichkeit beschaffen ist, entzieht sich der öffentlichen Beurteilung. Auch eine glatte Wiederherstellung des alten Verhältnisses garantiert nicht, daß nicht starke Restbestände von Mißtrauen übriggeblieben sind. Nun ist ja wahr, daß auch König Wilhelm I. in der Konfliktzeit nicht ohne Gefühls widerstände gegenüber Bismarck gewesen ist, aber er war nach Alter und Art anders als sein Enkel. Wahrscheinlich macht Bülow jetzt bei sich eine ganz geheime Bilanz seiner Kräfte. Er prüft seine politischen Hypothesen, seinen Kredit, seine Konkurrenten und seinen politischen Anführer. Von dieser Bilanz wird es abhängen, ob er Liquidation anmeldet oder ob er seinen Betrieb auf eine neue Grundlage zu stellen versucht.

Die Notwendigkeit für Bülow, einen etwaigen neuen Wahlkampf mit einer starken Betonung liberaler Grundsätze zu führen, haben auch wir jüngst hervorgehoben, aber auch wir teilen die Zweifel Raumanns, ob Fürst Bülow die Kraft und den Willen hat, gegen das konservative Regime aufzubegehren. Könnte und wollte er's, so würde ihn der Liberalismus freudig begrüßen.

#### Ueber die Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers

schreibt der Professor Dr. Zellinek-Heidelberg in der „Deutschen Juristenzeitung“ eine polemische Betrachtung gegen Professor Laband, die er selbst einen „Epilog“ nennt. Zellinek hatte bekanntlich in einer vielerörterten Schrift Vorschläge zur staatsrechtlichen Lösung der Ministerverantwortlichkeitsfrage gemacht und Laband hatte dagegen angeknüpft. Jetzt schreibt Zellinek:

„Ich hatte eine Zweidrittelmajorität des Reichstags für ein legales Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler für notwendig erklärt und die weitestgehenden Kautelen gegen mißbräuchliche Anwendung solchen Rechtes gefordert. Laband ist aber der Ansicht, daß derartige Zweidrittelmajoritäten sehr

leicht zustande kommen können. Dem widerspricht die bisherige Geschichte des Reichstags durchaus, da selbst die Reichsregierung in der Regel große Mühe aufwenden muß, um in wichtigen Fällen eine einfache Majorität für ihre Maßregeln zu finden. Ich hätte nicht geglaubt, daß es möglich wäre, dem vielbesagten Uebel der Parteierpitterung des Reichstags so kinderleicht durch einen Gesetzesparagrafen ein Ende zu machen, und glaube zudem, daß so etwas wie Parlamentsherrschast von ganz anderen als staatsrechtlichen Faktoren abhängt. Nehmen wir aber an, daß die Bildung von Zweidrittelmajoritäten ein tägliches Ereignis wäre. Was sollte den Reichstag auch bei dem heutigen Reichszustande verhindern, gegen einen ihm unbehaglichen Reichskanzler mit solch überwältigender Majorität Stellung zu nehmen? Und wenn es zum Konflikt kommt und auch Auflösungen des Reichstages nicht das von der Regierung gewünschte Resultat erzielen, welche Mittel hätte die Regierung, den Konflikt in ihrem Sinne zu lösen? Auf diese Frage bleibt Laband die Antwort schuldig. Allerdings hört bei dieser Frage das Staatsrecht auf, und die Politik beginnt, und es ist eine feste politische Überzeugung, die uns aus den Ausführungen Labands entgegentritt: alle Weisheit ist stets und unter allen Umständen bei der Regierung, alle Unweisheit beim Reichstag. Das ist gewiß in vielen Fällen zutreffend gewesen; es könnte aber doch auch einmal das Gegenteil davon eintreten. Fürst Bülow hat jüngst mit vollem Recht hervorgehoben, daß man politische Prinzipien nicht übertreiben dürfe.“

„Doch hat“, so fährt Zellinek melancholisch fort, „dieser ganze Streit heute nur mehr akademische Bedeutung. Die Gule der Minerva fliegt auch in diesem Falle erst in der Dämmerung. Die hat sich bereits dicht auf die Anträge einer Kanzlerverantwortlichkeit herabgeiekt. Es wird alles beim Alten bleiben, und insofern geführt der Sieg Labands, dessen konservativen Sinn der ganze Gedanke einer rechtlich festzustellenden Ministerverantwortlichkeit aufs höchste unympathisch ist.“

Man kann nicht behaupten, daß Zellinek mit seinen pessimistischen Ansichten unrecht haben wird. Auch wir sehen keine auch nur geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit, die Ministerverantwortlichkeit jetzt noch zu regeln, ganz abgesehen von den politischen Schwierigkeiten. Selbst in der Frage der Änderung des Interpellationsrechtes dürfte infolge des schon wiederholt gekennzeichneten unverantwortlichen Verhaltens des Zentrums ein Resultat kaum zu erzielen sein. In beiden Fällen aber darf aufgehoben unter keinen Umständen mit aufgehoben gleichbedeutend sein.

#### Beleidigte Gefühle.

Die edlen Bulgaren sind bekanntlich tief gekränkt darüber, daß der deutsche Kaiser in seiner Glückwunschsrede an den Zaren Ferdinand diesen darauf hinzuweisen gewagt, in welcher eigenwilliger Art man hier die Frage der Orientbahnen behandelt und daß er betont hat, er erwarte eine loyale Regelung dieser Angelegenheit. Nun wird natürlich eine Haupt- und Staatsaktion daraus gemacht und man tut hier so, als ob dem Lande resp. seiner Regierung das bitterste Unrecht geschehe. Dabei sieht sich die Sache bei genauerem Eingehen denn doch ganz anders an. Die Serren Bulgaren sind, wie all die interessanten Völkernschaften am Balkan eine etwas un—frenone Gesellschaft und handeln gewohnheitsmäßig so, als ob sie sich ungestraft alles erlauben dürften. Es ist eine ganz gute Aktion, wenn ihnen gerade bei solcher Gelegenheit einmal klar gemacht wird, daß sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben; so, wie sie es in Sachen der Orientbahn getan, hätte keine Großmacht vorzugehen gewagt! Aber alle diese Völkerspitterchen rechnen eben damit, daß, wie sie sich auch verhalten mögen, sich stets irgend ein Großstaat dazu bereit finden wird, sie — aus eigensüchtigen Gründen natür-

die besonders im Portrait Vorzügliches geben; am stärksten wirkt Georg Kolbe. Aber diese Werke und die Leistungen der jüngeren Maler wird ebenfalls in einem späteren Aufsatz ausführlicher zu sprechen sein. Dr. P. L.

#### Aus Kunst und Leben.

##### Graf Hülsen-Haeseler im Kampf mit der Bühnengenossenschaft.

Der Kampf zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft, dessen eminente Bedeutung für die Hebung des Schauspielersstandes kein gerecht Denkender verkennen kann, zeitigt Epochen, die auch für einen, der den Ernst dieser sozialen Bewegung voll erfährt, des pikanten und amüsanten Beigeschmades nicht entbehren. Eine dieser Epochen hat für uns noch das besonders aktuelle Interesse, daß ihr Schauplatz Wiesbaden war. In der bekannten Berliner Wochenchrift „Neue Revue“ (Herausgeber F. v. Vordy) hatte Hofkapellmeister Dr. Georg Goehler-Karlruhe einen offenen Brief an den Generalintendanten Grafen Hülsen-Haeseler veröffentlicht. Der Tenor dieses Briefes ging dahin, daß die bekannte übergrößen Stellungnahme des Bühnenvereins in erster Linie auf den Grafen Hülsen-Haeseler zurückzuführen sei, während andere Mitglieder des Bühnenvereins gern entgegenkommender verfahren wären, wenn sie sich dem Einfluß des Generalintendanten hätten entziehen können. Zwei Mitglieder des Bühnenvereins, Baron zu Puttky und Graf Seebach, versuchten daraufhin eine öffentliche Verteidigung des Grafen v. Hülsen-Haeseler, in der sie in erster Linie die Tatsache betonten, daß Graf v. Hülsen-Haeseler von anerkannt persönlicher Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit gegen die Angehörigen seiner Bühnen sei. In einem zweiten Artikel in derselben Zeitschrift wies Hofkapellmeister Dr. Goehler nun energisch und einleuchtend darauf hin, daß durch solche Verteidigungen die eigentliche Sachlage nur verschleierte werde. Die persönliche wohlwollende Liebenswürdigkeit des Grafen v. Hülsen-Haeseler habe er in seinem offenen

heit ornamentaler Flächenbehandlung und farbiger Feinheit aber bietet sich ein Damenportrait Nikits dar.

Unter den Jüngeren interessieren vor allem Walsch und Beckmann. Der Maler des Proletariats drängt in einem grau-sachlichen und tief ergreifenden Bild zweier schlafender „Tippelschidsen“ das Beste zusammen, was er zu geben vermag, erscheint aber in einer Schilderung von Infassen der „vierten Klasse“ genuehast-banal. In Beckmann, dem jugendlichsten und zukunftsreichsten der Sezession, hat sich das Chaos seines gestaltenden Überschwangs immer noch nicht zu reiner Form gelärt. Trotzdem ist seine „Auferstehung“ ein Werk von außerordentlicher Kraft und einer gewissen Größe. Bei dem jetzt so modernen Spanier Greco scheint er sich die Anregung zu dieser in Form und Beleuchtung ganz nach aufwärts strebenden Vision geholt zu haben: eine empore- und herunterwirbelnde Flut nackter Körper, dunkel sich ballend, oben in Licht verflutend und darunter Gruppen in moderner Kleidung, nachdenklich, erschaut, verzweifelt. Eine dieser schwere Stimmung liegt auch in den Alten seiner „Eintflut“, während die Szene aus dem Untergang von Messina trotz aller improvisatorischen Berbe etwas vom Schauerpanorama hat. Mit guten Portraits sind Hankol und Kardoff vertreten. Vortrefflich sind Stilleben von G. Herrmann, Heinrich Sübner, Mosen. Im ganzen überwiegt unter den jüngeren Künstlern der französische Einfluß, wie er jetzt besonders von Cézanne und Denis ausgeht. Daneben tritt die bisher herrschende Vorliebe für die Pointillisten und van Gogh mehr zurück.

Von ausländischen Künstlern sind Cézanne mit einem in den Gestalten nur angedeuteten, aber in der Landschaft zu herrlicher Zouschönheit gebliebenen Werke und Builard mit ausgezeichneten Werken vertreten. Israëls hat zwei vorzügliche Gemälde da. Ein in Deutschland bisher völlig unbekannter Meister von außerordentlicher Feinheit und innerlicher Charakterisierungskunst ist der 1906 gestorbene Schwede Ernst Josephson, mit dessen Kunst wir uns noch später eingehender beschäftigen müssen. Die Plastik wird durch sehr schöne Leistungen repräsentiert,

lich — zu protegiere. . . Vielleicht hat aber dieses Vorgehen Deutschlands wenigstens die eine Folge, daß sich Bulgarien ihm gegenüber in Zukunft zuvorkommender verhält. Bislang lagen ja die Verhältnisse so, daß Deutschland und Österreich sich des Landes, resp. des Fürsten Ferdinand nach jeder Richtung hin annahmen, während dieser die erste Gelegenheit benutzte, um sich Rußland in die Arme zu werfen, weil er bei dieser Kombination mehr zu profitieren „hoffte“. Die Lektion kommt auch im geeigneten Moment, denn es hat ganz den Anschein, als ob man hier sehr geneigt wäre, die augenblicklichen Wirren in der Türkei auszunutzen, um dabei wieder einmal nach Kräften im trüben zu fischen. Wenn Bulgarien dazu die Lust benommen wird, so ist das sicher von Nutzen!

### Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Ganz unerwartet hat der Süddeutsche Oberbürgermeister und aus dem Herrenhaufe bekannte Parlamentarier Dr. Struckmann beim Magistrat seine Pensionierung zum 1. September d. J. beantragt. Er feierte kürzlich seinen 70. Geburtstag.

□ Die Konservativen und die Beamten. Die „Kreuzzeitung“ äußert sich höchst despektierlich über die Beamten, die den Konservativen jetzt in der Steuerfrage die Gefolgschaft aufkündigen. In ihrer blinden Wut über die Berliner Demonstrationsversammlungen der Beamten läßt sie sich zu folgender herabsehender Zensur über das politische und volkswirtschaftliche Verständnis der Beamten hinreißen. „Warum gelingt es den Konservativen nicht . . . den städtischen Besitz, groß oder klein, in der Steuerfrage an ihre Seite zu bringen? Die konservative Partei in den Städten besteht gerade aus den Elementen, die zu den Befoldeten gehören, Geistlichen, pensionierten Offizieren, aktiven Beamten und dergl. Diese aber, so antidemokratisch sie sonst sein mögen, fallen in Steuerfragen auf dieselbe Seite, wie die Lohnarbeiter, aus Sympathie der Christen. Einzelne besondere Köpfe immer ausgenommen. Aber die Masse der großen und kleinen Beamten ist antiagrarisch aus unerbittlichen Vorstellungen, die ihnen die Natur ihres wirtschaftlichen Daseins eingibt.“ Mit anderen Worten: die Beamten haben nach Ansicht der „Kreuzztg.“ nicht das richtige Verständnis für das, was ihnen kommt, da sie sich von den Konservativen nicht als Vorpann für die selbstsüchtigen Interessen der Agrarier mißbrauchen lassen wollen. Die „Kreuzztg.“ war es ja auch, die das häßliche Wort von den „vom Staate alimentierten Beamten“ gesprochen und die „Deutschen Nachr.“, das kürzlich begründete Beamtenblatt, als „Beamten-Vorwärts“ demunziert hat.

NPT. Über die geplante Ausstellung der preussischen Unterrichtsverwaltung auf der Brüsseler Weltausstellung hören wir von unterrichteter Seite: Die Ausstellung wird Gewicht darauf legen, möglichst lebensvolle Bilder zu bieten und gerade das zum Ausdruck zu bringen, was aktuelle Bedeutung in unserem Schulleben hat, um dem Auslande zu zeigen, daß die preussische Unterrichtsverwaltung bemüht ist, alles Neue, was gut und der Pflege wert ist, kräftig zu fördern und zu reformieren, wo Reformen den Schülern frisches Leben bringt. Die verschiedenen Aufstufungsarten der höheren Schulen werden durch bestimmte Typen zur Darstellung kommen. Spezialaufstellungen werden Heimatkunde und Deutschlands Kolonialwesen darbieten und zeigen, wie der Unterricht hier bereits neue Bahnen zieht. Auch die Bürgerkunde wird einen Bestandteil der Heimatkunde bilden. Ferner werden sich die physikalischen Schülerübungen auf der Ausstellung präsentieren und der biologische Unterricht wird sich ebenfalls zeigen. Wenn es irgend möglich ist, werden auch Lehrproben gegeben und Lebendige Schulklassen in Aktion vorgeführt werden. Und ebenso werden Vorträge von fachkundiger Seite die Ausstellungsgegenstände des preussischen Unterrichtswezens historisch und pädagogisch beleben. Alles in allem — die preussische Unterrichtsverwaltung wird zeigen, was sie leistet, und beweisen, daß die zuweilen erhobenen Klagen über Rückständigkeit doch sehr der Nachprüfung bedürfen.

Wrief nicht angezweifelt. Aber nicht um „Lebenswürdigkeiten, Wohlwollen und Wohlthaten“, sondern um das Recht der Schauspieler und ihre Anerkennung als des zweiten gleichberechtigten vertragschließenden Teiles handle es sich in diesem Kampfe. Und dann führt Dr. Goehler eine Reihe weiterer markanter Tatsachen auf, die seine erste Charakterisierung des „Systems Hülßen“ unterfüttern. Darunter findet sich die folgende Episode, deren Tatbestand und Charakteristik wir im folgenden Wortlaut der Goehlerschen Darstellung wiedergeben. Es heißt da:

„Es war an sehr vielen Bühnen üblich, daß die Genossenschaft ihre Versammlungen und Wahlen in einem Raum des Theaters abhielt. Auf diese Weise wurde vermieden, daß ihr Kosten für Saalmiete erwachsen usw. So auch in Wiesbaden. Kurz vor einer Versammlung der dortigen Genossenschaft trat nun eine Verordnung aus Berlin ein, die dem dortigen Intendanten, Herrn v. Mupenbecher, verbot, eine Versammlung der Genossenschaft im Chorsaal des Theaters zu genehmigen. Herr v. Mupenbecher mietete darauf im Rathaus von sich aus für die Genossenschaft einen Saal. Ist das Berliner Scharfmacherei? Will Graf Hülßen dieses Vorgehen des Wiesbadener Intendanten an Allerhöchster Stelle melden oder ist er einverstanden mit Schroffheit in der Theorie und gnädigem Wohlwollen im Einzelfalle?“

N. Verbi als Gutsbesitzer. Auch in den Tagen höchster Verühmtheit hat Verbi niemals den Blick für die kleinen Dinge des Lebens verloren und sich stets in größter Gewissenhaftigkeit mit ihnen beschäftigt. Das zeigt sich in den Briefen an seinen Gutsverwalter in Sant' Agata, die jetzt im „Marzocco“ veröffentlicht werden. In ihnen zeigt sich der Komponist als umsichtiger Ökonom, der sich um die Behandlung der Pferde, um die Erntearbeiten, um Verbesserungen und Ersparrnisse sorgsam kümmert, und auch in der Ferne alle Einzelheiten des Betriebes überschaut und leitet. „Sollen Sie die Schwarzpappeln fällen, die Sie als Rudholz verwerten können . . . Aus Ihren Briefen sehe ich,

§ Der Streit um die Nachlasssteuer hat in Württemberg zu einem ergötzlichen Frochmäuserkrieg zwischen dem Bund der Landwirte und den Konservativen geführt. Die neueste Nummer der „Grünen Hefte“ des württembergischen Bundes der Landwirte enthält nämlich folgenden Kiffel gegen die „Deutsche Reichspost“, die unter ausdrücklicher Wahrung des gegenwärtigen Standpunktes der Redaktion einem „hochgeschätzten Mitarbeiter“ zugunsten der Nachlasssteuer ihre Spalten geöffnet hatte: „Wir bedauern, daß die „Deutsche Reichspost“ einen Aufsatz mit derartigen Rechenfehlern gebracht hat und sehen uns deshalb zu der Mitteilung veranlaßt, daß der Bund der Landwirte für die Aufnahme oder Ablehnung von Aufsätzen in der „Deutschen Reichspost“ nicht verantwortlich ist. Die „Deutsche Reichspost“ ist das Zentralorgan der konservativen Partei, nicht aber ein Organ des Bundes der Landwirte.“ Das Weitere dabei ist, daß der Redakteur dieses angeblich nur konservativen Blattes der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für Württemberg, der frühere Reichstagsabgeordnete Friedrich Schrenpf ist, und daß die drei bauernbündlerischen Reichstagsabgeordneten Württemberg's sämtlich ebenfalls Anhänger der Erbschaftsteuer sind.

○ Gutachten zum Fischereigesetzentwurf. Dem Vernehmen nach sind die Regierungspräsidenten von der zuständigen Behörde aufgefordert worden, sich gutachtlich über die in Aussicht genommenen Bestimmungen des neuen Fischereigesetzes zu äußern. Es wird erwartet, daß diese Gutachten im Laufe des Sommers eingehen werden, so daß dann die Arbeiten zur endgültigen Fassung des Entwurfs beginnen können. Man kann damit rechnen, daß eine entsprechende Vorlage, die gleichzeitig mit dem Wassergesetzentwurf eingebracht werden soll, im nächsten Jahr — nicht, wie gemeldet, im Spätherbst — dem Landtag zugehen wird. Der neue Entwurf wird auch eine Regelung des Privatrechts der Fischereiberechtigungen enthalten, und außerdem sollen Bestimmungen über die Beaufsichtigung der Fischer und die Erteilung von Fischereischeinen in ihn aufgenommen werden. Die Regelung der Abwässerangelegenheiten wird dagegen im Wassergesetz Aufnahme finden, und ebenso sollen die Fischereiberechtigungen in die Wasserbücher eingetragen werden, die das Wassergesetz vorsieht. Im Fischereigesetz ist außerdem noch das Recht der Uferbetretung behandelt, und schließlich sollen auch neue Gesichtspunkte über die der Fischerei schädlichen Tiere aufgestellt werden.

\* Gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien im Herzogtum Meiningen gegen die Sozialdemokratie. Die Führer der Konservativen, Bündler, Nationalliberalen und Freisinnigen im Herzogtum Meiningen beschloßen, für die bevorstehenden Landtagswahlen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sozialdemokratie.

\* Gegen die Polonisierung in Schlessen. Mit Rücksicht darauf, daß im Laufe der letzten fünf Jahre in den schlesischen Kreisen Glogau, Freystadt, Großwarthenberg, Gubrau und Weßlau gegen 70 mittlere Besitzungen und mehrere größere Güter in polnische Hände übergegangen sind, hat die in Waldenburg tagende Generalversammlung des schlesischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes einstimmig eine Resolution angenommen, in der an die evangelischen Glaubensgenossen der gefährdeten Bezirke der dringende Appell gerichtet wird, sich ihrer Verpflichtung als deutsch-evangelische Christen bewußt zu bleiben, namentlich aber unter keinen Umständen ihre Hand darzubieten, daß der Grundbesitz aus deutsch-evangelischen in national-polnische Hände übergeht.

\* Die Ermordung von Dr. Brumhuber und Dr. Schmitz in China. Dr. Robert Brumhuber, der nebst seinem Reisegefährten Dr. Schmitz nach Missionarnachrichten von dem Stamme der Luyowas am oberen Salwin in Sibirien ermordet worden ist, hat die Reise nach Ostasien im Auftrage des „V. Z.“ unternommen. Er wollte von Sumat auf, neben den Fällen des Mekong emporksteigend, nach Tibet gelangen. Am 25. September 1908 verließ er mit dem Bremer Dampfschiff „Aelst“ Neapel. In diesen Tagen schrieb er dem „V. Z.“ von Bord des Schiffes: „Welche gedorfami auf Route! . . . Hoffentlich haben Sie im Januar oder Februar die ersten Berichte aus Tibet.“ — Dr. Robert Brumhuber stammte aus dem Rheinlande und war mit der Tochter des bekannten Musikchriftstellers Otto Reiche ver-

daß Myford nicht genügend bewegt wird, und daß das junge Pferd nicht zugeritten wird. Ich bin damit nicht zufrieden, weil die Pferde in der Wut nicht gesund bleiben und zum mindesten dick und schwerfällig werden. Ich wünsche auch, daß meine Pferde mit dem Heu von Sant' Agata gefüttert werden. Außerdem erwarte ich, daß Sie sich um den Dünger kümmern, woraus ich den größten Wert lege. Was arbeiten die Männer? Und was tun die Mauerer?“ „Es ist mir sehr unangenehm zu hören, daß die Wasserkanäle so sehr beschädigt sind.“ Er schlägt vor, neue konstruieren zu lassen, und fährt fort: „Sie müssen inwendig zweifach mit getrocknetem Cl bestrichen werden oder mit Erdpech, das Äußere nur mit gewöhnlichem Cl, das man leicht auf die Farbe des umgebenden Mauerwerkes abstimmen kann.“ Und aus Turin schreibt er ziemlich ungehalten an den Verwalter: „Warum haben Sie die Maschine laufen lassen, trotzdem ich Ihnen ausdrücklich befohlen, sie nicht anzurühren? Ich möchte überhaupt einmal erfahren, ob Sie meine Befehle befolgen wollen oder nicht. Gestatten Sie mir zu bemerken, daß so nichtisagende Briefe wie der Ihre besser überhaupt nicht geschrieben würden. Sie teilen mir z. B. mit, daß die Unkosten 518.00 Lire betragen und die weiteren Ausgaben 276 Lire; aber warum teilen Sie mir Heber nicht mit, für was und in welcher Weise Sie das Geld angelegt haben, und woraus diese 276 Lire sich zusammensetzen . . .“

Theater und Literatur. Deutsch-Böhmen im Bilde ist der Titel eines Werkes, das im Verben begriffen ist. Es soll als Lesestückwerk in 20 Monatsheften erscheinen und 80 Kunstblätter nebst begleitendem Text aus berufener Feder umfassen. Herausgeber ist der Verein deutscher bildender Künstler in Böhmen, Verleger der Verlag von A. Haase in Prag.

Bildende Kunst und Musik. Eine französische Kunstausstellung im Reichstagsgebäude beabsichtigt das deutsch-französische Annäherungskomitee zu veranstalten. Die Verhandlungen dürften bald ein positives Resultat zeitigen.

heiratet. Er war einer der Führer der Jungliberalen im Rheinland und Westfalen und wäre vermutlich heute bereits Mitglied des Reichstages oder des Abgeordnetenhauses, wenn er bei den letzten Wahlen das vorgeschriebene Alter gehabt hätte. Sein rascher Unternehmungssinn trieb ihn von Europa fort. — Bei der chinesischen Gesandtschaft in Berlin ist der „Voss. Zig.“ zufolge eine amtliche Bestätigung der Nachricht von der Ermordung der beiden deutschen Reisenden bisher nicht eingetroffen.

\* Wähler, die über eine Leiter klettern mußten. Die ersten Stadtverordnetenwahlen der neuen Großstadt Saarbrücken sind bereits beanstandet worden, und zwar von der Bürgerpartei des Bezirks Nassau-Burbach. Originell in dem Wahlprotokoll ist die Feststellung, daß das Wahllokal der dritten Abteilung dem Andrang nicht gewachsen war und daß man deshalb auf den Ausweg verfiel, die Wähler der Ausgange durch ein Fenster über eine Leiter ins Freie nehmen zu lassen. Obendrein war die Leiter zu kurz, so daß sich die erste Stufe noch einen Meter unter dem Fenster befand. Im Hinblick auf diese gefährliche Passage sollen, wie der Wahlprotokoll besagt, eine Anzahl Wähler davon Abstand genommen haben, ihr Wahlrecht auszuüben. Im übrigen werden in dem Wahlprotokoll noch Beeinflussungen durch die Hüftenpartei (Burbacher Hüfte) geltend gemacht.

\* Die Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins. Der aus dem Deutschen Schulverein hervorgegangene Verein für das Deutschtum im Ausland wird seinen diesjährigen Vertretertag in der Pfingstwoche, und zwar in den Tagen vom 2. bis 4. Juni in Berlin abhalten. Mit dem Vertretertag wird, wie immer, die Hauptversammlung verbunden sein.

\* Invaliden- und Altersrenten. Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. März 1909 bewilligten Invalidenrenten belief sich auf 1 659 234; am 1. April 1909 liefen 871 303 Anträge gegen 868 066 am 1. Januar 1909. Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 473 870; am 1. April liefen 107 064 gegen 108 637 am 1. Januar 1909. Krankenrenten wurden seit dem 1. Januar 1909 bewilligt 93 382. Am 1. April liefen 18 767 gegen 19 067 am 1. Januar 1909.

\* Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag, der dem Bundesrate vorliegt, wird dem Reichstage zugehen, sobald er in Portugal angekommen ist.

\* Verein technischer Privatangehöriger. Der soziale Ausschuß von Vereinen technischer Privatangehöriger verfaßt seinen Jahresbericht für das Jahr 1908. Es geht daraus hervor, daß der Ausschuß im verfloßenen Jahre zu allen die Interessen der technischen Privatangehörigen betreffenden Fragen Stellung genommen hat. Von den im Deutschen Reich bestehenden größeren Technikerverbänden gehören zurzeit 14 dem sozialen Ausschuß an, die insgesamt 76 822 Mitglieder zählen. Es sind damit im sozialen Ausschuß 75 Prozent aller organisierten technischen Privatangehörigen vertreten. Aus der dem Bericht angehängten Übersicht über die Organisationen der Angestellten im Jahre 1908 ergibt sich, daß am 31. Dezember 1908 die kaufmännischen Verbände 494 725, die Techniker-Verbände 111 884, die Verbände der Bureaubeamten 12 437, die Verbände der landwirtschaftlichen Angestellten 13 777 und verschiedene Organisationen 117 393 Mitglieder zählten. Es muß jedoch dabei beachtet werden, daß hier von nur 650 993 Privatangestellte sind.

\* Die „Volkswirtschaftlichen Blätter“ (herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von Dr. Herm. Edw. Krueger-Berlin, Carl Gebmanns Verlag, Berlin W. 8.) veröffentlichten jenseits ihr 8. Heft des laufenden Jahresgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dr. Thies: Die Neuordnung des volkswirtschaftlichen Studiums in Japan. Dr. Krueger: Die banktechnische und kaufmännische Ausbildung der Juristen und Volkswirte. Das Zeitalter der Generalsekretäre. Aus dem Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbande: Neue Mitglieder. Auszug aus der Bilanzanalyse. Wöbling-Fonds. Ortsgruppe Berlin. Literaturberichte: Dr. Naedel und Dr. Krueger: Statistik. Dr. Reisinger: Bank- und Börsewesen. Länderkunde. Sprechsaal: Bureaustatistik und ihre Bekämpfung. Fortsetzung zum neuen Beruf. Aus den Organisationen: a) Deutschland, b) Ausland und Internationales. Konferenz. Ausstellungen. Bildung. Preisausschreiben. Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Persönliches. Zeitschriftencau.

### Heer und Flotte.

Die drei neuen Trodenboots in Wilhelmshaven sind soweit fertig, daß ihrer Verwendung nichts mehr entgegensteht.

### Deutsche Kolonien.

×× Kolonial-Wirtschaftliches. Die soeben erschienene Mai-Nummer des „Tropenpflanzer“, Organ des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Berlin, unter den Bänden 43, bringt an erster Stelle einen Aufsatz von Dr. E. Pridenden, Victoria, Kamerun: Zur Kenntnis des Kakaos von Kikexia africana. Für den Saft dieses Kakaobäumchens, der hauptsächlich in Westafrika angebaut wird, gibt es heute noch keine Koagulierungsmethode, die Vertriebenswert ist. Dem am meisten gebräuchlichen Verfahren des Auslöchens haften sehr erhebliche Mängel an, und das Bedürfnis nach einem vollkommeneren Verfahren macht sich um so mehr geltend, als die Pflanzungen sich dem Zeitpunkt der Ertragsfähigkeit nähern. Der Verfasser untersucht nun in diesem Artikel die chemischen und physikalischen Eigenschaften der Kakaomilch und gewinnt auf diesem Wege Hinweise für eine verbesserte Koagulierungsmethode. In einem weiteren Artikel macht Dr. Stange, Berlin, interessante Angaben über das Opium, die Art seiner Gewinnung und Verbreitung, und schildert in feindseliger Weise den Kampf, den die chinesische Regierung seit Jahren gegen die Einfuhr des verderblichen Giftes führt. Unter den künftigen Ausbitten „Aus Deutschen Kolonien“, „Aus fremden Produktionsgebieten“ und „Berücksichtigtes“ sei besonders verwiesen auf die Kapitel: „Zur Kakaokultur in Kamerun“, „Neue Kakaokulturanbauversuche in Britisch-Indien“, „Einiges über die Gemmeleierkrankheit der Kakaopflanze und die Widerstandsfähigkeit verschiedener Kakaosorten gegen dieselbe“, „Guano-Kaustik“ u. a. Des weiteren enthält die Nummer wieder eine Menge kleinerer Mitteilungen über tropische Kulturen und die Produktionsverhältnisse fremder Kolonien.

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

Tschechische Blätter melden, daß bei der Rekruten-Aushebung in Prag die jungen Leute mit schwarzen Schleifen und schwarz umflochtenen Fahnen antraten. Ebenso war ein Russkorps aufgebildet worden, das einen Trauermarsch spielte. Die Gendarmerie beschlagnahmte die Fahnen und stellte die Namen der Demonstranten fest.

#### Rußland.

Die Reichsbuma nahm in nichtöffentlicher Sitzung gemäß dem Antrage der Kommission für Landesverteidigung

die Regierungsvorlage an, die das Rekrutenkontingent für 1909 auf 456 635 Mann festlegt. Die Sitzung dauerte bis gegen 2 Uhr nachts. Die Übergangsformel betont unter anderem die Notwendigkeit einer Revision des Wehrpflichtreglements.

Isivolaki reist von München nach Biarritz, wo er in der Villa des spanischen Botschafters Binnaza absteigt. Ferner wird er wahrscheinlich auch in Paris und London Besuche machen.

Für eine strategische Eisenbahnlinie an der polnischen Grenze werden 30 Millionen Rubel gefordert, für Marinezwecke 13 Millionen.

Frau Stessel hat ein Begnadigungsgeſuch ihres Mannes an den Zaren eingereicht. Es ist aber unberücksichtigt geblieben.

Niederlande.

Das Schiedsgericht, das zurzeit im Gebäude des Haager Schiedsgerichts wegen der norwegisch-schwedischen Grenzfrage tagt, hat beschlossen, eine Untersuchung an Ort und Stelle zu veranstalten, und in der letzten Hälfte des August seine Tagung fortzusetzen.

Frankreich.

Auch die Yvoner Postbeamten hielten eine Protestversammlung ab, in welcher beschlossen wurde, dieselben Maßnahmen zu ergreifen, die in Paris beschlossen worden sind.

Da der Marineminister die vom Vizeadmiral Germinet erhobenen Vorwürfe, daß die Marineoffiziere nicht hinreichend Gelegenheit zur Ausbildung hätten, weil keine Kreuzfahrten gemacht würden, als berechtigt anerkannt hat, so werden die Kreuzfahrten sofort wieder aufgenommen werden. Die 2. Division des Mittelmeergeschwaders wird eine dreimonatige Reise nach den marokkanischen und algerischen Gewässern unternehmen und bei dieser Gelegenheit Spanien und Portugal besuchen.

Spanien.

Expräsident Castro reist am 8. d. M. von San Sebastian nach Santander ab. Man glaubt jedoch, daß er seinen endgültigen Wohnsitz in San Sebastian aufschlagen wird, wo er hofft, von der Regierung nicht belästigt zu werden. Er klagt andauernd über die Haltung Frankreichs ihm gegenüber.

In Orense veranfaßte die Bevölkerung Kundgebungen gegen den Bischof. Dem „Gerald“ zufolge wurden das bischöfliche Palais, mehrere Klöster und das Geschäftshaus der katholischen Zeitung „Eco“ mit Steinen beworfen. Als ein Priester vom Balkon des katholischen Vereinshauses einen Schuß abgab, schlug die Menge Türen und Fenster des Hauses ein. Die Bevölkerung schiebt dem Bischof die Schuld an den blutigen Vorgängen zu, die sich jüngst in dem Dorfe Olera abgespielt haben, und verlangt die Absetzung des Bischofs.

Türkei.

Zur Orientbahnfrage.

Die Verhandlungen der Direktion der Orientbahn mit der Kommission der Porte haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Es mußten daher bei dem Minister des auswärtigen eindruckliche Schritte erfolgen, die von diplomatischer Seite unterstützt werden. — Mit Bulgarien ist dagegen über einige Spezialfragen eine Verständigung nahezu erzielt worden. — Der Kriegsminister hat an die Orientbahn ein Dankſchreiben für die durchgeführten Truppentransporte gerichtet.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 7. Mai.

Kommunallandtag.

Aus der 5. Plenar- und Schlußsitzung ist weiter zu berichten: Es schloß sich die Verhandlung über Ausgaben des Etats 13. der Heil- u. Pflegeanstalt Eichberg mit 303 000 M., Pflegegelder der Geisteskranken, 9500 M., Einnahmen aus den Werkstätten und dem Arbeitsbetrieb, 29 400 M. aus der Feld- und Gartenwirtschaft, 28 400 M. aus der Viehwirtschaft, 20 000 M. Erlös von verkauftem lebendem Inventar, 150 242 M. Besoldungen usw., 35 500 M. Staatszuschuß; 14. der Etat der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Weilmünster mit 395 000 M., Pflegegelder der Geisteskranken, 5000 M., Einnahmen aus den Werkstätten und dem Arbeitsbetriebe, 13 000 M. aus der Feld- und Gartenwirtschaft, 16 500 M. aus der Viehwirtschaft, 22 000 M. aus verkauftem lebendem Inventar, 35 500 M. Staatszuschuß, 127 300 M. Zuschuß aus Mitteln des Bezirksverbandes, 172 316 M. Besoldungen und 635 000 M. Gesamtausgabe; 15. der Etat der Landes-Pflegeanstalt Hadamar mit 72 000 M. Pflegegeldern der Kranken, 25 950 M. Zuschuß des Bezirksverbandes, 30 664 M. Besoldungen usw. und 104 100 M. Gesamtausgabe; 16. der Etat des Taubstummen-Instituts zu Gampberg mit 35 500 M. Staatszuschuß, 36 000 M. Zuschuß des Bezirksverbandes und 72 200 M. Gesamtausgabe; 17. der Etat des städtischen Wegebaufonds mit 1 190 012 M. Staatsrenten, 416 400 M. Überweisung aus Mitteln des Bezirksverbandes, 829 780 M. Aufwand für die Unterhaltung von Bezirksstraßen, 32 000 M. Überweisung an den Kleinbahnfonds, 310 000 M. Überweisung an den Fonds für die Unterhaltung des Gemeindewegebaues und 1 673 000 M. Gesamtausgabe; 18. der Etat des Fonds für die Unterhaltung des Gemeindewegebaues mit 310 000 M. Überweisung, 159 298 M., resp. 83 598 M. Beiträge der Gemeinden zu der Herstellung oder Unterhaltung von Wäldern, 625 480 M. Gesamteinnahme und Ausgabe; 19. der Etat des Kleinbahnfonds mit 35 500 M. Einnahme und Ausgabe bei 32 000 M. weisungen (Gesamtüberweisung seit 1895/96 1 208 400 M.; bis Ende 1907 soll bezahlet für Holtahaus-St. Goarshausen 750 000 M., Selters-Bachendurg 200 000 M. und Höchst-Königsfelden 200 000 M.); 20. Etat des Fonds aus dem Erlös für veräußerte (Chaussee-) Grundstücke mit 7536 M. Einnahme; 21. der Etat des Fonds zur Verteilung der Staatsrente vom 2. Juni 1902 an leistungsschwache Kreise und Gemeinden; aus der Staatsrente 147 928 M., Gesamtausgabe 255 000 M.; 22. der Etat der Verwaltungsstellen der Raff.

Brandversicherungsanstalt mit 164 841 M. Totalausgabe; 23. der Etat der Witwen- und Waisenkasse für die Kommunalbeamten des Regierungsbezirks Wiesbaden mit 93 000 Mark laufenden Beiträgen der Mitglieder, 39 000 M. gezahlten Witwen- und Waisengeldern und 53 900 M. Überweisung an den Reservefonds (Höhe des Reservefonds Ende 1907 776 869 M.); 24. der Etat der Ruhegehaltskasse für die Kommunalbeamten des Regierungsbezirks mit 122 862 M. Rostenbeiträgen, 123 300 M. Gesamteinnahme und 120 000 M. ausgezahlt Ruhegehalt; 25. der Etat der Verwaltungskosten der Klaff. Landesbank und Sparkasse mit 621 000 M. Ausgabe; 26. der Etat des Fonds für außerordentliche Hochbauten mit 65 000 M. Überweisung und Ausgabe; 27. der Etat des Fonds zur Errichtung der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Herborn mit 178 000 M. Grunderwerbskosten und 1 000 000 M. Baukosten (1. Bauteil); 28. der Hauptetat mit 1 670 936 M. Landesherr, 3 311 064 M. d. wertsch. der Ausgabe.

Abg. Landrat v. Danneberg bedauert, daß der Kreis-Viedenkopf bei seinen Wegebauten nicht die erwartete Unterstützung des Bezirksverbandes gefunden habe. — Abg. Schön verweist auf die bringende Notwendigkeit einer geschlichen Regelung der Beitragspflicht zum Wegebau. — Abg. Bürgermeister Füller-Oberursel wünschte Änderungen an dem Statut der Ruhegehaltskasse. — Abg. Landrat Büchting verleiht seiner besonderen Freude über die Förderung der Konfolidationen, der Hauptgrundlage für gesunde Verhältnisse in der Landwirtschaft, Ausdruck, und regt die Förderung des Obstbaus in derselben Weise an, wie es beim Weisbau bereits geschehe. — Abg. Epstein verlangt Maßnahmen gegen die Staubbelästigung auf den Landstraßen. — Abg. Landrat Ver befragt die außerordentlichen Lasten, welche die Fürsorge für die Geisteskranken den Kreisen auferbürde. Im Zeitraum von 1 1/2 Jahren seien im Kreise Oberlahn diese Kosten von 10 000 M. auf 26 000 M. gestiegen. Er fragt an, ob dem Landesauschusse eingehende Berichte vorlägen, aus denen vorzubehalten Mittel zu entnehmen seien. — Landeshauptmann Krekel: Zum Teil erkläre sich die Vermehrung der Irrenanfalls-Anfällen dadurch, daß zahlreiche Geisteskranken, welche früher frei herumgingen, den Anstalten überwiesen seien. Der Rechnungsvoranschlag wird im ganzen angenommen.

Abg. Landrat Büchting referiert namens des Finanzauschusses zu der Eingabe der Landwirtschaftskammer betr. Beteiligung des Bezirksverbandes an der Beschaffung und Verwertung der Elektrizität auf dem Lande. Er verweist auf die zahlreichen einschlägigen Projekte, welche derzeit schon bestehenden, auf das einschlägige Vorgehen in der Rheinprovinz und der Provinz Sachsen und legt zum Schluß eine Resolution folgenden Wortlauts vor: Der Kommunallandtag begrüßt es mit Freude, daß im Regierungsbezirk Wiesbaden die Errichtung elektrischer Überland-Zentralen unter finanzieller Beteiligung von Gemeinden und Kreisen angebahnt wird, um so mehr als durch die Ausdehnung der Anwendung der Elektrizität auf den verschiedenen Wirtschaftsbereichen sowohl das Interesse des platten Landes wie dasjenige der großen Städte gefördert wird. Der Kommunallandtag steht der Förderung dieser Angelegenheit durch die Gemeinden und die Kreise wohlwollend gegenüber. Ob diese Förderung durch Gewährung von Kredit zum landesüblichen Zinsfuß an die Gemeinden und Kreise oder durch finanzielle Beteiligung seitens des Kommunallverbandes erfolgen kann, muß späterer Erwägung vorbehalten bleiben, nachdem für den Einzelfall greifbare technische und finanziell durchgearbeitete Projekte vorgelegt sein werden. Abg. Justizrat Zimmermann: Der Kommunallverband dürfte sich nicht in alles einmischen. Auf dem Lande sei das Bedürfnis nach elektrischer Kraft kein großes. Wer derselben bedürfte, möge sie sich selbst beschaffen. Abg. Landrat v. Heimbürg: Auf den Einzelnen komme es bei großen Projekten wie dem Lahmehrschen nicht an. Die Meinung, daß das Land für elektrische Kraft seine Verwendung habe, sei eine irrige. Eine angemessene Rente sei in den meisten Fällen zu erzielen. Er bitte, Bürgermeister Erlangen-Frankfurt: Zutäglich seien weite Kreise bei der Sache interessiert. Die Resolution wird endlich mit großer Mehrheit angenommen. Abg. Landrat Duderstadt bringt den Bericht des Wahlvorlagungs-Ausschusses zu der Vorlage betr. die Wahl eines vierten Mitglieds der Direktion der Nassauischen Landesbank zum Vortrag. Die neue Stelle ist nötig geworden infolge des erweiternden Geschäftsumfanges. Das vierte Direktionsmitglied soll kaufmännisch vorgebildet sein. Nicht weniger als 578 Personen haben sich um die Stelle beworben. Der Ausschuss schlägt vor, dem Leiter der Effektenabteilung der Preußenkasse, Leutnant d. L. Johann Burkender mit 5400 M. Altersgehalt, dem dementsprechenden Wohnungsgeldzuschuß und unter Berechnung seines Dienstalters nach seiner Tätigkeit bei der Preußenkasse die Stellung zu übertragen. Das Haus beschließt demgemäß ohne Widerspruch. Abg. Bollweber ist Berichterstatter des Rechnungsprüfungs-Ausschusses über die Prüfung von Jahresrechnungen städtischer Fonds und Institute. Die vom Rechnungs-Revisionsbureau revidierten und von der Rechnungsprüfungs-Kommission des Landesauschusses nachgeprüften 32 Jahresrechnungen sind von dem Ausschuss soweit als möglich ebenfalls revidiert worden. Anstände haben sich dabei nicht ergeben. Die aus den Mitteln des Bezirksverbandes gedeckten tatsächlichen Etats-Überschreitungen betragen nach Abzug der Minderungen und Nebenmaßnahmen 92 216,75 M. Der Rechnungsprüfungs-Ausschuss beantragt: Der Kommunallandtag wolle 1. die angeführten Etats-Überschreitungen genehmigen; 2. bezüglich sämtlicher Jahresrechnungen Entlastung erteilen, vorbehaltlich des durch die nächsten Rechnungen zu führenden Nachweises der Erledigung der noch offen gebliebenen Erinnerungen. Das Haus stimmt diesem Antrag zu.

Stellvertreter königlicher Kommissar Regierungspräsident Dr. v. Meißner: „Geehrte Herren! Sie sind am Schluß Ihrer Tagung angelangt. War auch die Zahl der Ihnen zur Erledigung zugegangenen Angelegenheiten diesmal nicht so groß wie in anderen Jahren, so zeigt doch der Inhalt einzelner Ihrer Beschlüsse eine für das Wohl des Bezirksverbandes und der Bezirksangehörigen nicht gewöhnliche Bedeutung. Mit besonderem Dank darf ich in dieser Beziehung Ihre Beschlüsse über die Teilnahme des Bezirksverbandes an der Hilfsleistung für die durch das Hochwasser Geschädigten hervorheben. Namens Sr. Majestät

des Kaisers und Königs erkläre ich den 43. Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden für geschlossen.“

Präsident Dr. Sumfer bringt ein Hoch aus auf den Kaiser. Abg. Dr. v. Beil spricht namens des Hauses dem Präsidenten seinen Dank aus für die Leitung der Geschäfte und seiner Freude, den Präsidenten in solcher Frische wieder an seinem Plage zu sehen.

Lokal-Gewerbeverein.

Aus dem Jahresbericht des Lokal-Gewerbevereins, der gedruckt vorliegt, sei folgendes hervorgehoben: Die Geschäftsstelle in der Gewerbeschule wurde sehr stark in Anspruch genommen. Der Personenverkehr war ein reger, insbesondere wurden vielfach Auskünfte in Rechts-, Prozeß-, Gewerbe- und Patentsachen eingeholt. Der Schriftverkehr war ein umfangreicher und der gesamte Bureaubetrieb, der bekanntlich auch den der „Allgemeinen Gewerbeschule“ umfaßt, ein betätigter, daß im Winter tägliche Überstunden nötig waren. Die Vereinsbücherei enthält an Büchern und Verlagswerken ca. 2600 Bände. Sie ist im abgelaufenen Jahre sachgemäß ergänzt worden. Die Zahl der Mitglieder ist etwas zurückgegangen, von 987 auf 977. Der Bericht spricht die Erwartung aus, daß sich der Verlust bald wieder ausgleichen wird. Jeder selbständige Handwerker sollte es für selbstverständlich halten, neben seiner Zunft auch dem Gewerbeverein anzugehören. Ebenso können Freunde des Gewerbeverbandes durch ihren Beitritt zum Verein dessen ideale Bestrebungen fördern. Der Vermögensbestand wird als günstig bezeichnet. Der Stiftungsfonds hat sich um 60 M. erhöht, er beträgt zurzeit 39 960 M. Der Reservefonds beläuft sich auf 11 800 M. Die Zinsen der beiden Fonds werden im Interesse der Heranbildung der gewerblichen Jugend bei der Schulverwaltung verausgabt. In den allgemeinen Betrachtungen des Berichts wird die wirtschaftliche Lage im Berichtsjahr als eine sehr ungünstige bezeichnet. Die fast vollständig stillstehende Bautätigkeit und die andauernd mangelhafte Lage des Geldmarktes führten zu einer Reihe von Zusammenbrüchen, die sich in weitem Umfang bemerkbar machten. Wenn auch die Hoffnung auf eine langsam eintretende Besserung der allgemeinen Lage im Raum gewinnt, so werden doch die Fehlschläge der letzten Jahre noch lange Zeit nachwirken. Den Mitgliedern wird eindringlich ans Herz gelegt, sie sich mehr an Vereinen zu beteiligen. Wie stets, so auch im abgelaufenen Jahre, hatten sich der Verein und seine Schuleinrichtungen der Förderung durch die Staatsbehörden, den Kommunallverband, die städtischen Körperschaften, sowie anderer Korporationen zu erfreuen.

Dem Schulbericht ist zu entnehmen, daß die „Allgemeine Gewerbeschule“ den obligatorischen gewerblichen Zeichenunterricht und den freiwilligen gewerblichen Unterricht verschiedenster Art umfaßt. Die Anzahl der Schüler der obligatorischen Zeichenschule ist um 77 gestiegen. Eine besondere Vermehrung an Lehrlingen ist bei den Schlossern und Elektrotechnikern eingetreten, aber auch das Buchgewerbe hat so zugenommen, daß eine neue Klasse errichtet werden mußte. Der Schulbesuch ist im allgemeinen ein guter gewesen, von über 900 Schülern haben durchschnittlich nur 43 pro Unterrichts-Sonntag gefehlt. Die Beteiligung an dem freiwilligen Unterricht ist im allgemeinen zurückgegangen. In der Fachschule ist die Zahl der Schüler erheblich gesunken, was auf die geringe Bautätigkeit zurückzuführen wird. Der Zeichenunterricht in den Abendstunden hatte meist nur schwache Beteiligung. Es bestanden 7 Klassen. Die Klasse für kunstgewerbliches Zeichnen mußte wegen Mangel an Beteiligung geschlossen werden. Der Buchführungskursus war nur von 12 Personen besucht. Der Unterricht für schulpflichtige Knaben selbst unter den sportlichen Verfügungen. Für den Handfertigkeitsunterricht konnten nur vier Klassen gebildet werden. Nur der Zeichenunterricht für Damen hat sich auf der Höhe gehalten, trotzdem sich der Unterricht auf gewerbliches Zeichnen beschränkte. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge hat der Verein durch Freigabe der Gewerbevereinsbibliothek für die Fortbildungsschüler und zweckdienliche Vermehrung der Bestände gewirkt. Der Versuch ist in ungeahnter Weise gelungen; 386 Schüler haben 2286 Bände entliehen.

Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen des Vereins 10 300 M. — darunter 6024 M. aus Mitgliederbeiträgen, 1136 M. Bestand des Vorjahres, 1782 M. Zinsend der Fonds —, die Ausgaben betragen 8785 M., so daß ein Bestand von 1515 M. verblieb. Der Zuschuß zur allgemeinen Gewerbeschule betrug 3000 M. Die Kosten der Schule beliefen sich auf rund 33 300 M., sie bestehen in der Hauptache aus 7200 M. Verwaltungskosten und 21 220 M. Lehrhonorare. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Schulgeld 5538 M., Staatszuschuß 8330 M., Zuschuß der Stadt 13 077 M., einschließl. 7822 M. für den obligatorischen Zeichenunterricht, und 5660 M. sonstigen Einnahmen. — Die diesjährige Generalversammlung des Gewerbevereins wird am Mittwoch, den 12. Mai, abends, in der „Warburg“ abgehalten.

Präsident Dr. Kessler war am Sonntag nicht unerheblich erkrankt, befindet sich aber nach Feststellung der Ärzte wieder auf dem Wege der Besserung, so daß zu ernstlichen Besorgnissen keine Veranlassung vorliegt.

Raucher und Nichtraucher in der Eisenbahn. Nach den neuesten ministeriellen Bestimmungen müssen alle Züge im Gebiet der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zur Hälfte Raucher- und Nichtraucherabteile haben. Natürlich läßt sich das beim meisten Willen nicht genau durchführen, und so werden manchmal einige Raucher, manchmal auch einige Nichtraucherabteile mehr vorhanden sein. Wenn alle Raucherabteile besetzt sind, müssen die Raucher ihre Zigaretten ausgeben lassen und in Nichtraucherabteilen Platz nehmen. Eine Verstärkung des Zuges darf erst stattfinden, sobald alle Abteile besetzt sind. Den Fall, daß alle Abteile der Nichtraucher besetzt sein könnten, aber nicht alle Nichtraucher Platz gefunden haben, sieht die Fahrplanausordnung nicht vor. So kann man daraus schließen, daß für die Nichtraucher sehr gut gesorgt ist, daß sie aber auch andererseits noch in der Mi. bereit sind. Das könnte auch daraus geschlossen werden, daß in den Nichtraucherabteilen,

besonders 3. und 4. Klasse, welche letztere nunmehr in fast allen Personenzügen ebenso wie Frauenabteile vorhanden sind, sehr oft Raucher sitzen, die ungenügend und rücksichtslos ihre Pfeifen oder Zigarren rauchen. Dem also belästigten Nichtraucher steht Beschwerde an den Schaffner oder den Zugführer frei, eventuell Meldung beim Stationsbeamten der Zielstation, denn auf den Zwischenstationen bleibt dem Reisenden, der mit dem Zug weiter will, nicht genügend Zeit, um beim diensttuenden Beamten seine Beschwerde anzubringen. Neuerdings geht die Eisenbahnverwaltung gegen alle Raucher, die in Nichtraucherabteilen sitzen, scharf vor. Sie werden mit Geldstrafen von 5 bis 10 M. belegt, denn es ist verboten, die Nichtraucherabteile mit brennender Zigarre oder Pfeife zu betreten. Befolgt der Raucher das Verbot des Schaffners nicht oder verläßt er das Coupé nicht, sobald ihn ein Beamter dazu auffordert, so macht er sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig und wird zur Anzeige gebracht. Die gerichtliche Bestrafung erfolgt dann. In Hessen wurden derartige Personen wiederholt mit Gefängnis bis zu 14 Tagen bestraft. Man sieht also: die Eisenbahn läßt nicht mit sich spaßen, und außerdem: Ordnung muß sein.

— Antrittessen im Hauptrestaurant der Ausstellung. In dem Hauptrestaurant der Ausstellung hatten sich gestern nachmittag auf Einladung des Restaurateurs W. Frohn etwa 100 Personen, Freunde und Lieferanten, sowie Vertreter der Presse, zu einem gemeinsamen Mahle eingefunden, das der Leistungsfähigkeit des Gastgebers wiederum das beste Zeugnis ausstellte. Wie bei der Eröffnungsfest am Samstag, so fand auch bei der gestrigen intimeren Veranstaltung die vortreffliche Zubereitung der Speisen und die flotte Bedienung ungeteilte Anerkennung, und bewies, daß die Küche des Herrn Frohn bei dem Küchenchef Jean Jentgen aus Köln in guten Händen ist. Der Anerkennung der Gäste gab Kaufmann Wilhelm Reich mit beredeten Worten Ausdruck; er sollte der Ausstellungsleitung sein Lob, daß es ihr gelungen sei, einen so tüchtigen Restaurateur gefunden zu haben, und wünschte diesem unter allseitiger Zustimmung den besten Erfolg. Herr Frohn dankte und trank auf das gute Gelingen der Ausstellung. Auch die Wiesbadener Weinlieferanten hatten nur ihr Bestes geboten, so daß bei den lustigen Ablängen einer gut besetzten Musiktafel (unsere 80er Regimentsmusik) das Essen in sehr animierter Stimmung verlief.

— Wetterdienst. Am 1. Mai hat die telegraphische Verbreitung der Wettervorhersagen des öffentlichen Wetterdienstes wieder begonnen. Als Neuerung ist eingeführt worden, daß während des Sommerdienstes Einzelaufträge durch Fernsprecher über die Wettervorhersage gegen eine Gebühr von 10 Pf. beantwortet werden. Der Betrag wird von dem Inhaber der Sprechstelle mittels einer Postkarte, die mit 10 Pf. Gebühr belastet ist, eingezogen. Die Anfragen sind an die Telegramm-Aufnahmestelle, Fernsprechanschlüsse Nr. 1505 und 1515 zu richten.

— Schenkung. Die Annahme der Schenkung von 25 000 M. an den hiesigen Krippenverein, die Herr Dr. Stehr und Frau, geb. Henrich-Cajot, von hier, gemacht haben, hat die königliche Genehmigung erhalten.

— Der unbeliebte Hoffriseur. Mit dem Hoffriseur des Kaisers, dem vielgenannten Herrn Gaby, wird sich der Kongress des Verbandes deutscher Friseur- und Barbiervereine in Wiesbaden beschäftigen. In den Versammlungen der Barbier kommt große Entrüstung über den Hoffriseur zum Ausdruck, der die Barbier, wie sie behaupten, empfindlich schädigt, indem er seine Beziehungen zum Hofe zu allerlei geschäftlichen Manipulationen ausnützt und insbesondere den Kaiser als Kellamobjekt fortwährend in Anspruch nimmt. Mit Schnurrbartwasser, Rasierbinden und jetzt wieder mit einem Rasiercream wird der Kaiser fortwährend in Verbindung gebracht. Schon vom Bundestage in Stettin hatte der Vorstand der deutschen Barbiervereine den Auftrag erhalten, gegen die Kellame des Herrn Gaby beim Hofmarschallamt Einspruch zu erheben. Das soll nun jetzt durchgeführt werden. Das Organ der deutschen Barbier, Friseure und Perückenmacher schließt seinen Angriff gegen Gaby mit einer Erklärung, in der es heißt, „daß Hunderte von Kollegen, die nicht gefonnen sind, Herrn Gaby ein Verkaufsmonopol für seine Waren einzuräumen, im Namen des Kaisers bitter und schwer geschädigt werden“.

— Postlagernd adressierte Briefsendungen mit Chifferadressen sind nicht zugelassen nach Belgien, Brasilien, Britisch-Indien, Kanada, Kolumbien, Großbritannien und den britischen Kolonien, den Niederlanden, den portugiesischen Kolonien, der Republik San Domingo, Venezuela und den Vereinigten Staaten von Amerika. In Niederländisch-Indien werden solche Sendungen nur ausgiebig, wenn sie die Antwort auf Zeitungsanzeigen enthalten und der Empfänger die Quittung über die Annoncengebühren vorzeigt. Nach Montenegro dürfen nur postlagernd adressierte Briefe und Postkarten mit Chifferadresse, nicht aber derartige Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere gesandt werden.

— Die größten Brandwunden, die sich, wie gemeldet, die Gasarbeiters-Gesellschaft Katharine Keyel von der Mainzer Landstraße zuzog, haben den Tod derselben zur Folge gehabt. Die Kranke ist gestern nachmittag im städtischen Krankenhaus nach qualvollen Stunden gestorben.

— Israclitische Gottesdienste. Israclitische Kultusgemeinde. (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 7.15 Uhr, Sabbat: morgens 8.30 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 8.45 Uhr. Wochenort: morgens 6.30 Uhr, nachmittags 7.15 Uhr. Die Gemeindebibliothek ist geöffnet Sonntag von 10 bis 10 1/2 Uhr.

— Israclitische Kultusgemeinde. (Hauptsynagoge: Friedrichstraße 25.) Freitag: abends 7 1/2 Uhr. Sabbat: morgens 7 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, Jugendgottesdienst: 9 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 8 1/2 Uhr. Wochenort: morgens 6 1/2 Uhr, nachmittags 6 Uhr, abends 8 1/2 Uhr.

— Theater, Kunst, Vorträge.

\* Königl. Schauspiel. Im Hoftheater gelangt morgen abend Richard Wagners Oper „Lohengrin“ mit dem Heldentenor Palmores in Szene. Als König Heinrich gastiert Herr Koerster von der Hofoper in Dresden. Die anderen Hauptpartien sind besetzt wie folgt: Elsa mit Frau Müller, Heinrich mit Frau Seiffert-Burhard, Telramund mit Herrn Schüt, Heerrufer mit Herrn Geise-Winkel. Die Vorstellung ist bei aufgehobenem Abonnement und beginnt um 6 1/2 Uhr. — Heute abend gelangt die Oper „Martha“ zur

Aufführung im Abonnement D mit Fräulein Friedfeldt, Schröder und den Herren Engelmann, Friedrich und Schwager. — Am Sonntag, den 6. d. M., kommt Karibing's komische Oper „Wildschütz“ zur Aufführung, welche seit 1904 nicht aufgeführt wurde und teilweise neu besetzt und neu ausgestattet ist: Fräulein Engell (Gretchen), Frau Hans-Joerffel (Baronin), Fräulein Krämer (Nanette), Fräulein Schwab (Gräfin), Herr Erwin (Voculus), Herr Senke (Baron), Herr Rehsopf (Graf), Herr Adriano (Hausmeister). Den musikalischen Teil hat Herr Professor Schlar.

**Vereins-Nachrichten.**

\* Das von dem Männergesang-Verein „Fidelio“ geplante, aber verschobene Frühlingsspiel auf dem „Waldhäusern“ findet nunmehr kommenden Sonntag, den 9. Mai, dafelbst statt.

**Vereins-Vermählungen.**

\* Der Gesangverein „Wiesbadener Männer-Hub“ hielt am verfloffenen Freitag unter roger Beteiligung seine Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des 1. Vorsitzenden war zu ersehen, daß der Verein auch im verfloffenen Jahre sehr gute Fortschritte gemacht hat. Der Kassierbericht des Kassierers wurde mit großer Befriedigung entgegengenommen. In Rechnungsprüfern wurden die Herren H. Schumacher, Müller und F. Simmersbach gewählt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl fast sämtlicher alten Vorstandsmitglieder. Es wurden gewählt die Herren C. Grünberg, 1. Vorsitzender, H. Zwernitz, 2. Vorsitzender, Aug. Preußer, Kassierer, J. Klein, 1. und G. Reiss, 2. Schriftführer, L. Sauer, Diakon, S. Weingroß, S. Reil und H. Gullering als Beisitzer. Als Rahmenträger wurde Herr F. Simmersbach, als dessen Vertreter bzw. Rahmenträger die Herren W. Vink und L. Sauer gewählt. Nachdem der 1. Vorsitzende den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Herren O. Frommann, G. Menrich und E. Kremer, welche eine Wiederwahl aus geschäftlichen Verbindungsgründen ablehnten, den Dank für ihre Dienste, welche sie dem Verein bis jetzt geleistet haben, ausgesprochen hatte, schloß er die Versammlung mit dem Wunsche, daß der Verein auch in Zukunft dieselben Fortschritte, wie im verfloffenen Jahre machen möge.

**Aus dem Landkreis Wiesbaden.**

ch. Biebrich, 5. Mai. Das bahnamtliche Kolliführerunternehmen in hiesiger Stadt ist von jetzt ab dem Sohne Julius des seitherigen Kolliführers Christian Bohrmann übertragen worden. — Die Bautätigkeit dahier ist in diesem Frühjahr ziemlich still. Außer dem von seiten der Stadt ausgeführten Neubau der Realschule werden im Innern der Stadt nur vereinzelt Neubauten ausgeführt, wodurch auch viele Handwerksmeister mit banger Sorge der Zukunft entgegensehen. Auch waren durch die in den vergangenen Jahren herrschende Bauzeit eine Anzahl Geschäftsleute in letzter Zeit gezwungen, durch Vereinigung ihrer Forderungen sich vor größeren Verlusten zu schützen. An Wohnungen und Läden ist zurzeit überhaupt kein Mangel, so daß für entsprechende Mieter eine Auswahl, wie man sie hier noch selten gewohnt, vorhanden ist. — Der Magistrat hat die Absicht, in diesem Jahre auch nach dem Vorbilde anderer Städte eine Anzahl erholungsbedürftiger armer Kinder auf Kosten der Armenverwaltung während der Sommerferien in die Ferienkolonien zu senden. Die Kostoren der hiesigen Schulen wurden deshalb angefordert, kurbdürftige Kinder anzugeben, die dann durch den Kommunalrat in engere Wahl gestellt und bestimmt werden.

A. Schierstein, 5. Mai. Die Gemeinsame Orts-Frankenkasse hat nach dem in ihrer Generalversammlung ermittelten Jahresbericht eine Einnahme von 23 698.20 Mark und Ausgaben in Höhe von 23 312.57 M., so daß ein Restbestand von 385.63 M. verblieb. Der Reservefonds betrug 7555.94 M. und das Gesamtvermögen 7914.57 M. Zur Auszahlung gelangten 8727.85 M. Krankengelder, 4359.73 M. für ärztliche Behandlung, 2794.51 M. für Arzneien und Heilmittel, sowie für Nuten und Verpflegung in Krankenhäusern 2888.20 M. — Am 11. Gesangwettbewerb des Nassauischen Sängerbundes, welcher vom 28. bis 29. Juni in Endenheim stattfand, beteiligten sich der hiesige „Männergesangverein“ mit 78 Sängern in der 1. Kunstklasse, die „Eintracht“ mit 30 Sängern in der 2. Kunstklasse und die „Sängerlust“ mit 45 Sängern in der Klasse für Volksgesang. — Drei Wanderversicherer, welche um die Osterzeit in hiesigen Hafen ein Ruderboot mitnahmen, um damit nach Holland durchzubrechen, wurden in Ahmannsdauen angehalten und eingekerkert. Von den Durchbrechern wurden gestern vom Schöffengericht Nüdesheim zwei mit Gefängnisstrafen von 6 Monaten und einer mit 8 Monaten bestraft, da man es mit rücksichtslosigen Dieben zu tun hatte.

[?] Dohheim, 6. Mai. In der gestrigen Gemeinde-Vorstandssitzung wurde der Straßen- und Banntafelplan für das Gebiet südlich des Ortsberges bis zur Biebricher Gemarkungsgrenze zwischen der Eisenbahnlinie und Biebricher Straße festgelegt. — Die zur Fertigstellung des Schulhausneubaus an der Schwabacher Straße noch erforderlichen Linderarbeiten wurden an Adolf Donitz, Hölzel u. Giegerich und Wilm. Mee Witwe zum Gesamtbetrag von 1644.40 M. übertragen.

88 Erbenheim, 6. Mai. Gestern abend hielt der „Turnverein“ in seinem Vereinslokal „Zum Löwen“ seine Monatsversammlung. Der Ordnungsgang des am nächsten Sonntag abzuhaltenden Turnens wurde folgendermaßen festgesetzt: Nachmittags 2.30 Uhr Abmarsch vom Vereinslokal zum Turnplatz, hier selbst Freiübungen, Ringen, und Kämpfen und Spiele; abends Familienunterhaltung im Saalbau zum Frankfurter Hof, turnerische Vorträge, humoristische Vorträge und Aufführung zweier Theaterstücke. Ein Tanzabend bildet den Schluß. 21 Mitglieder wurden aufgenommen. Am Himmelfahrtstag unternimmt der Verein einen Turngang auf den Feldberg. Die Abfahrt erfolgt morgens 6 1/2 Uhr mit der Hessischen Ludwigseisenbahn.

**Nassauische Nachrichten.**

n. Langenschwalbach, 5. Mai. In Frankfurt ist Herr Oberlandesgerichtsrat F. Wirtzsch an den Folgen einer Blinddarm-Operation gestorben. Der Verstorbene wurde 1861 hier geboren und war u. a. in Hingen und Neuwied beschäftigt.

r. Elfbille, 5. Mai. Ein Arbeiter von hier stürzte bei Kanalarbeitsarbeiten in Biebrich a. M. in einen Kanal und zog sich ziemlich schwere Verletzungen zu. Er wurde hierher gebracht.

hn. Weilmünster, 5. Mai. Die landespolizeiliche Abnahme der Neubauzölle Hingen-Weilmünster wird am 25. Mai erfolgen.

o. Braubach, 5. Mai. Unsere Stadtverordneten ernannten Herrn Architekt Wodo Ehardt-Berlin, der sich um den Ausbau der Parfissburg Verdienste erworben hat, zum Ehrenbürger.

nh. Nassau a. d. L., 5. Mai. In Angelegenheiten der Erbauung eines neuen Amtsgerichtes war heute eine Kommission, bestehend aus Ministerialbeamten, Landgerichts-Präsident und Regierungsbaumeistern, hier anwesend.

i. Limburg, 5. Mai. Um auch den kleinen Landvereinen den Zutritt zum neugegründeten Kreisfängerbund zu ermöglichen, ist der Jahresbeitrag auf 4 M. herabgesetzt worden.

w. Montabaur, 4. Mai. Herr Pfarrer Eberling aus Wiesbaden ist heute in der hiesigen Kirche durch Herrn Detanidewalter Pfarrer Keller-Grenzhausen in sein Amt eingeführt worden. — Von 42 Kandidatinnen, die sich am hiesigen Seminar der Lehrerbildung unterzogen, haben 20 die Lehrbefähigung für die Volksschule, 9 die für höhere und höhere Schulen nachgewiesen. 13 Kandidatinnen bestanden die Ergänzungsprüfung.

g. Aus dem Kreise Weisterburg, 5. Mai. Wasserleitungen werden demnächst in den Gemeinden Caden,

Simburg, Potium und Kofhenbach gelegt. Die Arbeiten werden soeben zur Vergebung ausgeschrieben.

h. Vom Oberwesterwald, 5. Mai. Dem „Maffauer Boien“ wird berichtet: Der Kohlenbergbau auf allen Braunkohlengruben, sowohl der Eisenbahn als auch an die Handfuhren, geht sehr langsam. Infolgedessen sind schon auf der Grube „Dahm“ bei Söndberg 12 Arbeiter entlassen worden. — Auf der Grube „Meganoria“ bei Sönd haben viele Arbeiter, besonders die aus den nabegelegenden Ortschaften jenseits der Rifter, Entlassung genommen, um wieder im Siegerland, wo dieselben früher gearbeitet haben, die Arbeit aufzunehmen.

b. Endpel (Oberwesterwald), 5. Mai. Auf dem der Firma Adrian gehörigen Steinbruch ist der Arbeiter Franz aus Braumweiler tödlich verunglückt.

**Aus der Umgebung.**

= Bad Nauheim, 5. Mai. Der 7. Verbandstag der Hessischen Vorkuh- und Kreditvereine fand hier am 3. und 4. Mai im Kurhaussaal statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß dem Verbands 25 Vereine mit 20 000 Mitgliedern angehören, die im Jahre 1908 einen Umsatz von 630 Mill. M. hatten. Der größte Verein ist der Casseler Kreditverein mit 3019 Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 217 Mill. Den kleinsten Umsatz hatte Großheimrode mit 198 218 M. An Dividenden verteilten zwei Vereine je 10 Proz., drei 8 Proz., einer 7 1/2 Proz., einer keine Dividende und der Rest zwischen 3 und 7 Proz.

**Gerichtssaal.**

\* Wenig Glück. Zu dem unter dieser Spitzmarke in der Abend-Ausgabe vom 5. Mai veröffentlichten Bericht über eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer, in der es sich um die Berufung der Ehefrau Anna W. aus Nütheim a. M. gegen ein Schöffengerichtsurteil drehte, wird uns von dem Verteidiger der Angeklagten, Herrn Rechtsanwält Dr. Rosenthal, mitgeteilt, daß die Berufung der Angeklagten nicht verworfen worden ist. Frau W. sei vielmehr freigesprochen worden.

\* Der Sarg für den Oberförster. Der ostbehaftete 34jährige Gärtner Karl Wilhelm Sch. Schuhmacher aus Limburg kam am 4. April in Mainz zu einem Schreinermeister und stellte sich als Beauftragter der Witwe des Oberförsters in Schwabheim vor. Er bestellte für den plötzlich verstorbenen Oberförster einen teuren Sarg. Da nur die Frau des Meisters anwesend war, mußte der Sargsteller nochmals vorsprechen und erhielt er dann von dem Meister ein Vorkgeld von 5 Mark. Er besuchte nun mit dem Schreinermeister ein in der Nähe der Werkstätte gelegene Wirtschaft auf, während der Unterhaltung schloß die Meister Verdacht und ließ den Sargbesteller von der Polizei festnehmen. Auf telephonische Anfrage in Schwabheim wurde festgestellt, daß man es mit einem Schwindler zu tun habe, denn der Oberförster erkrankte sich der besten Gesundheit. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Schuhmacher den gleichen Schwindel am Tage vorher in Frankfurt verübt hatte. Schuhmacher hatte sich gestern vor der Strafkammer Mainz zu verantworten. Er erklärte, daß er in einem Berliner Blatte von einem derartigen Schwindel gelesen habe, das habe ihn dazu verführt, dieselben Verbrechen zu verüben. Der Angeklagte, der sich demnächst auch in Frankfurt zu verantworten hat, wurde zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, 4 Wochen Haft und 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

rnk. Ein Opfer der Schundliteratur. Aus Darmstadt berichtet man uns unterm 5. Mai: Die verwerfliche Einwirkung der Räuberbücher, Kriminalromane und der schlechten Kinematographenbilder zeigte sich in einer Verhandlung gegen den erst 16jährigen Fabrikarbeiter Karl Steigertwald, die heute vor der hiesigen Strafkammer stattfand. Der Junge wollte sich im Februar d. J. ein Paar Schuhe kaufen; da sein Wochenverdienst nicht reichte, beschloß er, irgend jemand zu betrauben. Er sublimierte eifrig die Kriminalromane und als er in einem Kinematographen sah, wie zwei Männer einen dritten mit Dolchschüssen ermordeten, hatte er ein Vorbild. Er veranlaßte seinen früheren Schulkameraden und jetzigen Arbeitskollegen Rachmann auf dem Nachhausewege nach Würgel einen Umweg zu machen. In der Nähe des Friedhofes stieß Steigertwald dem vorangehenden Kameraden sein Taschenmesser bis auf den Wirbelschädel ins Genick. Dann schloß er den A. in eine in der Nähe liegende Mergelgrube, brostellte ihn und nahm ihm ein Geldbetrag von über 10 Mark ab. Rachmann ist mit dem Leben davongekommen, doch ist seine rechte Seite dauernd gelähmt. Das Gericht verurteilte den Steigertwald zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren.

hd. Bromberg, 6. Mai. Die hiesige Strafkammer verurteilte den 30jährigen Lehrer Fritsch aus Jansow wegen Vergehen gegen die Stillschließung zu 3 Jahren Gefängnis. Fritsch hatte sich in 14 Fällen an Schulfmädchen vergangen.

**Sport.**

\* Reichtport. Der Reichklub Offenbach a. M. veranstaltet am 15., 16. und 17. d. M. ein großes internationales Turnier (Einzel- und Mannschaftswettkämpfe), zu welchem 113 Meldungen eingegangen sind, ein Ergebnis welches bisher noch nicht erzielt wurde. Gefochten wird in Florett und leichtem Säbel, und zwar muß jeder mit jedem die Klinge kreuzen. Die Turnier-Teilnehmer verteilen sich auf die einzelnen Länder und Städte wie folgt: Antwerpen (Belgien), München, Mainz, Offenbach, Eschborn, Turin (Italien), die Reitervereinigungen Wiesbaden, gegründet 1899 hat ebenfalls drei Nennungen abgegeben und die betreffenden Reiter sind eifrig beim Trainieren, um den all hiesigen Klängen bekannten Gegnern gegenüber in Ehren bestehen zu können. Für das Mannschaftswettkämpfen, in welchem je vier Reiter einer Stadt als Mannschaft gelten, sind gemeldet: 2 Mannschaften, Offenbach 2 Mannschaften, Berlin 2 Mannschaften, Darmstadt 1 Mannschaft, Dresden 1 Mannschaft, Frankfurt 1 Mannschaft, Wien 1 Mannschaft. Das Preisgericht ist so zusammengesetzt, daß kein Reiter von einem demselben Verein oder derselben Stadt angehörigen Richter gewertet werden darf. Von Meistern sind folgende in das Preisgericht gewählt: Armentiere-Eschborn, Cav. Francaise-Wien, di. Gennari-Cöln, Emile Magnani-München, Rerale-Berlin, Tagliabue-Frankfurt a. M. Interessenten erhalten bereitwillig Auskunft wegen des Fettes und der damit verbundenen Akademie durch die Reitervereinigungen Dienstadt und Freitags, abends von 8 bis 10 Uhr, oder Sonntagvormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr während der Übungsstunden auf dem Reichtklub der Oberrealschule an der Oranienstraße, oder durch den Vorsitzenden Herrn Robert Bek, Luisenstraße 22.

Kleine Chronik.

Ein Streik der Theaterarbeiter in Köln. Die Theaterarbeiter in Köln haben in einer Versammlung beschlossen, die Sperre über beide Stadttheater zu verhängen...

Vom Blitz erschlagen wurde Freitag nachmittag eine Frau in Dragas, als sie auf ihrem Felde Kartoffeln sehte. Ihr Mann, der neben ihr stand, wurde zur Seite geschleudert...

Gräßliches Unglück. Das 15jährige Dienstmädchen Hedwig Kühne in Magdeburg kam der Herdfeuerung zu nahe. Die Flammen ergriffen es, verbrannten die Kleidung vollständig und brachten dem Mädchen so schwere Brandwunden am ganzen Körper bei...

In der Arrestzelle vom Schläge gerührt wurde in Herten bei Neulinghausen der Bergmann Franz Antonczyk. Wegen Bettelns war er abends polizeilich festgenommen worden. Morgens fand man ihn in der Zelle als Leiche vor.

Selbstmord eines Offiziers. In einem Hotel in Colberg erschoss sich der Leutnant Cuno vom Infanterie-Regiment Nr. 54. Das Motiv des Selbstmordes soll eine Liebes-affaire sein.

Ein großer Waldbrand. Ein umfangreicher Waldbrand, dem etwa 1000 Morgen Wald zum Opfer fielen, ist an der Bahnstrecke Haltern-Neulinghausen ausgebrochen. Der Wald gehört zum größten Teil dem Herzog von Arenberg. Das Feuer soll durch Funken aus einer Lokomotive entstanden sein.

18jähriger Hochstapler. Der 18jährige Schneidergehilfe Waldemar Petersen aus Kopenhagen, welcher von verschiedenen Gerichten mehrfach verfolgt wird, wurde in Wien wegen Schwindelens verhaftet.

Pulver-Explosion. Bei der gestern in Peggau bei Graz erfolgten Pulver-Explosion in der Dynamit-Fabrik von Jahn wurden ein Arbeiter getötet und zwei andere schwer verletzt.

Deutscher Reichstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“. — Berlin, 6. Mai.

Am Bundesratssitz: Kommissare. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Zur Beratung steht der vom Abg. Sped (Zentr.) eingebrachte Antrag auf Einführung einer stoffelbrennigen Umsatzsteuer für Großmühlen.

Abg. Sped (Zentr.) begründet zunächst seinen Antrag. Auf Antrag des Abg. Koefise wird ein konservativer Zusatzantrag aus dem Jahr 1907 auf Schaffung einer zestaffelten Mühlenumsatzsteuer mit zur Beratung gestellt.

Geschäftsordnungs-Kommission.

Berlin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags verhandelte weiter in zweiter Lesung über den § 35 der Geschäftsordnung und war bezüglich der Anträge wegen Abänderung der Reichs-verfassung einstimmig der Ansicht, daß in die Beratung derselben, falls die Session vor Pfingsten endigt, nicht eingetreten werden soll und im übrigen die Direktive des Reichstags selbst abzuwarten sei.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“. — Berlin, 6. Mai.

Am Ministerisch: Kommissare. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Auktionsstatuts beim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.) erklärt sein Einverständnis mit dem Antrag Gottschall auf einheitliche gesetzliche Regelung der Schulspflicht.

Abg. Borgmann (Soz.) polemisiert gegen den Vorredner und verlangt für die Sozialdemokraten das Recht, Einfluss auf die Schulen zu gewinnen.

Abg. Dr. Schepf (freif. Vgg.) spricht der Kirche die Verechtigung der Bevormundung des Schulwesens ab, wünscht jedoch Verbeibehaltung des Religionsunterrichts.

Abg. Stychel (Pole) beklagt die Unterdrückung der konfessionellen Parität im Osten und die Unterdrückung der polnischen Muttersprache in der Volksschule.

Ministerialdirektor Schwarzkopf wendet sich gegen die Ausführungen Stychels. Redner widerlegt die Beschwerden einiger Vorredner und tritt schließlich den Klagen des Abg. Borgmann über die Behandlung der Arbeiter-tarntarvereine entgegen. Er verliest dabei einige Stellen aus einem sozialdemokratischen Lurnsledeberbuch und erklärt, daß die Regierung der agitatorischen Verheerung der Sozialdemokraten mit allen Mitteln entgegenzutreten werde.

Letzte Nachrichten.

Eine Rede Sir Edward Grey.

Wb. London, 6. Mai. Bei einem Bankett der News-Paper Society hielt Staatssekretär Sir Edward Grey eine Rede, in der er u. a. sagte: Was die Beziehungen der Mächte zueinander betrifft, so sind wir in ein verhältnismäßig ruhiges Fahrwasser geraten. Wir liegen friedlich vor Anker, was von jeder unserer Wünsche war. Wir halten die Angelegenheiten der auswärtigen Politik abseits von Parteifragen. Wir sind uns bewußt, daß unsere Tatkraft durch die ungeheure Ausdehnung des Reiches so sehr in Anspruch genommen wird, daß wir keinen auf weitere Expansionspläne gerichteten Wunsch haben.

Wir wünschen vielmehr, das Reich zu entwickeln und mit unseren Nachbarn in Frieden zu leben. Was wir brauchen, sind nicht Streitigkeiten, sondern eine ruhige auswärtige Politik.

Das neue Regime in der Türkei.

Konstantinopel, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der frühere Kommissar in Sofia Nedjib Meschamed wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er vier in Untersuchungshaft befindliche Armenier hatte prägelassen. Der Beweis für die Beschuldigung, daß er die Häftlinge auch foltern ließ, wurde nicht erbracht.

Ein Unfall des Wright'schen Flugapparats.

Rom, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Leutnant Calderara stürzte bei Flugübungen mit dem Wright'schen Aeroplan zur Erde. Der Aeroplan zerbrach; der Leutnant wurde leicht verletzt.

Darmstadt, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der Großherzog von Baden fuhr heute vormittag in das Mausoleum und legte dort zwei Kränze an den Sarkophagen des Großherzogs Ludwig IV. und der Großherzogin Alice nieder. Später besichtigten die badischen Herrschaften mit dem hessischen Großherzogspaar das städtische Museum. Die Abreise des badischen Großherzogspaares erfolgte um 2 Uhr 25 Min.

Petersburg, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) In Stadt und Kreis Nialistik wurde der außerordentliche Schutz durch den verstärkten Schutz ersetzt.

Rom, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der neue deutsche Botschafter v. Zagow hat die Geschäfte übernommen.

Wb. Buenos Aires, 6. Mai. Die Ausständigen veranstalteten gestern Abend eine Kundgebung und griffen die Straßenbahn an. Ein Soldat gab Feuer und erschöte einen Ausständigen, während ein anderer verwundet wurde. Nichtsdestoweniger scheint sich die Lage doch etwas zu bessern.

Wb. Stuttgart, 6. Mai. Das „Neue Tagblatt“ berichtet, daß Dr. Hermann Steiner, Rechtsrat der Württembergischen Vereinsbank, heute nacht im Alter von 66 Jahren an einem Herzschlage gestorben.

Letzte Handelsnachrichten.

Die neuen Anleihen des Reichs und Preussens.

Berlin, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung der Anleihe-Kommission von 1909 wurde beschlossen, die Zuteilung dahin vorzunehmen, daß den Zeichnungstellen auf die Schulbuchzeichnungen die vollen Beträge, auf die Sperrzeichnungen durchschnittlich 80 Prozent zuteilen seien. Hierdurch werden von der Gesamtanleihe 474 Millionen in Anspruch genommen. Der Restbetrag wird den Zeichnungstellen nach dem Verhältnis der bei ihnen getätigten Zeichnungen freier Stücke zugeteilt und von ihnen auf diese Zeichnungen nach ihrem Ermessen, unter Bevorzugung der ersten insbesondere kleinen Zeichnungen verteilt.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Auch heute war die Börse bei Eröffnung schwächer auf die neuerlich vorliegenden ungünstigen Berichte über die Lage der Eisenindustrie. Verkäufend wirkte der Rückgang in Laurahütte um ca. 2 Proz. Die Kurse der Aktien der Eisenindustrie waren ungünstig gestellt, so daß die bedeutenden Aufwendungen für die Erweiterung der Hüttenanlagen unproduktiv blieben. Banken ruhig. Eisenbahnwerte, besonders Lombarden, auf Wien fester. Amerikaner auf New York schwach. 3proz. Reichsanleihe 0.10 Proz. schwächer, begleichen Russische Anleihe von 1902. Türkenlose kaum verändert. Von Schiff-fabrikanten Palettfabrikanten bevorzugt, Norddeutscher Lloyd 1/2 Proz. niedriger, ebenso Allgemeine Elektricitäts-gesellschaft 1/2 Proz. niedriger. In zweiter Börsenstunde trat Stillstand in familiären Märkten ein, da es durchweg an Beteiligung fehlte. Tägliches Geld 1/2 Proz. und etwas darüber. Im weiteren Verlaufe war der Gesamtmarkt un- verändert. Von Montanaktien Deutsch-Luzemburger auf- gehrigen Schlußstand beharrend, Laurahütte weiter nach- gehend, Lombarden abgedrückt. In dritter Börsenstunde st. L. Industriewerte des Agromarktes vorwiegend schwächer. Deutsche Fonds etwas nachgebend.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie. Bureau der Gesellschaft Wilhelmstraße 10. F 328 Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 9. 5. Postdampfer „President Grant“. 13. 5. Kaiserin Augusta Viktoria. 16. 5. Penn- sylvania. 20. 5. Schnellpostdampfer „Deutschland“. 23. 5. Postdampfer „President Lincoln“. 27. 5. „Cincinnati“. 30. 5. „Blücher“. 3. 6. „Amerika“. 10. 6. „Cleveland“. 13. 6. „President Grant“. Nach Ostindien: 12. 5. Postdampfer „Dehania“. 24. 5. „Graf Waldersee“. Nach Westindien: 12. 5. Postdampfer „Dehania“. 24. 5. „Graf Waldersee“. Nach Ostindien: 14. 5. Postdampfer „Rhodia“. 1. 6. „Bisa“. Nach New Orleans: 20. 5. Postdampfer „Dortmund“. Nach Kanada: 14. 5. Postdampfer „Prinz Oskar“. 23. 5. „Wilsch“. Nach Westindien: 16. 5. Postdampfer „Graecia“. 22. 5. „Calabria“. 22. 5. „Scharnhorst“. Nach Peru: 14. 5. Postdampfer „Fürst Bismarck“. 18. 5. „Georgia“. 28. 5. „Memaria“. Nach Ostindien: 12. 5. Postdampfer „Slovenia“. 20. 5. „C. Ferd. Leisa“. 30. 5. „Andalusia“. 10. 6. „Saxonia“. 20. 6. „Dortmund“. Nach Madagaskar: 15. 5. Postdampfer „Ewa“. Arabisch-Perischer Dienst: 8. 5. Post- dampfer „Christiana“.

Norddeutscher Lloyd in Bremen. Hauptagentur für Wiesbaden 3. Cor. Glöcklich, Wilhelmstraße 50. F 328

Schnelldampfer Bremen-New York: Kaiser Wilhelm der Große nach Bremen, 4. Mai 5 Uhr nachm. in Bremerhaven. Grandprincein Cecile nach New York, 4. Mai 1 Uhr nachm. von Bremerhaven. — Mittelmeer-Linie: Königin Luise nach New York, 8. Mai 6 Uhr nachm. von Gibraltar. Prinzess Irene nach Genua, 30. April 5 Uhr nachm. in Genua. Königin Albert nach Genua, 3. Mai 10 Uhr nachm. von Gibraltar. Reder nach Neapel, 1. Mai 1 Uhr nachm. von New York. — New York, Baltimore, Galveston und Savannah-Direktion: „Onesienau“ nach Bremen, 3. Mai 6 Uhr vorm. in Bremerhaven. „Großer Kurfürst“ nach Bremen, 1. Mai 1 Uhr nachm. von New York. „Frankfurt“ nach Gal- veston, 2. Mai 11 Uhr vorm. in Galveston. „Breslau“ nach Bremen, 1. Mai 2 Uhr nachm. von Baltimore. „Berlin“ nach New York, 3. Mai 5 1/2 Uhr vorm. in Baltimore. — Austral- sien-Linie: Bremen nach Bremen, 3. Mai 9 Uhr vorm.

Southampton. „Sedvig“ nach Australien, 2. Mai 2 Uhr nachm. in Adelaide. „Scharnhorst“ nach Australien, 3. Mai 12 Uhr nachm. von Genua. — Austral-Postdampfer: „Franken“ nach Bremen, 3. Mai 8 Uhr nachm. in Bremerhaven. „Hüringen“ nach Australien, 3. Mai 5 Uhr nachm. von Melbourne. „Lothringen“ nach Australien, 2. Mai 10 Uhr vorm. von Durban. „Sachsen“ nach Australien, 1. Mai 10 Uhr vorm. St. Catharines passiert. — Ostasien-Linie: „Mei“ nach Hamburg, 3. Mai 7 Uhr vorm. in Hamburg. „Prinz Ludwig“ nach Bremen, 3. Mai 5 Uhr nachm. in Genua. „Göben“ nach Hamburg, 1. Mai 10 Uhr nachm. in Colombo. „Wilow“ nach Bremen, 2. Mai 6 Uhr vorm. von Shanghai. „Derff-linger“ nach Ostasien, 2. Mai 7 Uhr vorm. in Potsdam. „Ruholo“ nach Ostasien, 2. Mai 6 Uhr vorm. in Wien. „Prin- zessin Luise“ nach Ostasien, 2. Mai 10 Uhr vorm. von Antwerpen. — La Plata-Linie: „Greifswald“ nach Antwerpen, Bremen, 30. April St. Vincent passiert. „Götta“ nach Rio, Bremen, 3. Mai von Hamburg. „Schlesien“ nach La Plata, 3. Mai auf dem La Plata. „Thüringen“ nach La Plata, 2. Mai in Antwerpen. — Cuba-Linie: „Korderner“ nach Gal- veston, 2. Mai in Galveston. — Canada-Linie: „Prinz Adal- bert“ nach Canada, 3. Mai von Rotterdam. — Brasilien-Linie: „Dona“ nach Madeira, Rio, Bremen, 3. Mai St. Vincent passiert. — Mittelmeer-Peruanische-Dienst: „Therapia“ nach Rio de Janeiro, 4. Mai in Odessa. „Sutari“ nach Barcelona, 4. Mai von Catania. „Sachsen“ nach Marseille, 3. Mai in Marseille. „Daher“ nach Batum, 4. Mai von Catania. „Preußen“ nach Marseille, 1. Mai von Batum. — Alexan- drien-Linie: „Schleswig“ nach Alexandria, 3. Mai 4 Uhr nachm. in Alexandria. „Prinz Heinrich“ nach Marseille, 3. Mai 8 Uhr vorm. in Marseille. — Austral-Nevan-Linie: „Manila“ nach Hongkong, 1. Mai 9 Uhr vorm. in Hongkong. — Singapore-Neu Guinea-Linie: „Santapan“ nach Simpso- nafen, 20. April in Simpsonhafen. — Truppen-Transport: „Oldenburg“ nach Ostasien, 30. April 10 Uhr nachm. Gibraltar passiert.

Einsendungen aus dem Leserkreise.

(Mit Nennung oder Aufzeichnung der uns für diese Rubrik zugehenden, sich vorzubereiten Einsendungen kann sich die Redaktion nicht enthalten.)

\* Seit Jahren ist der Nachbrennen in Wiesbaden. Nach- dem die Kurverwaltung den Nachbrennen für den allgemeinen Verkehr gesperrt und hier nur gegen ein bestimmtes Entgelt Wasser verabreicht, hat sich der Verkehr an dem Ablauf be- deutend gesteigert. Jeden Morgen kann man die Beobach- tung machen, daß die Wasser spendende Röhre wie eine Festung belagert und mit allen möglichen Geräten bekümpft wird. Hausbesitzer und Dienstmädchen wetteifern mit groben Gefäßen, als Eimer und Krüben. Durch das Fällen der- artiger Gefäße bringen dieselben es fertig, daß der untere Raum und die Treppe mit Menschen vollständig angefüllt und der Aufenfall dortselbst wohl ungemächlich ist; insbe- sondere dann, wenn die beiden Röhren das Wasser so spärlich geben, wie dies seit einiger Zeit geschieht. Offensichtlich leben sich die maßgebenden Persönlichkeiten den Betrieb einmal an und schaffen Abhilfe.

\* Geheiratet Herr Rehbauer! Das Luft- und Sonnenbad auf dem Aelberg, für viele Leidende und Erholungsbedürftige in hohem Maße wertvoll und not- wendig, ist seit Mitte vorigen Monats wieder eröffnet. Für die Besucher aus dem nördlichen Stadteil, welche von Beau- site aus das Bad erreichen wollen, ist dies fast unmöglich ge- macht, denn durch den Volksbruch zu sehen, ist wegen des häufigen Automobilverkehrs mit Lebensgefahr verknüpft. Der Fußweg zwischen den letzten Häusern des Dorfteils und dem Wollendruck befindet sich jedoch in total schlechtem Zustande, daß derselbe fast nicht zu betreten ist. Aus diesem Grunde wende ich mich mit der öffentlichen Bitte an die maß- gebende Behörde, doch diesen Fußweg in einen etwas besseren Zustand bringen zu lassen, wofür viele Einwohner des Nord- viertels dankbar sein würden. M. L.

Briefkasten.

(Die Redaktion des „Wiesbadener Tagblatts“ übernimmt sämtliche Anfragen im Briefkasten, wenn die letzte Signatur besitzet. Rücksichtnahme Gewähr wird nicht zugesichert.)

Ausländer. Der hohe Adel umfaßt die Familien der souveränen Fürstentümer und der mediatisierten Familien, welche früher im Besitz reichsunmittelbarer Territorien waren und Reichs- und Landesherren hielten. Zu dem Erb- oder Uradel, der im 10. und 11. Jahrhundert aufkam, trat später der durch Adelsbriefe ausdrücklich verliehene Briefadel. Davon verschieden ist der nicht erbliche Personen- adel, der besonders mit Orden, einer Würde oder einem Amte verknüpft ist. Die Präposition „von“ vor dem Familien- namen, ursprünglich nur als Bezeichnung des Wohnortes, der Herrschaft oder Gerichtsbarkeit, wird seit dem 17. Jahr- hundert bei Erhebungen in den Adelsstand auch einfach dem Familiennamen vorgesetzt.

M. O. 100. Die Adresse von Gerhart Hauptmann ist Agnoldstraße im Finkenbühl, von Frieda Schanz (Frau Schanz, Witwe) Berlin W., „Dahem“-Redaktion, von Frau Bertha Gutner Wien, Ledigbastei 7, von Frau Margarete v. Oerger Kofod, Lobditzstraße 7.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

(Mathias, Bremer Nr. 30; geöffnet an Wochenagen von 8 bis 10 Uhr, für Ab- schlüsse nur Dienstags, Donnerstags und Samstags.)

Geburten:

28. April: dem Ehenpaar Metzgerer Joh. Schloßer Jwilling, Johne, Johann Wilhelm und Joseph Anton.

3. Mai: dem Messermeister Karl Meier e. L., Hedwig Auguste Magdalena.

4. „ dem Malergeh. Ernst Sommer e. L., Maria.

Aufgebote:

Tagelöhner Philipp Schröder in Viebrich a. M. mit Maria- reite Freund, geb. Fiedler, hier.

Monteur Karl Konstantin Reiter hier mit Emma Frieda Roske in Gießen.

Decorationsmaler Reinhold Leng in Gollbau mit Marie Köffer hier.

Bierbrauer Georg Held in Frankfurt a. M. mit Frau Sidka Fiedler daselbst.

Tagelöhner Wilhelm Kimpel mit Frau Rosa hier.

Techniker Wilhelm Knippling mit Maria Herzog hier.

Geschäftsführer Rujan Korff in Nürnberg mit Johanna Rosenzweig hier.

Sterbefälle:

4. Mai: Bertha, geb. Jahn, Ehefrau des Kammermusikers Gottfried Ludwig Otto Schreiber, 24 J.

4. „ Pader Jakob Wohlmann, 81 J.

4. „ Sarah, geb. Edelmuß, Ehefrau des Brigadiers Nathan Salomon, 60 J.

4. „ Paula, geb. Cohn, Ehefrau des Kaufmanns Ger- mann Wähler, 59 J.

5. „ Georg, E. d. Tagelöhners Georg Volker, 1 J.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 22 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Leitung: H. Schulz vom Hülzl.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Wilhelm und Daniel. H. Bergerhoff; für den Verleger, Druck und Vertrieb: J. Reister; für den Verleger des Anzeigen- und Geschäfts- teils: H. Pfeiffer; für die Anzeigen und Verlags- teile: H. Pfeiffer; für die Anzeigen und Verlags- teile: H. Pfeiffer.

Druck und Verlag der S. Schellenberg'schen Hof-Buchdruckerei in Wiesbaden.

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.  
"Tagblatt-Haus".  
Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisproben:  
Verlag (Exposition) 2958, Heft 52,  
Druckerei 2266.  
Rufzeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 30 Bfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringer-  
lohn. 2 Bfl. 50 Bfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes.  
Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Zweigstellen, sowie die  
131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen 26 Ausgabestellen und in den  
benachbarten Randorten und im Umland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Ausgaben-Preis für die Feile: 15 Bfg. für lokale Anzeigen im "Arbeitsmarkt" und "Meiner Anzeiger"  
in ausserordentlich grosser Zahl; 20 Bfg. für abweichender Sachausführung, sowie für alle übrigen lokalen  
Anzeigen; 30 Bfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bfl. für lokale Werbeflächen; 2 Bfl. für auswärtige  
Werbeflächen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchgehend, nach beiderseitiger Vereinbarung.  
Bei wiederholter Aufnahme unterdrückter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Alle die Aufnahme solcher eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 212.

Wiesbaden, Freitag, 7. Mai 1909.

57. Jahrgang.

## Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

### Politische Übersicht.

#### Finanzreform und preussisches Wahlrecht.

Der Reichstagsabgeordnete Mommsen sprach kürzlich in Danzig, dem Hauptort seines Wahlkreises, über die Finanzreform. Seine Ausführungen fanden allseitigen Beifall, auch bei einem nationalliberalen Redner. Die vom Vorstande des Wahlvereins der Liberalen in Berlin neulich angenommene Resolution wurde auch der Danziger Versammlung vorgelegt und einstimmig angenommen. Mommsen führte u. a. aus:

„Tügt sich die Regierung jetzt bei der Finanzreform, dann haben die Konservativen, und mit ihnen das Zentrum gestützt, nicht nur im Reich, sondern auch in Preussen, dann regieren die agrarischen Junker mit dem Zentrum zusammen das Reich, die Junker allein oder mit dem Zentrum Preussen. Dann gibt es in Preussen keine Reform des Wahlrechts, im Reich nur indirekte Steuern mit agrarischen Sonderprivilegien und bevorzugter Belastung der städtischen, der erwerblichen, industriellen Kreise des Landes.“

Tügt sich die Regierung nicht, dann gibt es zwei Wege: es gelingt ihr, was ich persönlich für ausgeschlossen halte, den konservativen Widerstand zu brechen — gut. Aber einen solchen Widerstand brechen kann man nur mit einer energischen politischen Stellungnahme gegen das den Fortbestand des Deutschen Reiches gefährdende Verhalten der konservativen Partei — keine Versprechungen an die Agrarier, kein Nachgeben gegen die politischen Bestrebungen der Konservativen in Preussen und im Reich. Geben die Konservativen, auf deren Stimmen es nun einmal ankommt, nicht nach, dann gibt es noch einen Weg, das ist die Auflösung des Reichstags als ein letzter Versuch, gegen die agrarische Fronde an die Wähler zu appellieren. Man könnte auch an die schnelle Einbringung der durch die Thronrede angekündigten Wahlreform im Abgeordnetenhaus und an die Auflösung des Abgeordnetenhaus denken. Alles drängt zum Kampfe gegen die Konservativen. Das beste wäre, die Reichsregierung trüge den Kampf von dem finanziellen Gebiete auf das politische hinüber. Zunächst müßte sie ein Gesetz zwecks Neueinteilung der Wahlkreise im Reich und eine entschiedene liberale Wahlreform im Abgeordnetenhaus einkriegen. Unter diesem Zeichen würde zusammen mit der Finanzreform eine Wahlbewegung im Deutschen Reich und in Preussen entfaltete, die den liberalen Parteien den Sieg, der agrarischen Reaktion und den Deutschkonservativen die endgültige Niederlage bereitet.“

Mommsen hat hier mit großer Schärfe den Zusammenhang zwischen Finanzreform und Wahlreform herausgehoben.

#### Eine Mahnung an die nationalliberale Partei

richtete der Abgeordnete Schiffer in seiner schon kurz erwähnten Rede in einer nationalliberalen Versammlung in Köln. Wir geben den betreffenden Passus nach der „Köln. Stg.“ ausführlich wieder. Abgeordneter Schiffer führte aus:

Neues Blut, eine gesunde Mischung, ein starkes Scharnier, ein starkes Führungsglied, ein starkes aller Schichten, das ist nicht nur ein Gebot für unseren Staat, nicht nur für unser Beamtenamt, sondern auch ein Gebot für uns. Sollen wir uns nicht fragen, ob wir Nationalliberalen betätigt haben, was wir versprochen haben? (Sehr richtig!) Tut nicht uns not, viel tiefer hineinzusteigen in das Volk als bisher, Fühlung zu nehmen mit ehrlichen Herzen, mit breiter Hand mit den Massen unseres Volkes? (Bravo.) Haben wir nichts zu bereuen, zu bedauern? Haben wir rechtzeitig unsere Arbeiterschaft, unseren Mittelstand zu uns herangezogen? Ich sage offen: Nein! Wenn wir jetzt darunter büßen, so haben wir es zum Teil verdient. Um so schärfer ist uns jetzt die Aufgabe vorgezeichnet, in das Volk hineinzugehen, um diejenigen zu gewinnen, auf denen unsere Macht beruht und beruhen soll. Da ist es nicht getan mit politischen Theorien, mit allgemeinen Gesichtspunkten, mit Versammlungen mit mehr oder weniger guten Rednern. Die Versammlungen dürfen nicht nur einen öffentlichen Genuß bieten, sondern die Anregungen müssen hinausgehen in das Volk, verbreitet und verarbeitet werden in den breiten Massen. Die Führer müssen die Verantwortlichkeit des Bürgers für das Schicksal seines Vaterlandes wecken und stärken. Lernen wir in dieser Beziehung von den Gegnern. Sie sind bestrebt, die wirtschaftliche Not des Volkes zu leben in

unausgeglichter Kleinarbeit. Jeder Kaplan, jeder Geistliche ist keineswegs nur Prediger, sondern er steht an der Spitze von Vereinen, Genossenschaften, gemeinnützigen Organisationen. Das bringt ihm das Volk und ihn dem Volke nahe. Sehen wir nicht bei den Sozialdemokraten und Polen dasselbe? Die ganze prognational-politische Organisation ist aufgebaut auf den Genossenschaften, auf wirtschaftlichen Interessen.

Wo hinein in das wirtschaftliche Leben, hinein in das Volk! Das ist unsere Gegenwartsaufgabe. Ich spreche es offen aus als meine ehrliche Überzeugung: Wenn wir die preussische Wahlrechtsreform bekommen, selbst in einer Weise, die unseren Anschauungen im wesentlichen entspricht, so geben Sie sich doch darüber keinen Täuschungen hin, ein Wachsstum unserer Partei wird nicht stattfinden, wenn wir nicht den Grund dazu gelegt haben durch Fühlung mit dem Volk.

Das jetzige Wahlrecht dient in weitem Umfang konservativen Interessen: eins ist aber aus der Geschichte nicht wegzubringen: Anfang der 60er Jahre unter demselben Wahlrecht und unter weit schlechteren Verhältnissen war die konservative Partei auf eine Minderheit zusammengedrückt, die in zwei Dreifachen Platz hatte. Es war möglich, für uns eine Mehrheit zu erzielen, weil wir vollständige Fühlung mit dem Volke hatten. Eine Besserung des Wahlrechts wird uns nur dann helfen, wenn wir ständige und feste Fühlung mit dem Volke nehmen. Das soll mein Wunsch und meine Bitte sein zum Schluß meiner Rede: Nehmen Sie die Anregung mit sich, hinauszugehen als Verkünder und Vertreter unserer Weltanschauung. Das Feld ist bereit, den Samen des Liberalismus aufzunehmen. Es geht ein liberales Sehnen, ein liberaler Strom durch die ganze Welt, da kann auch Preussen nicht verschlossen werden. (Sänderlatzchen, Bravo!) Warten Sie nicht, bis die Wahlen kommen. Die Wahlen sind der Kampf, aber wer den Krieg vor sich hat, der muß sich rüsten für die Stunde der Entscheidung. Das seien die Gegenwartsaufgaben nach bestem reinen Herzen und reinem Willen. Dann können wir mit ruhigem Herzen in die Zukunft schauen, und dann, aber auch nur dann, wird die Zukunft unser sein. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

### Die neue Aera in der Türkei.

Das neue Kabinett.

Das neue Kabinett Hussein-Hilmi kam als eine wesentliche Erleichterung der Situation angesehen werden. Man hat unter den disponiblen Kräften die aktivsten Elemente auszuwählen verstanden. Die Kombination, welche drei Staatsmänner wie den Großwesir, ferner als Minister des Äußern Ferid-Pascha und als Scheich ul Islam Selim-Rollaah umschließt, bedeutet eine reelle Autorität. Von Gewicht erscheint bei der Neubildung, daß die Frage des Komittees für Einheit und Fortschritt, welche ein ernstliches Hindernis darstellte, vorläufig ihre Lösung durch den Eintritt mehrerer Mitglieder desselben in parlamentarische Unterstaatssekretärposten fand.

Der zum Justizminister ernannte Vorkämpfer in Rom Sakki-Bei, der die Aurnahme des Vortrefflichen bisher abgelehnt hat, nahm auf erneutes Drängen des Großwesirs den Posten an.

Die Chefs der diplomatischen Missionen haben gestern nachmittag dem Großwesir Hilmi-Pascha zu seiner Ernennung gratuliert. Das neue Kabinett wird von diplomatischer Seite sehr günstig beurteilt. Man hofft, daß das neue Kabinett der schwierigen Situation Herr werden wird.

Zusichernde.

In Salonischer Komitteeskreisen verlautet, der nach Athen geflohene Ali-Nemal habe in Griechenland 50 000 Gewehre angelauft, um dieselben nach Saloniz einzuführen und dort eine allgemeine Erhebung gegen die Jungtürken vorzubereiten. Auch die Haltung der Griechen in Epirus ist wieder bedenklicher.

Kein Kriegsgericht gegen Abd ul Hamid.

In Konstantinopel, 7. Mai. Nach zuverlässigen Meldungen kam es als bestimmt ausgeschlossen gelten, daß Abd ul Hamid noch vor ein Kriegsgericht gestellt wird.

Der erste Sekretär des Sultans Abd ul Hamid soll vor dem Kriegsgericht das Geständnis abgelegt haben, daß Abd ul Hamid ihm Instruktionen für die Anstiftung von Unruhen in den Provinzen gegeben habe.

Die Strafexpedition nach Abana.

Neht Bataillone und zwei Gebirgsbatterien vom zweiten Korps sind bereits auf dem Weg nach Abana, wo strenges Strafgericht abgehalten wird. Eine kriegsgerichtliche Kommission ist bereits dorthin unterwegs. Überall in Kleinasien, wo Unruhen entstanden oder unfolgsame Beamten vorhanden sind, werden Strafexpeditionen gesandt.

#### Wandekämpfe in Mazedonien.

Bei Koprakli sind mehrere serbische Banden aufgetaucht, die die umliegenden Ortschaften heunruhigen. Bei Arvalar fand ein Kampf einer türkischen Bande mit Truppen statt. Sieben Mitglieder der Bande fielen. Der Verlust der Truppen ist unbekannt.

Bei den Portiers und Hauswächtern von Pera fanden gestern Hausdurchsuchungen statt, wobei zahlreiche Waffen, angeblich auch Bomben, gefunden wurden.

Das Kriegsgericht verurteilte die acht Matrosen, welche den Kommandanten des Kreuzers „Asar Dewfik“ ermordet hatten, zum Tode.

Der Großwesir Hilmi-Pascha sandte an die Wilajets eine Zirkularbefehle, worin er seine Ernennung mitteilt und eine rasche Herstellung der Ruhe und Ordnung fordert. Eine offizielle Anordnung des Polizeiministers befiehlt, daß türkische Frauen auf der Straße tief verschleiert gehen müssen und keine gegen die Moral verstoßende Kleidung tragen sollen. Der Zweck dieser und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der albanischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die von der letzten Umwälzung eine Verletzung der Religion und Sitte befürchtet und ihr daher andauernd feindlich gesinnt ist.

Eine in Debre abgehaltene Versammlung der angesehensten Albanesenführer beschloß, telegraphisch von der türkischen Kammer für Albanien und Mazedonien völlige Autonomie zu verlangen. Sollte dies abgelehnt werden, so werde der allgemeine Aufstand proklamiert und nach Saloniki marschiert werden, um den Sultan Abd ul Hamid zu befreien, der diese Zugeständnisse bereits früher gemacht habe.

Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Die Lage in Anatolien ist außerordentlich besorgniserregend. Die Unruhen, woran die Behörden mitschuldig sind, nehmen eine größere Ausdehnung an. Die Truppen sind ohne jede Namenssucht. Es verlautet, daß fürchtbare Ausschreitungen vorgekommen seien.

Die Offiziere wünschen, daß Generaloberst von der Goltz als Generalreorganisator wieder in türkische Dienste trete.

Das Ministerium des Äußern ließ in Petersburg anfragen, welchen Zweck die vermehrte Ansammlung von russischen Truppen an der türkischen Grenze habe. Die Antwort steht noch aus.

### Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der Morgen-Ausgabe.)  
— Berlin, 6. Mai.

In der weiteren Beratung über den Initiativantrag Speck (Zentr.) betr.

eine fasselförmige Umsatzsteuer für Großmühlen

erklärt nach der Rede des Abg. Speck der Abg. Dr. Rosche (kons.) zum Antrage seiner Partei, der ebenfalls im Interesse des Mittelstandes eine Mühlenumsatzsteuer fordert: Ich kann dem Vorredner im wesentlichen nur zustimmen. Es herrscht eine Art Faustrecht.

Die Trübs sind gerade auf dem Gebiete der Nahrungsstoffe überaus gefährlich.

Wir wollen das Großkapital nicht prinzipiell vom Mühlen-gewerbe ausschalten, nur gegen die schweren Mischstände nehmen wir Stellung. Es ist die höchste Zeit geschäftlicher einzuschreiten. Bedauerlich ist, daß die Großmühlen sogar noch durch die Eisenbahntarife begünstigt werden. Wir dürfen vor einer Zwangsmassnahme nicht zurückschrecken.

Abg. Reumer (nat.-lib.): Auch für uns steht fest, daß die Binnenmühlen sich in einer Notlage befinden und ohne staatliche Hilfe die Gefahr einer Auflösung besteht. Durchgreifende Hilfe kann nur durch das Reich erfolgen. Wir beantragen Kommissionsberatung. Die Kommission kann neben der Umsatzsteuer auch andere Massregeln erwägen.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn teilt das Ergebnis einer Statistik mit, die das Reichsschatzamt über die Lage des deutschen Mühlenereigewerbes aufgenommen hat. Sie erstreckt sich auf die Jahre 1887 bis 1905. Bei den ganz kleinen Mühlen mußte ein Rückgang um 5536 Betriebe oder 11,8 Proz., bei den mittelgroßen ein solcher um 123 Betriebe oder 3,3 Proz. konstatiert werden. (Hört! Hört!) Die großen Mühlen haben sich um 161 Betriebe, oder 51,4 Proz. vermehrt. Die ganz großen sogar um 25 Betriebe oder 11,9 Proz. (Lebhaftes Hört! Hört!) Zu der Anregung des Antrags Speck hat die Reichsregierung noch nicht Stellung genommen, so daß ich eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben kann.

Bayerischer Bundesrats-Bevollmächtigter Barthardt: Wenn es möglich sein sollte, durch eine Reichsteuer dem Mittelstand im Mühlenereigewerbe zu helfen, ohne in das Staatsrecht der Einzelstaaten einzugreifen, so würde die bayerische Staatsregierung gegen eine solche Steuer nichts einzuwenden haben.

Abg. Koenig (freil. Wp.) erhebt verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Bedenken gegen den Antrag. Dieser wolle einen Fortschritt der Technik be-

steuern. Konsequenterweise müßte Herr Speck jeden Großbetrieb besteuern, und zwar nur deswegen, weil es eben ein Großbetrieb ist.

Die Mühlenumsatzsteuer wird dem Mittelstand ebenso wenig helfen wie die Warenhaussteuer es getan hat. Wir sagen das dem Mittelstand offen ins Gesicht und erwidern keine falschen Vorstellungen. Wir lehnen überhaupt jede Umsatzsteuer ab. Eine Steuer darf immer nur den Ertrag treffen, niemals den Umsatz, der kein Beweis für einen Ertrag ist. Sämtliche Handelskammern haben sich denn auch gegen eine Mühlenumsatzsteuer ausgesprochen. Sie würde nur das Brot verteuern. Sorgen Sie für billige Nahrungsmittel, dann helfen Sie dem Mittelstand am besten.

Abg. Fehr. v. Gump (Rp.): Die Erhaltung der kleinen Mühlen ist die notwendige Voraussetzung für billiges Brot. Die Fortschritte der Technik wollen wir durchaus nicht hemmen, aber hier liegen die Dinge anders; die Interessen der Volksernährung sind wichtiger als die einer Handvoll von Großbetrieben. Wünschenwert ist weiteres Material in der Sache.

Abg. Stauffer (württ. Bg.) erklärt sich für den Antrag. Mittwoch 2 Uhr: Weiterberatung.

Finanzkommission des Reichstags.

Bei der Beratung des Branntweinsteuerentwurfs wird nach § 64 der Vorlage für gewerbliche Brennereien, die ihren Betrieb erst nach dem 30. September 1908, aber vor dem 1. Oktober 1907 aufgenommen haben, der Durchschnittsbrand unter Berücksichtigung ihrer gewerblichen Anlagen und ihres Gewerbetriebs, sowie des für andere gewerbliche Brennereien festgesetzten Durchschnittsbrandes nach Anhörung von Sachverständigen aus dem Kreise von Besitzern gewerblicher Brennereien festgesetzt. Es wird hierzu ein Antrag Dr. Weber angenommen, der auch die neuen Brennereien aus dem Berichtsjahre 1907/08 berücksichtigt. § 66 der Vorlage, der durch die Annahme dieses Antrages überflüssig und daher gestrichen wird, sah für diese früher existierenden Brennereien Billigkeitsgründe vor. An Stelle dieser wird nunmehr die Bemessung des Durchschnittsbrandes auch bei den neuen Brennereien durch Sachverständige im Gewerbe festgesetzt.

§ 65 gibt die Möglichkeit der Befreiung besonderer Gärten, die sich bei der Bemessung des Durchschnittsbrandes für einzelne Brennereien ergeben. Hierzu sehen dem Bundesrat 50 000 Hektoliter zur Verfügung. Es wird ein Antrag Dr. Weber angenommen, ausdrücklich einzuschalten, „sowohl landwirtschaftliche als gewerbliche Brennereien“.

Nach § 67 der Vorlage wird der Durchschnittsbrand für die beteiligten Brennerereien ohne zeitliche Begrenzung festgesetzt. Hierzu stellt der Abg. Schweichardt (deutsche Volksp.) einen Antrag, der bezweckt, den Durchschnittsbrand behäufig zu gestalten, das heißt, dem Verbrauch an Branntwein alljährlich anzupassen.

Abg. Sieg (nat.-lib.) beantragt für die Kleinbrennereien eine Festlegung des Durchschnittsbrandes auf den Durchschnitt der letzten fünf, oder, falls es für sie günstiger ist, der letzten zehn Betriebsjahre. Hiergegen wendet sich der württembergische Regierungsvertreter Ministerialrat Schleehaus. Ein Kommissionsmitglied aus Baden ersucht gleichfalls um Abklemmung des Antrages, die kleinen Brennerereien könnten den Markt nicht beeinflussen. Von reichsparteilicher Seite wird auf die Möglichkeit verwiesen, daß die kleinen Brennerereien über ihre zehn Hektoliter hinausgehen. Auch von konservativer Seite wird der Gedanke des Antrages Schweichardt als richtig bezeichnet und gleichfalls ein Durchschnittsbrand bei den kleinen Brennerereien für notwendig erklärt. Der württembergische und der badische Regierungsvertreter bringen dagegen auf Ablehnung des Antrages Sieg. Es handle sich ja bei den kleinen Brennerereien vielfach nur um Hausbrenn. Von freisinniger Seite wird in bezug auf den Antrag Schweichardt erklärt, daß dieser für die Beurteilung des Brennrechts von erheblicher Bedeutung sei. Ein Teil der Bedenken der Freisinnigen würde schwinden, wenn man das Brennrecht nach diesen Anträgen beweglich gestalte. Abg. Sieg gibt der Befürchtung weiterer Kreise des norddeutschen Brennergewerbes Ausdruck, daß der ganze Nordbranntwein in Süddeutschland produziert werde. Der Obstbau nehme riesig zu. Deshalb Vorsicht für die Zukunft. Der Vertreter der elsaß-lothringischen Regierung stellt fest, daß in seinem Lande

von 27 000 Brennerereien 24 000 im Jahre 1906 unter einem halben Hektoliter gebrannt haben, die übrigen 3000 von einem halben bis zehn Hektoliter. Das bedeute also keine Gefahr. Von konservativer Seite wird erwidert, daß, wenn die Steuer erheblich erhöht werde, der Anreiz zur Ausdehnung der Betriebe gegeben werde. Man müsse auf die Zukunft Bedacht nehmen. Schließlich wird auf Vorschlag von Dr. Weber, der besonders von konservativer Seite empfohlen wird, dem Antrage Schweichardt hinzugefügt, daß der Bundesrat die näheren Bestimmungen treffen soll, und in dieser Fassung der Antrag Schweichardt angenommen. Der Antrag Sieg wird abgelehnt.

Nach § 69 der Vorlage sollten landwirtschaftliche Brennerereien und Obstbrennerereien, die zum gewerblichen Betriebe, sowie Brennerereien, die zur Heizerzeugung übergehen, ihren Durchschnittsbrand zur Hälfte verlieren. Diese Benachteiligung beim Übergang zur Heizerzeugung beantragt Dr. Dietrich (konf.) zu streichen. Der Antrag Dietrich wird angenommen.

Dr. Weber (nat.) beantragt, einen § 68 a einzuschalten, der die Übertragbarkeit des Durchschnittsbrandes für gewerbliche Brennerereien gewährt. Dieser Antrag wurde schließlich zurückgezogen, soll aber bei der zweiten Lesung von neuem eingebracht werden. Von freisinniger Seite wandte man sich grundsätzlich gegen solche Veräußerlichkeit durch das Steuerrecht gewährte Vergünstigungen. Auch von Zentrumseite wurde die Übertragbarkeit der Brennrechte für bedenklich erklärt. Ähnliche Verhältnisse hätte man beim Zundersteuergesetz.

Nach § 68 b beantragt Dr. Weber eine Bestimmung einzuschließen, wonach der den einzelnen Brennerereien zustehende bzw. zugewiesene Durchschnittsbrand den Interessenten seitens der zuständigen Steuerbehörde zur Einsichtnahme zugänglich zu machen ist. Von konservativer Seite und vom Zentrum erklärt man sich gegen den Antrag. Das würde einen Kampf aller gegen alle bedeuten. Es würden Anzeigen über Anzeigen erfolgen. Von freisinniger, sozialdemokratischer und polnischer Seite wird der Antrag lebhaft unterstützt. Man müsse wissen, wo die Vorteile vom Brennrecht habe. Sei die Sache real, so könne sie auch bekannt gegeben werden. Gegen den Antrag wird angeführt, daß er nur den Oden treffe. Nach längerer Debatte wird der Antrag Weber schließlich abgelehnt. Im Verlaufe der Beratung machte der Vorsitzende der Kommission Dr. Passche die Bemerkung, es habe Optimismen gegeben, die geglaubt hätten, daß man heute mit dem Branntwein fertig werde. Die Beratung wurde bis zum § 102 fortgesetzt, Änderungen erfolgten hier nicht. Freitag Fortsetzung.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der Morgen-Ausgabe.) = Berlin, 6. Mai.

In der fortgesetzten Beratung zum Auktusetat beim Kapitel

Elementarschulen

führt Ministerialdirektor Schwarzkopf weiter aus: Wenn im Osten verhältnismäßig mehr protestantische als katholische Seminare errichtet werden, so liegt das an der polnisch-katholischen Presse, die den polnischen Katholiken immer wieder abrä, ihre Kinder Lehrer werden zu lassen. Es fehlt geradezu an Schülern, so daß man aus dem Westen katholische Seminaristen heranziehen mußte, um überhaupt für die bestehenden katholischen Seminare die nötige Schülerzahl zu erhalten. Gerade von polnischer Seite wird gegenüber den Geistlichen und Lehrern auf das ärgste spioniert. Wer unsere Schulen besucht, muß sich damit abfinden, daß sie deutsche Schulen sind. Geändert wird daran nichts. (Beifall.) Der Vorwurf des Abg. Dr. Schepf, daß den Lehrern das Studium auf den Universitäten erschwert wird, trifft nicht zu. Den umfangreichen Katalog der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung kann die Regierung nicht empfehlen. Etwas anderes wäre es, wenn die Gesellschaft dem Ministerium bestimmte Bücher zur Begutachtung vorlegen würde. Von der Beteiligung an sozialdemokratischen Gesangsvereinen müssen wir die Jugend zurückhalten, solange diese Gesangsvereine unseren schönen Choralen Lasterver-

hehende Texte unterlegen. Dasselbe tun die sozialdemokratischen Turnvereine. In einem Lied heißt es:

„Wer nur den lieben Gott läßt walten, Und zehlet Steuern allezeit, Dem wird er wunderbar erhalten Die Gunft der hohen Obrigkeit.“

(Psalmist.) Ein anderes Lied sagt von der deutschen Treue: „Das alte Lied, das dumme Lied, das Lied von der deutschen Treue.“ (Lebhafte Psalmen.) Ein Vers zur Probe:

„Und treu ist der Hund, Man lenkt ihn ohne Fessel, Und schlägt man ihm den Rücken wund, So leckt er ab die Wunden, Und wird er auch zumessen wild, So kriecht er stets aufs neue, O Hund! Du prächtig Titelbild Fürs Lied von der deutschen Treue!“

(Entrüstete, langanhaltende Psalmen.) Dagegen sollten wir nicht vorgehen? (Lebhaftes Sehr richtig!) Gegen diese Art der Jugenderziehung wird die Unterrichtsverwaltung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Ernst (reif. Ver.) tritt den Angriffen des Abg. Heß auf den Lehrer Töwe entgegen und erklärt dann, daß Minister Hoffe die Sympathie des gesamten preussischen Volksschullehrerstandes genosse. Redner bespricht sodann die Maßregelung freisinniger Lehrer, insbesondere die des Direktors Jutz in Stolberg, und geht sodann auch auf die Maßregelungen der Lehrer Hansen-Tömming und Kimpel ein. Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Die Behauptung,

daß Maßregelungen von Lehrern wegen freisinniger Gesinnung erfolgt seien, muß ich auf das allerbestimmteste bestritten. Die Unterrichtsverwaltung denkt selbstverständlich nicht daran, einen Lehrer, weil er der freisinnigen Partei angehört, in irgend einer Beziehung zu maßregeln. Das ist uns nie eingefallen und wird uns auch in Zukunft nicht einfallen. Anders ist es aber, wenn die Lehrer sich einer Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen schuldig machen, wie in dem Falle Kimpel. (Sehr richtig!) Der Minister v. Studt hat seinerzeit im weitestgehenden Maße Angriffe aus Lehrerkreisen wegen des Schulunterhaltungsgesetzes ruhig gefallen lassen. Minister v. Studt hat absichtlich vermisst, Märtyrer zu schaffen. Aber der Lehrer Kimpel ist doch erheblich weiter gegangen. Nachdem er in durchaus nicht gehöriger Form gegen dieses Gesetz in seiner Presse aufgetreten war, hat er sich mit dem Führer der Sozialdemokratie Dr. Quard aus Frankfurt a. M. zusammengetan und ist in einer Agitationsversammlung gegen dieses Gesetz aufgetreten. (Hört, hört! rechts.) Das ist für einen Mann, der die Pflichten eines preussischen Staatsbeamten hat, unzulässig. (Sehr richtig! rechts.) Kimpel hat sich darauf berufen, er hätte nicht gewußt, daß der sozialdemokratische Führer Quard in dieser Versammlung mit aufstreten würde. Darauf hat die Regierung gesagt: Ja, dann bringen Sie sich nicht in eine solche Lage; wenn Sie die Pflichten des Staatsbeamten haben und wollen in eine öffentliche Agitation eintreten, dann sehen Sie sich gefälligst vor und bringen sich nicht in die Lage, daß Sie mit einem sozialdemokratischen Führer zusammen gegen die Regierung vorgehen. Die Regierung ist deshalb gegen ihn vorgegangen. Der Minister hat wiederholt persönlich die Sache untersucht und hat seinen Unschluß gefunden, eine Remedur der Entscheidung der Regierung eintreten zu lassen. Es ist ein sehr schweres Gebot, daß wir momentan damit zu kämpfen haben, daß die Sozialdemokratie sich bemüht, unsere Jugend immer mehr in ihre

sozialdemokratische Jugendorganisation

hinzuzuziehen, und daß sie sich sogar bemüht, die Hilfe der Lehrerschaft für die sozialdemokratische Jugendorganisation zu gewinnen. Die Regierung hat allen Anlaß, mit aller Entschiedenheit dagegen aufzutreten, daß die Lehrer in irgend einer Weise sich mit den Sozialdemokraten identifizieren und mit ihnen zusammenarbeiten für die Bestrebungen, die von jener Seite vertreten werden. Mit Rücksicht darauf sind solche Fälle ganz anders behandelt als solche, bei denen es sich lediglich um eine freisinnige oder liberale politische Überzeugung handelt. Hier handelt es sich darum, ob ein Lehrer, der die Pflichten eines preussischen Staatsbeamten hat, so weit gehen darf, daß er sich mit der Sozialdemokratie zusammenschließt in der Bekämpfung von Gesetzen, die vom Minister in Allerhöchstem Auftrage ein-

Feuilleton.

Das Pressefest im Paulinenschlächchen.

Das Fest des Vereins Wiesbadener Presse, des Ortsverbandes der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller in München, zum Besten dieser Anstalt, das gestern abend im ehemaligen Kurhausprovisorium stattfand, hat einen direkt glänzenden Verlauf genommen. Nicht nur die Aussicht auf einen „vergünstigten Abend“ ist es gewesen, was diese starke Beteiligung hervorrief, sondern gewiß ebenso sehr die Sympathie für den Akt der Selbsthilfe, welchen die „Intellektuellen“, welchen die Bühnenkünstler in ihrer Bühnengenossenschaftskasse in Berlin, die Mäler in ihrer Pensionskasse in Weimar und die Schriftsteller und Journalisten in ihrer Pensionsanstalt in München beizubringen. Das „soziale Empfinden“ ist kein leerer Wahn mehr, und kein Stand ist ganz unberührt von ihm. Das bewies auch der große Zuspruch zu dieser wohltätigen Veranstaltung. Von 1/2 Uhr ab füllte sich der schön dekorierte Raum mit einem gewählten Publikum. Wir bemerkten u. a. Herrn Regierungspräsidenten v. Meißner, Herrn Oberregierungsrat v. Gizza, Herrn Polizeipräsidenten v. Schenk, Herrn Landrat v. Heimbürg und viele andere „Epichen“, eine sehr große Anzahl anderer illustrierter Gäste und eine Fülle Offiziere, kurz, die Crème der Gesellschaft war vertreten, und die feierliche Dekoration des Saales die Toiletten der Damen, die Uniformen und blühenden Orden ergaben im Glanz der elektrischen Lichter ein farbenfreudiges und heiteres Bild, zumal der weite Raum bis zum letzten Klappstuhl besetzt war.

Die Darbietungen begannen mit dem vom Direktor des Residenztheaters Herrn Dr. Rauch mit kraftvollem Organ sehr eindrucksvoll vorgetragenen Prolog, nach dem der ausgezeichnete Tenor nieder Solibühne, Herr Gensel, einige

Lieder sang, welche die große Beliebtheit verdienen ließen, in die er sich hier hineingesungen hat. Ihm folgte unsere Primadonna Frau Sessler-Durlard mit ihrer prächtvollen Stimme, die sich gestern noch eines besonderen Glanzes erfreute. Sie sang zwei Lieder, welche einen so starken Beifall hervorriefen, daß sich die gefeierte Sängerin zu einer Zugabe entschließen mußte. Einer gleich warmen Aufnahme erfreuten sich auch die Liebergaben der Frau Hans-Joseph, die ebenfalls ohne Zugabe nicht wegließen. Donnerwetter! Ihre Hofoper hat aber mal prächtvolles Stimmmaterial! Heß sich ein Kurzbändel nach diesen Darbietungen unserer Opernmitarbeiter begeistert vernehmen. Unser „erster Held“, Herr Hermann Sessler, registrierte mit seinem Verständnis eine feste, längere Dichtung des hochbegabten, leider allzufrüh verstorbenen Prinzen zu Schönath-Carolath und eine packende Ballade von Böttcher v. München. Der zweiten Teil der Darbietungen eröffnete Herr Königl. Kammermusiker Selmar Victor mit zwei Sätzen aus einem Violinconcert von Beethoven und erzielte sowohl durch seine verständnisvolle Wiedergabe wie durch seinen vollen, gesangreichen Ton. Nun gab Frau Else-Laura v. Wolzogen aus Darmstadt, die beliebteste deutsche Interpretin humoristischer und melodischer Volksweisen, einige Lieder zum besten. Daß sie sich selbst meisterhaft auf der Laute begleitet, erhöht den Reiz ihres kunstvollendeten Vortrages, der in mimischer wie in gesanglicher Hinsicht gleich vorzüglich ist und jedoch den intimen Kontakt mit dem Publikum herstellt. Die Juchender waren denn auch herzlich wie „aus dem Häuschen“: es rasste der See und wollte sein Opfer haben, das er denn auch nach lebhaftem Toben in Gestalt dreier Jugaden glücklich erwarbte. Der rührige Intendant unserer Kurverwaltung, Herr Borgmann, aber erfaßt die Situation sehr richtig, als er nach der stürmischen Aufnahme, welche Frau Else-Laura zuteil wurde, die Künstlerin „vom Fleck weg“ für zwei Vortragsabende im Kurhaus engagierte, einen für den

Mai und einen für den Herbst. — Unser beliebter Herr Henke von der Hofoper trug darauf meisterlich ein Couplet „Preße-Allerlei“ von Herrn Julius Rosenthal, dem „Star“ der vorerwähnten Sprudelkurgungen, vor, in dem der Dichter seine schlagenden, immer des Beifalls fähigen Pointen in Beziehung zum Journalismus ins Feld führte. Auch Herr Kurt Kraus — einst ein preislicher Mine und jetzt unser erfolggekrönter Schwandichter — betrat einmal wieder in figura das Podium und gab, von ihm selbst gedichtet und gesungen, eine Anzahl Verse auf „Wiesbadener Spezialitäten“ zum besten, von denen Herr Kammerrat Glindt und andere Persönlichkeiten lustig aufmarschierten. Herr Tachauer vom Residenztheater ließ ein humoristisches, gut gegebenes Couplet „Komponisten-Schelmnisse“ von Leo Falk folgen. Herr Daltzer, Kapellmeister am Königl. Theater, hatte in verständnisvoller Weise die Klavierbegleitung der meisten musikalischen Vorträge übernommen. So hat sich denn eine Reihe angesehener und hervorragender Kräfte in den Dienst einer guten Sache gestellt, und es ist besonders erfreulich, daß sich unter Künstlern und Schriftstellern ein solcher Gemeinsinn befundet, wenn es heißt, dem Empfinden der Altersüberwindung durch Selbsthilfe entgegenzutreten. Die Schriftsteller und Journalisten werden sich getu dankbar erinnern, daß es ebenso an ihnen ist, im Falle der Veranlassungen der Bühnen- und der lebenden Künstler zum Besten ihrer Pensionsanstalten zu lägen.

Nach den Vorträgen erfolgte die offizielle Fidesitas, die für das junge Volk im Tanz bestand. Ein Herr schmucker Leutnant und Referendare war dazu aufmarschiert und die unermüdeten und sehr niedlichen Damen, Postkarten- und Zigaretten-Verkäufertinnen fanden ihren Lohn in Volks- und Walzer. Im türkischen Kaffeezelt — Herr Ben Soliman hatte die überaus geschmackvolle Einrichtung, die, nebenbei bemerkt, mit 22 000 M. veranschlagt war, unentgeltlich hergestellt und Herr Oph hatte sie mit kostbarem

gebracht werden. Ich muß daran festhalten, daß das nicht zugelassen ist. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird angenommen.

Abg. Schröder-Cassel bedauert, daß ihm die Möglichkeit genommen sei, auf den Fall Kimpel einzugehen; er könne nicht anerkennen, daß der Ministerialdirektor den Fall richtig dargestellt hat.

Abg. Ernst (freif. Ver.): Ich habe keineswegs einzelnen Lehrern das Recht gewährt wissen wollen, mit Sozialdemokraten sich zu verbinden. Ich habe nur behauptet und nachgewiesen, daß das beim Lehrer Kimpel nicht der Fall gewesen ist, und daß er, als er nach Frankfurt ging, von seinem Verein dazu delegiert worden war, ohne daß er Kenntnis davon hatte, daß Sozialdemokraten in der Versammlung anwesend sein würden.

In der Abstimmung wird der Antrag v. Brandenstein v. Kessel angenommen. Der Antrag Cassel ist damit erledigt. Der Antrag Gottschalk geht an die Unterrichtscommission.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Abendigung.

Am Ministertisch Dr. Schwarzkopff.

Die Beratung des Kapitels „Elementarunterrichtswesen“ wird mit dem Antrag Schiffer fortgesetzt, betreffend

Beseitigung oder erhebliche Einschränkung des Ausschlusses der Volksschullehrer von der Berufung zum Schöffenamte.

Abg. Lohmann (nat. lib.) wies darauf hin, daß die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz die Lehrer zum Schöffenamte bei den Jugendgerichten zulasse; das genüge seiner Partei.

Abg. Marx (Zentr.) führte aus, der Widerspruch der Unterrichtsverwaltung gegen die Heranziehung der Lehrer zu dem Schöpfen- und Geschworenendienst sei durchaus begründet. Seine Partei werde den Antrag ablehnen.

Abg. Waldstein (freif. Ver.) erklärt sich für den Antrag.

Abg. Lohmann zieht dann den Antrag Schiffer zurück. (Beifall und Heiterkeit.)

Bei dem Dispositionsfonds zur Förderung des Seminarpräparandenwesens empfiehlt

Abg. Glattfelder (Zentr.) die weitere Erhöhung dieses Fonds, um dem Lehrermangel wirksam zu begegnen.

Bei den Ausgaben für das Lehrerbildungswesen tritt

Abg. Schendendorff (nat. lib.) für die Förderung der Lehrerbildungen für die schulenläufige Jugend ein; er empfiehlt die Anstellung von staatlichen Spielfeldinspektoren bei den Regierungen, bei denen ein Bedürfnis hierfür vorliege.

Abg. Heilig (Zentr.) hat, bei der Verteilung der vorhandenen Mittel die konfessionellen Jugendvereine zu berücksichtigen.

Ministerialdirektor Schwarzkopff wies darauf hin, daß der Unterstützungsfonds in der Hauptsache dazu dienen solle, die freiwillige Tätigkeit anzuregen. Die dauernde Unterhaltung der betreffenden Einrichtungen müsse den nächstbeteiligten überlassen werden. Ob die Anstellung von Spielfeldinspektoren das richtige Mittel sei, sei zweifelhaft.

Bei dem Kapitel „Besoldung für Kreis- und Kreisinspektoren“, wobei 19 hauptamtliche Kreis- und Kreisinspektorenstellen neu gefordert werden, beantragt

Abg. Cahensly (Zentr.), die neue Stelle für Höchst zu streichen.

Abg. Marx (Zentr.) betonte, daß bei der Schulaufsicht die wirksame Mithilfe der kirchlichen Organe nicht entbehrt werden könne. In der Rheinprovinz hätten die Kreis- und Kreisinspektoren Lehrer für die Deutsche Vereinigung, unabweislich einen politischen Verehrer zu gewinnen gesucht. Das sei unangehörig.

Ministerialdirektor Schwarzkopff erwiderte: Einzelne Mißgriffe ausgenommen, könne er nur sagen, daß die Kreis- und Kreisinspektoren im allgemeinen nicht in unzulässiger Weise auf die politische Überzeugung der Lehrer einwirken dürften.

Abg. Marx (Zentr.) betonte, daß die katholische Kirche von jeher in uneigenmächtiger Weise für die Schulen sorgte.

Abg. Cahensly (Zentr.) begründete seinen Antrag.

Nach kurzen Bemerkungen des Geheimrats Tümann und des Abg. Wolff-Biebrich wurde der Antrag Cahensly abgelehnt.

Zu den Ausgaben für die höheren Mädchen-

schulen liegt ein Antrag Gähling vor, die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst

eine gesetzliche Neuordnung des Privatschulwesens herbeizuführen.

Abg. Kessel (kons.) erklärt, die Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens bedeuten einen Schritt von ganz außerordentlicher Bedeutung. Er verurteile die Frauenbewegung nicht; unverständlich aber sei ihm, weshalb diese Bewegung mehr für eine gelehrte Bildung der Frauen als für eine bessere Bildung der Frauen im allgemeinen eintrete. Er lege besonderen Wert auf die Frauenschule, die die Frauen für ihren natürlichen künftigen Beruf vorbereiten soll. Der Zusammenerziehung von Knaben und Mädchen möchte er nicht das Wort reden.

Abg. Streyzinski (Pole) sprach sich aus pädagogischen und ethischen Gründen für eine Trennung der Geschlechter in den Schulen aus. Eine höhere Bildung müsse dem weiblichen Geschlecht ohne Unterschied der Nationalität zugänglich gemacht werden. Den Polen würden in dieser Beziehung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet.

Ministerialdirektor Schwarzkopff wies die Beschwerden des Vorredners als unbegründet zurück.

Abg. Jerschhoff (freikons.): Die Lehrer an privaten Mädchenschulen müssen unter staatlicher Beihilfe dadurch sichergestellt werden, daß solche Schulen von den Kommunen übernommen werden.

Sodann wurde um 11 1/2 Uhr die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt, außerdem kleinere Vorlagen.

Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. In der Nacht vom 5. zum 6. Mai fand in Potsdam das im Jahre 1880 eingetretene Herterhausmitleid Oberforstmeister v. Alvensleben im 86. Lebensjahre.

In Befinden des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Grafen Hohensthal ist eine Verschlimmerung eingetreten.

\* Ein Besuch Kaiser Wilhelms in Petersburg? In Petersburger diplomatischen Kreisen verlautet, Kaiser Wilhelm werde in der nächsten Zeit dem Zaren Nikolaus in Petersburg einen Besuch abstatten. (Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung ist bis jetzt jedoch noch nicht erfolgt.)

\* Noch eine offiziöse Auslassung zur Reichsfinanzreform. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In ihrer Betrachtung über den Stand der Reichsfinanzreform greift die „Konservative Korrespondenz“ auf die Reichstagsverhandlungen vom Jahre 1906 zurück. Als damals ein Teil der Konservativen dem Erbschaftsteuergesetz zustimmte, sei es geschehen im Vertrauen auf die feierlichen Erklärungen des Fürsten Bülow und des Freiherrn v. Rheinbaben, daß diese Steuer niemals auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt werden würde. Solche Erklärungen sind nicht abgegeben worden. Der Reichskanzler hat bei den damaligen Verhandlungen lediglich seine Bedenken gegen die Erbschaftsteuer überhaupt entwickelt, um zu beweisen, daß die Verbündeten Regierungen an diesen Bedenken nicht achtlos und leichtsinnig vorbeigegangen sind. Der preussische Finanzminister hat bei jenen Beratungen zwar seine Gegnerschaft gegen die von dem Abgeordneten Friese (Zentrum) als möglich behandelte Deszendentensteuer befundet, aber keineswegs ein bindendes Verprechen gegen diese Steuer abgegeben. Unrichtig ist auch die Darstellung, als würdige die Reichsregierung nicht in sachlicher Weise die konservativen Einwände gegen die Nachlasssteuer und die Erbanfallsteuer. Wenn der Reichskanzler an der Erbschaftsteuer festhält, so geschieht dies nicht aus Gegnerschaft gegen die konservative Partei, sondern wie er am 20. April ausgeführt hat, in der Erwägung, daß der Besitz nach fast allgemeiner Übereinstimmung in der Höhe des aus der Nachlasssteuer veranschlagten Betrages an den neuen Steuern beteiligt sein muß und eine andere, gerechte, zweckmäßige und gleich ertragreiche Besteuerung mit besserer Aussicht auf Annahme im Reichstag zurzeit nicht vorge schlagen werden kann. Auch hat sich der Reichskanzler gegenüber den konservativen Vorschlägen in der Finanzkommission nicht ablehnend verhalten, vielmehr die Wertzuwachssteuer auf den

Grundbesitz durch den Mund des Reichschatzsekretärs als wohl erwägenswert bezeichnen und die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes zuzulassen lassen. Als Ersatz für die Deszendentenbesteuerung kann der konservative Vorschlag deshalb nicht in Betracht kommen, weil ein ausreichender Betrag aus dieser Quelle nicht zu gewinnen ist. Weiter muß die Auffassung als falsch bezeichnet werden, als richte die Reichsregierung die Aufmerksamkeit allein auf die Bekämpfung der abnehmenden Haltung der Konservativen in der Frage der Erbschaftsteuer. Der Reichskanzler hat vielmehr nie Zweifel darüber gelassen, daß er das Aufkommen von 400 Millionen Mark aus indirekten Steuern als eine ebenso notwendige Basis für die Reichsfinanzreform betrachte wie die angemessene Besteuerung des Vermögens.

\* Eine englische Entstellung. Die „Times“ haben ein Wiener Telegramm veröffentlicht, in dem behauptet wird, daß in den Bestimmungen bezüglich des Besuchs Kaiser Wilhelms in Wien ein plötzlicher Wechsel eingetreten sei, der seiner Grund in der angeblichen Besorgnis des deutschen Kaisers hätte, daß der ruhige Empfang, der ursprünglich geplant gewesen sei, die Wichtigkeit des Dienstes, den Deutschland während der Balkankrise Österreich-Ungarn erwies, nicht genügend zum Ausdruck gebracht haben würde. Die „Politische Korrespondenz“ wird von zuständiger Seite ermächtigt, zu erklären, daß diese offenkundig tendenziöse Nachricht eine krasse Entstellung der wirklichen Vorgänge ist, da gerade Kaiser Wilhelm nach der an ihn seitens des Kaisers ergangenen Einladung zu einem Besuch Schönbrunn als Ort der Begegnung in Aussicht genommen hat und erst infolge des ausbrüchlichen Wunsches des Kaisers Franz Joseph die Reichs-, Haupt- und Residenzstadt zum Schauplatz einer Zusammenkunft der beiden Monarchen gewählt worden ist.

\* Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat dem Kaiserlichen Botschafter am 30. April amtlich mitgeteilt, daß sie durch das noch in Beratung begriffene neue Zolltarifgesetz genötigt sein werde, das auf Grund des amerikanischen Tarifgesetzes vom 24. Juli 1847 abgeschlossene Handelsabkommen außer Wirksamkeit zu setzen. Demgemäß beabsichtige sie, das deutsch-amerikanische Handelsabkommen vom 22. April/2. Mai 1907 zu kündigen. Die formelle Kündigung wird voraussichtlich erst nach dem Zustandekommen des neuen Zolltarifgesetzes erfolgen.

\* Der neue Ehrenbürger Münchens. Das Gemeindefolkollegium in München ist dem Beschluß des Magistrats, dem Grafen Zeppelin das Ehrenbürgerrecht der Stadt München zu verleihen, einstimmig beigetreten.

\* Prinz Kuni von Japan, der morgen nach Eijien abreißt, kehrt wahrscheinlich am Ende des Monats mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Washimolo noch einmal nach Berlin zurück. Der japanische Botschafter und der Marincattache begleiten den Prinzen Kuni auf seiner Reise nach Eijien.

\* Die mitteldeutsche Wirtschaftskonferenz, die am 17. Mai in Berlin stattfindet, wird auch über den internationalen Postüberweisungsverkehr und über die Organisation des industriellen Kredites verhandelt.

\* Die Ermordung zweier deutscher Forschungsreisender in China. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking gehören die Mörder der beiden deutschen Reisenden Brunhuber und Schmitz zu den Tsojos, einem halb unabhängigen Grenzstamme im Wefong-tale. Die beiden Deutschen sollen zwei Tagereisen von der Stadt Weihsie ermordet worden sein. — Wie die „Cölnische Zeitung“ meldet, ist die Nachricht von der Ermordung der deutschen Forschungsreisenden Dr. Brunhuber und Schmitz durch Missionare aus dem Innern des Landes gebracht worden. Die Tat soll am

Rauchwerk vervollständigt — wurde zum Besten der guten Sache fleißig Kaffee getrunken und Kuchen gegessen, und im Sektlokal ganze Ströme von Champus vertilgt. Die Taschen der das „Geschäft“ leitenden Damen, meist hervorragende Mitglieder des Königl. Theaters, schwellen und mühten des öfteren entleert werden. Der Kassierer hatte alle Hände voll zu tun, um den Segen zu zählen und zu buchen, und es ist zu hoffen, daß die Vertreter der Pensionskasse in München nächster Tage auch ein recht fröhliches Gesicht machen. Sie begrüßten die so wohlgelungene Veranstaltung mit folgendem Telegramm:

Die heute in des Rheingaus Städtlerle Ein edles Werk zu fördern und bereich: Den Künstlern, Vätern, den Kollegen allen Sei Herzengruß und Herzendank geweiht. \*\*

Der von Herrn Direktor Dr. Rauch vorgelegte Protokoll hatte folgenden Wortlaut:

Altväterlich Behagen,  
Wie liegt zurück es weit!  
Es raft in Weltenschnelle  
Das Flügelrad der Zeit.  
Jedweber Tag bringt Neues,  
Lebendig tritt in Kraft,  
Was gestern noch geschlummert  
In des Gedankens Gast.

Es spinnen blanke Schienen  
Sich rings von Ort zu Ort,  
Der Blitz, er ward zum Voten  
Und meldet Wort um Wort.  
Schon steuert heute sicher  
Im blauen Himmelsraum  
Das Menschlein, dem noch gestern  
Der Flugwunsch nur ein Traum.

Zur Tat, zum Tatgenieken,  
Dring's aus den Tiefen auf.  
Zurück mag seiner bleiben  
Im Menschheitsriegelstau.  
Ein freudig Vorwärtshafen,  
Zauf, Herz und Nerv gespannt,  
Wer seiner Zeit nicht dienet  
Wird siegreich überrannt

Und sieh, voran im Streiten,  
Im schlichten Bürgerkleid,  
Ein Ritter, ein Verkünder,  
Ein Herold seiner Zeit,  
Tritt her der Mann der Feder  
Und folgt des Zeitgeists Spur,  
Der treueste Begleiter  
Der siegenden Kultur.

Er lehrt die Welt uns kennen  
Bis an den fernsten Strand,  
Er läßt im Geist uns wandern  
Durch jedes Erdenland.  
Er weitet unsre Blicke  
Getreulich Tag um Tag,  
Zeigt uns der Menschheit Freude,  
Zeigt uns des Bruders Plag.

Es müssen Wälder fallen  
Für sein gedrucktes Wort,  
Maschinen müssen lausen  
Ringsher in Stadt und Ort.  
Sein Reich ist Großmacht worden  
An Einfluß, stark und hehr,  
Er aber dient und wandert  
Als treuer Rucht einher.

Es sammelt seine Schätze  
Sein Müh'n, sein Geist und Biß;  
Reist bleib die schlichte Feder  
Sein einziger Besitz.  
Ein armer Sämann, schreiet  
Er rastlos durch die Welt,  
Doch für des Alters Plage  
Reist ihm kein Früchtfeld.

So baute er, von Sorgen  
So mannigfach umdroht,  
Sich einen Rettungshafen  
Wohl gegen Sturm und Not  
Und mag: sich selbst zu helfen,  
Auch seine Lofung sein,  
Wimmnen, wer zum Tauen  
Ihm darreicht einen Stein!

Ja, der sich selbst will helfen,  
Dem gibt die Bruderhand.  
So wollen wir es halten  
Allzeit im deutschen Land.  
Das ist die echte Treue,  
Die mächtig sich bewährt,  
So ich Weimandersehen  
Erlegt das beste Schwert.

Und so seid denn willkommen  
Mit frohem Dank und Gruß,  
Die ihr zum Wohljahrsfest  
Hierher gesent den Fuß.  
Und jeder mag sich sagen,  
Der diesem Fest genah:  
Hier bligt sich in der Freude  
Die soziale Tat!

Sch. v. B.

oberen Laufe des Salven begangen worden sein. Wie es heißt, soll der Stamm Lütje oder Lotje die Tat vollbracht haben, der in der Gasse zwischen Tibet, Birma und China liegt, zu den Zimmern im chinesischen Grenzgebiet gehört, die der chinesischen Oberhoheit nur dem Namen nach unterworfen sind.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags beschloß, in die Klasse 21 einzureihen: Kanzleisekretäre bei den obersten Reichsbehörden, Konstruktionszeichner bei der Marine und Bauzeichner beim Reichspostamt. Die Gehaltsfrage wurden bei den ersten drei Stufen belassen, bei den weiteren Stufen wurden sie herabgesetzt. Das Höchstgehalt wird auf 3800 M. fixiert. Die Klassen 26 bis 31 Jiffer 4 und Klasse 27 wurden zu einer Klasse 23 zusammengefaßt mit Gehaltsätzen von 2000 M. und Höchstgehalt von 4000 M. In diese Klasse kommen Post- und Telegraphensekretäre, Verwalter bei den Posten, Bahnhofsvorsteher, Gütervorsteher, Posten- und Bahnmeister und erste Werkmeister bei den Reichsbahnen. Die Klasse 28 wurde umgewandelt in Klasse 21 mit folgenden Gehaltsätzen: Intendantenstellen 3000 bis 4200 M. Die Zulage von 150 M. fällt fort.

Die Subkommission der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat gestern die aus dem Herrenhause zurückgekommenen Gesetzesentwürfe beraten. Die Befolgsordnung wurde in der Fassung des Herrenhauses angenommen mit der Ausnahme, daß die Befolgsordnung über die Lehrer bei Zulassungsverordnungen der Kommission, die sich mit der Lehrerbefolgsfrage befaßt, vorbehalten bleiben soll. Auch die Steuergehalte, das Mantelgesetz und die Wohnungsgeldzuschuß-Vorlage wurden in der Herrenhausfassung angenommen mit der Ausnahme jedoch, daß der Wohnungsgeldzuschuß vom 1. April 1908 ab zur Auszahlung kommen soll. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

III. Stelbische Lehrerwohnungsverhältnisse. Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer letzten Sitzung eine Reihe von Petitionen von Oberlehrern und Volksschullehrern um anderweitige Festsetzung ihres Dienstalters, bezw. ihrer Pension durch Übergang zur Tagesordnung. Die Petition eines seminaristisch gebildeten Lehrers an der Realschule in Mittelschule i. Pr., der sich gegen eine Verlegung an eine Mittelschule wendet, wurde vertagt. Eine längere Debatte entspann sich über die Petition eines Lehrers aus dem Bezirk Posen, der sich über seine gänzlich unzulängliche Wohnung beklagt. Es wurde festgestellt, daß die Wohnung nicht nur räumlich für eine Familie gänzlich unzulänglich, sondern daß sie auch fast unbewohnbar sei. Dem Lehrer und seiner Familie seien im vorliegenden Winter die Füsse erfroren. Trotzdem habe die Regierung den betreffenden Lehrer über 1 1/2 Jahr in dieser völlig unzulänglichen Wohnung sitzen lassen. Die Petition wurde einstimmig der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Ausland.

Italien.

Eine neue Enzyklika des Papstes.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine neue Enzyklika des Papstes, die der Jahrbuchfeier des heiligen Anselm, des Primas von England, gilt. In dieser Enzyklika erinnert der Papst an die Grundgedanken seines Priestertums, bei der Tagung des Eucharistischen Kongresses in England und bei der Feier des 50jährigen Jubiläums der Jungfrau von Lourdes. Diese Grundgedanken, sagt er, hätten sein Herz über die Bitternisse getrübt, die ihm die Feinde der Kirche bereiteten. Der Papst beklagt dann ausführlich den heftigen Kampf, der in heutiger Zeit gegen die Kirche und namentlich gerade in katholischen Ländern geführt werde. Schließlich greift er in X. aufs Neue die Gelegenheit, um auch in dieser Enzyklika sich gegen die Modernisten zu wenden, die er als den inneren Feind der Kirche bezeichnet. Er ermahnt die Bischöfe, gegen alle Übel mit ganzer Kraft anzukämpfen und sich einig um das Papsttum zusammenzuziehen.

Der Minister des Äußern Tittoni empfing gestern nachmittag in Rom den neuen deutschen Botschafter v. Jagow.

Aus Kunst und Leben.

\* Ludwig J. J. Abend. Dem Ludwig J. J. Abend heute auch nicht mehr „der berühmte Dichter“ ist, der er in den Tagen des „Lalisan“ war, so ist er soweit noch immer der Liebling gewisser breiterer Publikumsschichten, daß er gestern dem kleinen Rathhaussaal, in dem er (7. Abend des „J. J.“) am Vespert erstrahlte, die Physiognomie eines gutbedachten Abends geben konnte. J. J. las erst eine dramatische Skizze „Nur ein Traum ist Glück“, dann Gedichte, schließlich eine Humoreske „J. J.“ — alles charakterisiert durch dieselbe Mischung glatter, manchmal sogar eleganter Technik, witziger, manchmal sogar geistreicher Einfälle, und an der Oberfläche zufrieden spielender, manchmal sogar direkt banaler Psychologie. J. J. hatte vor seinen Vorgängern im J. J. ein etwas anderes: er liest mit präzisier sauberer Technik, die ihn in jedem Moment jedem Hörer verständlich sein ließ. Für diese Mäßigkeit leit des Genusses dankte das Auditorium natürlich mit doppeltem Beifall. J. K.

= Konzert. Im Saal der „Loge Plato“ gab am Mittwoch Herr Emil Polin einen Lieber-Abend und brachte lediglich vollständige Gesänge zur Laute — ein Instrument, das er recht geschickt behandelte — zu Gehör. Es ist erst kürzlich an dieser Stelle auf das unverkennbare Gesangstalent des Herrn Polin hingewiesen worden; sein Organ erstreckt uns nur für dies leichtgefugte Genre zu wenig elastisch und anshulig; die kleinen Effekte und Effekten im Vortrag wurden allzu absichtlich betont und hervorgehoben. Wie dergleichen sich ohne alle stümliche Präzision mit Humor und lecher Lebendigkeit und doch mit künstlerischer Formelnhaftigkeit behandeln läßt, dafür ist etwa die berühmte Elsa Laura v. Wolzogen ein Musterbeispiel! Unter dem von Herrn Polin gesungenen Liedern

Rußland.

Ein Besuch des Königs Ferdinand in Petersburg steht für die zweite Hälfte des Mai bevor. Den kaiserlichen Anlaß bildet die Enthüllung des Denkmals Kaiser Alexanders III. vor dem Nikolausbahnhof. Der bulgarische König wird dem Zaren seinen Dank ausdrücken, daß Rußland als erste Macht die Unabhängigkeit seines Landes und die neue Königswürde anerkannt hat.

Ministerpräsident Stolypin ließ nach seiner Rückkehr aus Zarskoje Selo verkünden, der Zar sei ihm gegenüber sehr gnädig gewesen, so daß sein Rücktritt kaum zu erwarten sei.

Frankreich.

Vor dem neuen Streit der Pariser Telegraphenbeamten.

Eine Abordnung der Postbeamten unter Führung des Sekretärs des Syndikats der Telegraphenarbeiter Pauron begab sich gestern in das Ministerium des Innern, traf aber Clemenceau, der leidend ist, nicht an. Die Delegation wurde nicht empfangen.

In einer gestern abgehaltenen geheimen Versammlung beschloßen die Post- und Telegraphenbeamten, ihre Beteiligung in ein Syndikat umzuwandeln.

Die Eisenbahnpolizisten sind im Prinzip für einen neuen Generalfreik der Postbeamten.

Im ganzen sind zurzeit 70 Postbeamte in Disziplinaruntersuchung. Gerade diese Woche des Konfliktes läßt eine schnelle Entscheidung voraussehen. Es wird darauf ankommen, auf welcher Seite die besten Vorkehrungen getroffen sind. Vorläufig spricht alles dafür, daß die Regierung sich diesmal eine bessere Unterstützung gesichert hat als ihre Gegner. Die Bewegung gewinnt in der Provinz an Ausdehnung. Überall halten die Postbeamten Versammlungen ab und erklären sich mit ihren Pariser Kollegen solidarisch.

Der 6. nationale Friedenskongress findet in Reims am 31. Mai und am 1. und 2. Juni unter dem Vorsitz des früheren Kabinettschefs Leon Bourgeois statt, der demnächst erster Delegierter Frankreichs bei der Haager Friedenskonferenz gewesen ist.

Das Erträgnis der indirekten Steuern ergibt für den Monat April ein Mehr von 7043000 Frank gegen den Voranschlag und ein Mehr von 9351300 Frank im Vergleich zu dem Erträgnis im April 1908.

England.

Da die Regierung bisher keine definitive Zusage gemacht hat, daß die vier Eventualdrafts noch in diesem Jahre auf Kiel gelegt werden sollen, so wird nunmehr, wie die „Times“ verrät, die unkonventionelle Kampagne gegen die Regierung wegen Vernachlässigung der Sicherheit des Landes beginnen. Es soll eine Reihe von Meetings in allen Städten Großbritanniens abgehalten werden.

Der Liberale Bottomley wies im Unterhaus darauf hin, daß drei serbische Offiziere, die er namentlich bezeichnete und die an dem Attentat beteiligt gewesen seien, jetzt Adjutanten König Peters seien; er richtete an den Minister des Äußern die Anfrage, ob im Hinblick auf das Abkommen, das seinerzeit zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Serbien geführt hätte, Vorsorge getroffen sei, daß der englische Gesandte in Belgrad in seiner dienstlichen Eigenschaft nicht mit diesen Leuten in persönliche Berührung zu kommen brauche. Sir Edward Grey erwiderte, daß ihm mit Bezug auf die genannten Offiziere nichts bekannt sei und daß die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Serbien ihr Gutes gehabt habe; er schloß deshalb vor, nicht unnötigerweise von neuem diese Frage in Erörterung zu bringen.

Portugal.

Krisenstimmung.

Es trifft, das ist die Empfindung jedes unbefangenen Beobachters portugiesischer Zustände. Und das das Parlament arbeitsunfähig ist, das seine Sitzungen oft so lärmend werden, daß ihre Suspension unumgänglich nötig ist — dies ist lediglich eine Erscheinungsform des Übels. Seine Gründe liegen tiefer. Dämmert große Publikum, so weit es seine Meinung äußert. Kümmert sich allerdings herzlich wenig um diese Ohnmacht des Parlaments, nur die Kaufleute und Industriellen, welche direkt darunter zu leiden

gestiegen besonders die deutschen und schwedischen, für die der Sängers seine ganze musikalische Gewandtheit einsetzte. Das Publikum ließ es an aufmunterndem Beifall nicht fehlen.

\* Aus Mannheim wird uns geschrieben: Am 5. Mai fand im Mannheimer Hof- und Nationaltheater die Aufführung der einaktigen komischen Oper „Robins Ende“ von Maximilian Paris, Musik von Eduard Künnele statt. Paris, der bekannte Bühnensachmann und Oberregisseur der Komischen Oper in Berlin, hat das Libretto äußerst geschickt und bühnenwirksam gearbeitet. Die Handlung spielt in England unter der Regierung Karls II. und hat ein galantes Abenteuer des Herrschers zum Gegenstand. Die seine Charakteristik der handelnden Personen, der lebensvolle Humor und der flotte Zug des Gesanges sind höchst schätzbare Vorzüge, die der Dichtung auf der Szene zu nachdrücklicher Wirkung verhelfen. Die Musik kümmertes ist von ansprechender Erfindung und melodischem Reiz. Sehr effektiv ist stellenweise auch die Instrumentation. Das Werk hatte guten Erfolg; Textdichter und Komponist wurden wiederholt gerufen.

\* In memoriam Petrosino. Die größte Wachs-kerze der Erde mit einer Brenndauer von angeblich vier Jahren und sieben Monaten ist, wie wir in der „Berliner Vörsenzeitung“ lesen, der Witwe des in Italien ermordeten amerikanischen Sechselfabrikanten Petrosino von einem New Yorker Wachslichtfabrikanten in dessen Hause Petrosino vor Jahren wachte, zum Geschenk gemacht worden. Die Kerze, die neun Fuß hoch ist, einen Umfang von drei Fuß sechs Zoll hat und 178 Pfund wiegt ist aus österreichischem Wachsen und einer äußerst langsam brennenden Substanz hergestellt. Die Kerze sollte in der New Yorker Kathedrale in der Wallstraße, in der die Leichenfeier für Petrosino stattfand, aufgestellt werden und in Ehrung seines Andenkens Tag und Nacht brennen. Aber die Feinde Petrosinos, deren Haß gegen ihn durch seinen

haben, raffen sich zu Protesten auf. Augen werden diese kaum etwas, denn die offizielle Politik des Landes wird eben ganz von persönlichen Eifersüchtigkeiten der Parteiführer beherrscht, und es wird darin sobald keine Änderung eintreten. Es sei denn, daß die Republikaner, die in der letzten Zeit recht stille waren, sich wieder energischer äußern.

Spanien.

Im Laufe des gestrigen Ministerrates machte Ministerpräsident Maura die Mitteilung, daß der König infolge der von der Opposition gegen den Gesegentwurf, betreffend den Schiffsverkehr in spanischen Häfen, geübten Obstruktion, infolge deren sich die Kammer schon mehrere Monate mit dem Gesegentwurf beschäftigt, sich genötigt sehe, von heute ab die Kammer in Permanenz zu erklären.

Verenigte Staaten.

Roosevelt als Flottenpropagandist.

Roosevelt erklärt in einem Artikel in der Zeitschrift „Outlook“, Amerika sei verpflichtet, abzuwarten, ob Japan mit Erfolg die Auswanderung von Arbeitern nach Amerika verhindere. Falls kein Erfolg zu verzeichnen sei, müsse sich Amerika durch gesetzgeberische Maßnahmen schützen. Amerika sei jedoch machtlos, seine Rechte geltend zu machen, außer wenn es fortfährt, seine Flotte auszubauen. Die wohlmeinenden, aber unvollständigen Friedensapostel, welche den Ausbau der Flotte zu verhindern suchten, mißverständen die Stimmung ihrer Landsleute. Amerika würde kämpfen, ob gerüstet oder nicht. Die Friedensapostel könnten nur verhindern, daß Amerika siegreich sei.

Luftschiffe und Aeroplane.

Hd. Berlin, 6. Mai. Das Reichsmilitärluftschiff „Groß 1“ wird in den nächsten Tagen nach seinem neuen Bestimmungsort Mes übergeführt werden, wo zurzeit die letzten Arbeiten zur Instandsetzung des Luftschiffhafens ihrer Vollendung entgegenstehen.

Hd. Paris, 7. Mai. Die bekannte französische Automobil-Gesellschaft Clement hat der Astra-Gesellschaft den Bau von zwei großen Luftschiffen zur Verfügung gegeben.

Hd. Rom, 7. Mai. Der Absturz des Leutnants Calderara mit dem Wrightschen Flugapparat erfolgte infolge einer plötzlichen Unablässigkeit des Aeroplanen, wodurch er die Gewalt über die Maschine verlor. Andererseits wird behauptet, die Liniensteuerung sei gebrochen. Der Zustand des Verletzten bessert sich.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 7. Mai.

Veröffentlichungen des Vereins für nassauische Altertums-kunde und Geschichtsforschung im Jahre 1908/09.

Wie alljährlich ist auch in diesem Jahre ein Annalesband — es ist der 28. — erschienen, der 7 Abhandlungen zur Geschichte unseres nassauischen Landes enthält. Interessante Beiträge zur Kirchen- und Schulgeschichte des Dorfes Falkenstein i. L. bringt die erste Abhandlung von August Korf, die ihren Gegenstand objektiv und zugleich erschöpfend behandelt. Die zweite Arbeit stammt aus dem Nachlaß des 1898 verstorbenen Amtsgerichtsrat Düssel. Das von diesem hinterlassene Material über die Wappen von der Kernerburg und die Herren von Reichenstein ist sorgsam und geschickt bearbeitet von Dr. Rob. Schulte, Archivassistenten in Magdeburg. Prof. Hildebrand in Hadamar hat einen weiteren Beitrag zur Geschichte der Herren von Limburg beigetragen. Über das Schaulwese in der Stadt Limburg handelt der 4. Aufsatz von der Feder des Oberlehrers Dr. Heben in Limburg. Dr. Rüdigers Arbeit hat die Société patriotique de Hesse-Hombourg und ihren Begründer Hyacinthe Paradis zum Gegenstand. Die zwar schon in Kellers „Drangale des nassauischen Volkes in den Zeiten des 30jährigen Krieges“ erwarteten, aber abgesehen von ganz kurzen Auszügen noch nirgends selbständig

veröffentlichten Tod keineswegs gemildert worden ist, drohten sofort, die Kirche mit Dynamit in die Luft zu sprengen, falls die Kerze dort untergebracht würde. Die Witwe hat deshalb beschloßen, die Kerze, deren Herstellung 4500 Dollar gekostet haben soll, nach dem Geburtsort Petrosinos in Italien zu senden und dort in einer Kapelle brennen zu lassen.

Theater und Literatur.

Die Leipziger Illustrierte Zeitung (Verlag J. J. Weber) feiert am 8. d. das Jubiläum ihres 75jährigen Bestehens.

Bildende Kunst und Musik.

Gheimrat v. Tschudi wird seine Stellung in München am 1. September antreten. Seine Berufung soll insbesondere auf den Wunsch des Prinzregenten erfolgt sein.

In Meuseux bei Paris, der Wohnstätte Rodins, wird, wie der „J. J.“ aus Paris geschrieben wird, ein großes Rodin-Museum errichtet, das viele Hauptwerke des Meisters aufnehmen soll. Einweilen steht schon eine Fassade vollständig da, die den griechischen Tempelstil des Baues erkennen läßt. Das Museum befindet sich dicht neben der Villa Rodins, die im Laufe der Zeit der Mittelpunkt vieler Kunstwerkstätten geworden ist. Es haben sich nämlich dort viele Künstler ihre Ateliers eingerichtet.

Der Antiquitäten-Kunstler J. J. J. hat die kaiserliche Bibliothek in Petersburg für 13000 Rubel ein äußerst seltenes Exemplar eines Evangeliums angekauft, das auf Stücken purpurfarbenen Seidenstoffes mit silbernen Buchstaben in griechischer Sprache geschrieben ist. Nach Schätzung von Gelehrten ist die Handschrift im 7. Jahrhundert geschrieben worden. Gefunden wurde sie in Kleinasien. Das kostbare Werk wird in einer Auflage von 100 Exemplaren (zum Preise von je 500 Rubel) publiziert werden.

herausgegebenen Aufzeichnungen des Pfarrers **Plebans** von **Wiehlen** aus den Jahren 1636/37 teilt Prof. Dr. **Heymach** mit. Der letzte Aufsatz von Prof. Dr. **Biedler** bringt ergänzende Beiträge zur Biographie des hochverdienten nassauischen Geschichtsforschers **Christian Daniel Vogel**. Beigefügt ist dieser Arbeit eine dankenswerte bibliographische Zusammenstellung über **Vogels** Schriften von **G. Müller**. Außer diesen historischen Abhandlungen enthält der Band noch den mit zahlreichen vorzüglichen Abbildungen geschmückten Jahresbericht der **Bezirkskommission** zur Erforschung und Erhaltung der **Denkmäler** innerhalb des Regierungsbezirks **Wiesbaden** für das Jahr 1907. Die „**Mitteilungen**“ des Vereins bringen in 4 zu Anfang eines jeden Vierteljahrs erscheinenden, reich illustrierten Hefen kleinere Aufsätze zur **nassauischen Geschichte, Volks- und Heimatkunde**. Aus dem reichen Inhalt seien erwähnt die Aufsätze Prof. Dr. **Ritterlings** über **bronzezeitliche Gräber** und **Ansiedlungen** der jüngeren **Steinzeit** in der Umgegend **Wiesbadens**, **Chr. L. Thomas** Aufsätze über die **Taunus-Ringwälle** im allgemeinen und über die **Reintmauer** bei **Reichenbach** sowie über ein **Überstück vom Altkönig-Ringwall**. Die **nassauische Ortsgeschichte** wird gefördert in den Arbeiten Prof. Dr. **Bodewigs** über die **Wenzelskapelle** bei **Oberlahausen**, **Hauptlehrer Seiberts** über **Uisinger** Nachrichten aus dem 16. Jahrhundert, **Baugewerkschullehrer Prof. Reuters** über den **Schloß- oder sogenannten Herenturm zu Felslein**, **Dr. Waths** über das **Wadewesen** **Wiesbadens** im 13. Jahrhundert, **Kaufmann Alfred Herbers** über einige **bemerkenswerte Häuser** und das **Grabdenkmal Joh. Gottfrieds von Verlichungen** in **Langenschwalbach**, **Gymnasialdirektor Dr. Thamm** über **Mitteilungen** aus dem **alten Ratssbuch** der **Stadt Montabaur**. **Biographischer Natur** sind die Aufsätze des **Archivars Dr. Schaus** über den **hl. Lubentius**, **Oberlehrer Dr. Werler** und **Hofrats Dr. Spielmann** über die **Beziehungen** des **Freiherrn vom Stein** zu **Nassau**; **großes kulturgeschichtliches Interesse** bieten die Aufsätze des **Archivars Dr. Domarus** über die **Schicksale eines Schnorrers**, ein **Beitrag zur Geschichte der Kurmainzischen Kriminaljurisdiktion** in den 15 heftigen **Dörfern** im **Einrich**, und **Dr. Mideis** Nachrichten über einen **ungewöhnlichen Wasserstand** des **Rheins** im 15. Jahrhundert. Die **nassauische Volkskunde** wird berücksichtigt in den Aufsätzen Prof. Dr. **Biedlers** über die **vollständliche Forschung** in **Nassau** und **A. Geklers** über **Hausinschriften** aus **Dörfern** des **Amtes Herborn**. Außerdem enthalten die „**Mitteilungen**“ eine **Fülle kleinerer Mitteilungen** sowie **Bücheranzeigen** und **Nachrichten**, die für das vom Verein gepflegte **Interessengebiet** von **Wichtigkeit** sind. — (Den **Mitgliedern** geben die **Veröffentlichungen** alsbald nach **Erscheinen** zu. Der **Jahresbeitrag** beträgt **5 M.** **Anmeldungen** zum **Beitritt** wolle man **richten** an den **Nassauischen Altertumsverein** **Wiesbaden**, **Friedrichstraße 1**.)

— **Zum Kaiserbesuch.** Unsere Mitteilung, daß der **Kaiser** und der **Kaiserin** erst am **Montag**, den **17. Mai**, hier **eintreffen**, bestätigt sich. Der **Kaiser** ist bei seinem **hiesigen Aufenthalt** von folgenden **Herren** begleitet: **Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg**, **Generaladjutant v. Plessen**, den **Flügeladjutanten** **Oberst v. Lauenstein** und **Major Freiherr v. Holzing**, den **beiden Kabinettschefs**, **Scheinrat v. Valentini** und **Generalleutnant Freiherr v. Lynker**, **Oberstallmeister Freiherr v. Reischach**, **Vertreter des kaiserlichen Amtes** **Freiherr v. Jenich** und **Leibarzt Dr. Niedner**. **Im Gefolge** der **Kaiserin** befinden sich **Hofstaatsdame Fräulein v. Gersdorff**, **Ehrendame Fräulein v. Beltheim** und **Kabinettsrat, Kammerherr v. Behr-Pinnow**. Das **Kaiserpaa** wird **morgen Samstag** **Storfa** auf der **„Hohenzollern“** verlassen, am **10.** in **Malta** und am **12.** in **Brindisi** eintreffen, wo eine **Zusammenkunft** mit dem **König** und der **Königin** von **Italien** stattfinden soll. Am **13.** wird von **Vola** aus die **Heimreise** mit der **Bahn** fortgesetzt. Am **14.** trifft das **Kaiserpaa** in **Wien** ein und verweilt daselbst bis zum **15.** nachmittags. Die **weitere Reise** geht über **München** nach **Karlsruhe**, wo das **Kaiserpaa** am **16.** vormittags zum **Besuche** des **Großherzogspaares** und der **Großherzogin Luise** **verweilen** wird. Die **Ankunft** in **Wiesbaden** erfolgt am **Montag**, den **17. Mai**, **mittags 1 Uhr 35 Min.** Die **Abreise** von hier nach **Rotterdam** ist für **Samstag**, den **22. Mai**, **abends 1/2 10 Uhr**, in **Aussicht** genommen.

— **Angelaufene Gäste.** Es sind hier **eingetroffen:** **Schriftsteller** **Freiherr Graf v. Wollzogen** und **Frau aus Darmstadt** im **„Taunus-Hotel“**; **Königl. Sächsischer Kammerherr Graf v. Einsiedel** aus **Müncheberg** in der **„Villa Speranza“**.

— **Personal-Nachrichten.** Die **Annahme** des ihm **verliehenen Ritterkreuzes** mit der **Krone** des **Großherzoglich Nassauischen Greifenordens** ist dem **Hauptmann z. B. v. Borde**, **Bezirksoffizier** beim **Landwehrbezirk** **Wiesbaden**, **gestattet** worden.

— **Verein der Künstler und Kunstfreunde.** Der **Verein der Künstler und Kunstfreunde** hielt am **5. Mai** unter dem **Vorsitz** des **Herrn Justizrats Dr. Fleischer** seine **jährliche Generalversammlung** ab. Der **Jahresbericht**, den der **Schriftführer** **Stadtkämmerer Dr. Scholz** zum **Vortrag** brachte, zeigte, daß der **Verein** sich auch im **abgelaufenen Jahre** auf der **alten Höhe** gehalten und mit **seiner** **Beranstaltungen** **reiche Zustimmung** seitens des **Publikums** wie der **Kritik** gefunden hat. Auch der von dem **Kassenführer** **Banquier Liebmann** erstattete **Kassenbericht** ergab ein **erfreuliches Bild**, da das **Vereinsvermögen** sich **trotz** der **erhöhten finanziellen Ansprüche** **nicht vermindert** hat. Die **Wahl** des **Vorstandes** ergab **Wiederwahl** der **bisherigen Mitglieder** und **Zuwahl** des **Herrn Verlagsbuchhändlers** **Gedts**. Die **Vereinsleitung** wird auch im **künftigen Jahre** in den **bewährten Händen** der **Herrn Justizrat Dr. Fleischer** als **Vereinsdirektor**, **Amisgerichtsrat Hartmuth** als **Stellvertreter** und **Professor Mannstacht** als **artistischer Leiter** ruhen. Die **sehr angeregte** **Aussprache**

in der **Versammlung** ergab **insbesondere** den **Wunsch**, daß **gegen** diejenigen **Mitglieder**, die **ohne rechtzeitige Anmeldung** die **Zahlung** des **Beitrags** **weigern**, **künftighin** auf **Grund** der **Statuten** **energisch** **vorgegangen** werden **möge**. Dieser **Wunsch** war **dadurch** **veranlaßt**, daß **im** **letzten Jahre** eine **Anzahl** von **Mitgliedern**, **ohne** sich **rechtzeitig**, **d. h.** **bis** zum **31. Mai**, **abgemeldet** zu **haben**, die **Annahme** der **Mitgliedskarte** und die **Zahlung** des **Beitrags** **entgegen** den **Statuten** **verweigerte**. Da der **Verein** in **finanzieller** **Beziehung** **wesentlich** **auf** die **Beiträge** **seiner** **Mitglieder** **angewiesen** ist, **andererseits** **aber** die **Verpflichtungen** der **Künstler** für den **kommenden Winter** **größtenteils** **schon** im **Frühjahr** **oder** **wenigstens** im **Sommer** **getätigt** werden **müssen**, **bedeutet** ein **solches** **statutenwidriges** **Vorgehen** der **Mitglieder** **unter** **Umständen** für den **Verein** eine **Schwierigkeit** **insofern**, **als** **den** **durch** die **Engagements** **erwachsenden** **Ausgaben** **geringere** **Einnahmen** **an** **Mitgliederbeiträgen** **gegenübersehen**, **als** **dies** **vorgeesehen** **werden** **konnte**. Es **steht** **zu** **hoffen**, daß **ein** **Stimweis** **an** die **Mitglieder** **genügt**, **um** **in** **Zukunft** **derartige** **Vorkommnisse** **vermieden** zu **sehen**.

— **Ein Wiesbadener Bürgermeister von Saarbrücken.** Wie **uns** **gemeldet** **wird**, hat die **gestern** **zum** **erstenmal** **zusammgetretene** **Stadtverordneten-Versammlung** der **vereinigten Städte** **St. Johann-Saarbrücken** **Wangold** zum **ersten** **Bürgermeister** **gewählt**. — Der **neue** **Bürgermeister** **von Saarbrücken** **ist** **im** **Jahre** **1867** **in** **Wiesbaden** **geboren** **als** **Sohn** **des** **Buchhalters** **bei** **der** **königlichen Eisenbahn-Direktion** **hier** **selbst** **und** **nachmaligen** **Verkehrs-Kontrolleurs** **Wangold**. Er **ist** **Jurist** **und** **war** **Gerichts-Assessor** **hier** **selbst**, **als** **er** **1895** **zum** **Beigeordneten** **gewählt** **wurde**, **als** **welchem** **ihm** **während** **seiner** **14jährigen** **Tätigkeit** **in** **unserem** **Magistrat** **die** **Leitung** **der** **Armenverwaltung**, **bezw.** **des** **Versicherungs- und** **Innungswesens** **übertragen** **war**. **Bürgermeister** **Wangold** **galt** **hier** **als** **tüchtige** **Arbeitskraft** **und** **daß** **dies** **auch** **in** **Düsseldorf**, **wohin** **er** **von** **Wiesbaden** **aus** **als** **2. Beigeordneter** **kam**, **der** **Fall**, **daß** **aus** **dem** **Anstande** **geschlossen** **werden**, **daß** **er** **alsbald** **zum** **1. Beigeordneten** **erwählt** **wurde**.

— **Herr Dr. Schilling**, **der** **frühere** **Bürgermeister** **von** **Dufum**, **der** **nicht** **zu** **wenigsten** **durch** **seine** **freimütige** **Broschüre** **und** **die** **sich** **daran** **knüpfenden** **Folgen** **bekannt** **wurde**, **hat** **hier** **eine** **mehrwöchige** **Kur** **gegen** **eine** **Stimmänderaffektion** **beendet**. **Wenn** **das** **Uebel** **dadurch** **als** **eine** **wesentliche** **Veränderung** **erfuhr**, **dürfte** **Herr** **Dr. Schilling**, **der** **jetzt** **Rechtsanwalt** **in** **Dortmund** **ist**, **und** **dem** **eine** **Rechtsgutachten** **angeboten** **wurde**, **durch** **sein** **Leiden** **doch** **noch** **eine** **Weile** **in** **seiner** **Praxis** **und** **in** **seiner** **politischen** **Tätigkeit** **behindert** **sein**.

— **Verein selbständiger Kaufleute.** Der **Vorstand** **hatte** **wegen** **Änderungen** **des** **Statuts** **der** **Gemeinsamen** **Ortskrankenkasse**, **insbesondere** **wegen** **der** **anderweitigen** **Berechnung** **des** **Durchschnittstagesverdienstes** **der** **Handlungsgehilfen** **(den** **Monat** **zu** **26**, **das** **Jahr** **zu** **300** **Arbeitstagen)** **an** **den** **Kassen Vorstand** **gewandt**, **weil** **er** **in** **dem** **neuen** **Modus** **eine** **ungerechtfertigte** **Belastung** **der** **Kaufmannschaft** **durch** **die** **erhöhten** **Beitragsleistungen** **erblickte**. Die **Änderung** **hat** **nämlich** **durchweg** **eine** **Verschiebung** **nach** **den** **höheren** **Beitragsklassen** **zur** **Folge**. **Nach** **dem** **jetzt** **eingegangenen** **Beiseide** **der** **Ortskrankenkasse** **entspricht** **die** **Änderung** **den** **Vorschriften** **der** **übrigen** **Verseicherungsgesetze**, **ferner** **den** **bei** **einer** **Reihe** **kaufmännischer** **Ortskrankenkassen** **(Berlin, Mannheim, Hamburg)** **bestehenden** **Einrichtungen**. Auch **die** **hiesige** **Aufsichtsbehörde** **vertritt** **die** **Auffassung**, **daß** **die** **Sonntage**, **wenn** **sie** **auch** **im** **kaufmännischen** **Betriebe** **noch** **allgemein** **als** **Arbeitstage** **in** **Betracht** **kommen**, **doch** **bei** **der** **Einreihung** **in** **die** **Lohnklassen** **außer** **Betracht** **bleiben** **müssen**. **Hierauf** **sieht** **der** **Vorstand** **einstimmig** **von** **weiterem** **ab**. **Auf** **Anfragen** **hat** **der** **Verein** **hinsichtlich** **der** **Verfahrenszeiten** **in** **der** **hiesigen** **Gewerbeausstellung** **gutachtlich** **dahin** **geäußert**, **daß** **eine** **Durchkredung** **der** **hier** **bestehenden** **Vorschriften** **zugunsten** **der** **Aussteller** **nicht** **zu** **besürworten** **sei**, **denn** **es** **sei** **unabweislich**, **daß** **sich** **einzelne** **Geschäftskreise** **in** **der** **inneren** **Stadt** **dadurch** **benachteiligt** **glaubten** **und** **sich** **dann** **ebenfalls** **Ausnahmen** **beanspruchten**. **Es** **sei** **daher** **besser**, **die** **bestehenden** **Vorschriften** **auch** **für** **die** **Ausstellung** **anzuwenden**. Die **Generalversammlung** **findet** **in** **der** **Woche** **nach** **Pfingsten** **statt**.

— **Der Graf im Armenrecht.** **In** **einer** **am** **Oberlandesgericht** **zu** **Darmstadt** **abwehenden** **Prozesssache** **wurde** **dem** **Grafen** **Reinhard** **August** **zu** **Leiningen-Westerburg-Altleiningen** **in** **Charlottenburg** **das** **Armenrecht** **zugelilligt**. **Der** **Graf** **klagt** **gegen** **den** **Inhaber** **der** **Ständeherrschaflichen** **Abenstadt** **im** **Großherzogtum** **Sachsen** **und** **Westerburg-Schadef** **in** **Nassau**, **den** **Grafen** **Friedrich** **zu** **Leiningen-Westerburg-Altleiningen**, **auf** **Erhöhung** **seiner** **Abenstadt**. **Graf** **Reinhard** **August** **ist** **ein** **Sohn** **des** **in** **Darmstadt** **verstorbenen** **L. F. Feldmarschall-Lieutenants** **Grafen** **Viktor** **zu** **Leiningen-Westerburg**. **Er** **war** **früher** **Offizier** **im** **1. Garde-Dräger-Regiment**, **hielt** **dann** **nach** **Österreich** **über**, **erst** **das** **Schloß** **Reyerling**, **das** **er** **an** **den** **Kronprinzen** **Rudolf** **verkaufte** — **hier** **schied** **lebenslang** **der** **Kronprinz** **aus** **dem** **Leben** — **kehrte** **später** **nach** **Deutschland** **zurück** **und**  **fand** **Verständigung** **am** **Statistischen** **Amt** **in** **Berlin**. **Des** **Klägers** **Vertreter** **ist** **Justizrat** **Sello** **Berlin**.

— **Die Vereinigung inaktiver Offiziere** **feierte** **den** **Geburtstag** **des** **Kronprinzen** **durch** **ein** **Festessen** **im** **„Hotel St. Petersburg“**.

— **Von** **der** **Academie** **Frankfurt a. M.** **Am** **6. Mai**  **fand** **in** **der** **Kula** **der** **Academie** **die** **erste** **Immatrikulation** **für** **das** **am** **27. April** **begonnene** **Sommersemester** **statt**. **Es** **wurden** **81** **Studierende** **neu** **angenommen**, **von** **denen** **32** **bereits** **akademische** **Vorbildung** **hatten**. **Die** **zweite** **Immatrikulation** **findet** **am** **Montag**, **den** **17. Mai**, **12 Uhr**, **in** **der** **Kula** **statt**. **Anmeldungen** **sind** **an** **die** **Quäsur** **zu** **richten**.

— **Der Spielautomat vor dem Reichsgericht.** **Wegen** **Glücksspiels** **hatte** **das** **hiesige** **Landgericht** **am** **10. Februar** **den** **Kaufmann** **Eduard** **B.** **hier** **selbst** **und**

einen **Mitangeklagten** **S.** **zu** **je** **3** **Tagen** **Gefängnis** **verurteilt**. **Die** **Angeklagten** **hatten** **eine** **Ausstellung** **von** **Spielautomaten** **veranstaltet**, **um** **dieselben** **an** **Wirte** **zu** **verkaufen**. **Da** **diese** **Apparate** **keine** **Geschicklichkeitsspiele** **sind**, **sondern** **der** **Erfolg** **vom** **Zufall** **abhängt**, **erfolgte** **die** **Verurteilung**. **Gegen** **das** **Urteil** **hatten** **die** **Angeklagten** **Revision** **eingelegt**, **welche** **aber** **das** **Reichsgericht** **als** **unbegründet** **angesehen** **hat** **und** **deshalb** **verwarf**.

— **Die Salomefigur**, **welche** **in** **der** **Nähe** **des** **Cafés** **der** **Ausstellung** **stand**, **ist** **infolge** **von** **Reklamationen** **von** **dort** **entfernt** **und** **in** **eine** **Nische** **bei** **der** **Kunsthalle** **gebracht** **worden**. **Zartbearbeitete** **Gemüser** **sollen** **an** **dem** **gänzlich** **unverhüllten** **Kunstwerk** **Anstoß** **genommen** **haben**.

— **Zum Selbstmord** **der** **Berlinerin**, **die** **sich** **in** **einem** **hiesigen** **Hotel** **aus** **dem** **Fenster** **stürzte** **und** **den** **Tod** **erlitt**, **ist** **nach** **zu** **melden**, **daß** **Frau** **B.** **seit** **langen** **Jahren** **hier** **Kurgast** **war**; **sie** **bewohnte** **in** **diesem** **Jahre** **mit** **ihrer** **Schwester** **und** **deren** **Söhnchen** **ein** **Zimmer** **in** **einem** **Hotel** **am** **Kranzplatz**. **Schon** **seit** **einiger** **Zeit** **machten** **sich** **bei** **der** **Unkluglichen** **deutliche** **Zeichen** **von** **Schwermut** **bemerkbar**, **weshalb** **sie** **unter** **ständiger** **Wachung** **und** **unaufrichtiger** **Kontrolle** **gehalten** **wurde**. **Am** **Dienstag** **nachmittags** **entfernte** **sich** **die** **Schwester** **mit** **ihrem** **Söhnchen**, **um** **einen** **längeren** **Spaziergang** **zu** **machen**. **In** **diesem** **Moment**, **als** **die** **Schwester** **abends** **heimkehrte**, **riß** **Frau** **B.** **das** **Fenster** **auf** **und** **stürzte** **sich** **über** **die** **Brüstung** **auf** **die** **Straße** **hinunter**. **Die** **Leiche** **der** **Verstorbenen** **wurde** **nach** **Berlin** **übergeführt**.

— **Ein** **seltsames** **gerichtliches** **Nachspiel** **wird** **der** **„Weiße Sonntag“** **haben**. **In** **Cronberg** **hatte** **der** **den** **katholischen** **Pfarrer** **vertretende** **Geistliche** **einem** **erkrankten** **Neufommunikanten** **unter** **Begleitung** **seiner** **20** **Kameraden** **die** **Kommunion** **ins** **Haus** **gebracht**. **Auf** **folgedessen** **erhielt** **der** **Vorstand** **der** **katholischen** **Kirchengemeinde** **von** **der** **Polizeiverwaltung** **wegen** **„Beranstaltung** **eines** **kirchlichen** **Umzuges** **(Prozession)“**, **ohne** **die** **hierzu** **erforderliche** **polizeiliche** **Erlaubnis** **eingeholt** **zu** **haben**, **ein** **Strafmandat** **(§ 17** **des** **Vereinsgesetzes** **13. III. 1850)** **mit** **einer** **Geldstrafe** **von** **5 M.** **oder** **2** **Tage** **Haft**. **Der** **Kirchenvorstand** **hat** **bereits** **Einpruch** **erhoben**. **Die** **Sache** **kommt** **demnächst** **zur** **Verhandlung** **vor** **dem** **königlichen** **Schöffengericht**.

— **Attentat** **auf** **einen** **Eisenbahnzug**. **Aus** **Cöln**, **6. Mai**, **wird** **gemeldet**: **Vor** **der** **Stadt** **gaben** **abends** **drei** **Burschen** **mehrere** **Revolverschüsse** **auf** **den** **oberrheinischen** **Schnellzug** **ab**. **Ein** **Polizist** **setzte** **den** **fliehenden** **Burschen** **auf** **dem** **Wade** **nach** **und** **bewirkte** **ihre** **Verhaftung**. **Es** **handelt** **sich** **um** **drei** **Personen** **aus** **Wiesbaden**, **in** **deren** **Besitz** **Revolver** **vorgefunden** **wurden**.

— **Tot** **ausgefunden** **wurden** **heute** **vormittag** **zwei** **Personen**, **die** **beide** **auf** **merkwürdige** **Weise** **um** **Leben** **gekommen** **sind**. **In** **dem** **einen** **Falle** **sand** **man** **zu** **früher** **Stunde** **schon** **den** **70** **Jahre** **alten** **Frührenter** **Wilhelm** **Heß** **aus** **Langenschwalbach** **in** **dem** **Baderaum** **des** **Versorgungshauses** **für** **alte** **Leute** **tot** **in** **einer** **Badewanne** **liegend**. **Der** **alte** **Mann** **hatte**, **entgegen** **der** **Hausordnung**, **in** **der** **Nacht** **oder** **bei** **Tagesanbruch** **das** **Bad** **aufgesucht** **und** **warde** **in** **der** **Banne**, **anscheinend** **von** **einer** **starken** **Ohnmacht** **befallen** **oder** **e**

